

# Arbeiter-Zeitung

Preis: 10 Pf. ...  
Durch die Post ...  
Raum 12 Pf. ...  
Preis: Die dreifache ...  
8 Uhr: in den ...

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 4719. ...  
Zweitzentrale: Breslau 544, ...  
Vertrieb: ...

## Ein leuchtendes Beispiel!

### Die „roten Buchthäusler“ für ihre Partei

(Fig. Draht.) Berlin, 14. April.

Durch den Landtagsabgeordneten **Genossen Golle** wird uns mitgeteilt, daß die im Buchthaus Sonnenburg inhaftierten proletarischen politischen Gefangenen auf die ihnen zustehenden geringen Zusatzlebensmittel verzichteten und beschlossen haben, den für die Lebensmittel vorgesehenen Betrag in Höhe von 60 Mark dem Wahlfonds der SPD zu überweisen. Der Betrag ist inzwischen eingegangen.

Die Namen der Gefangenen sind: **Max Hoelz, Willy Schah, Fiedler, Hans Drews, Max Mehlhorn, Alfred Menzel, Walter Meinhardt, Oskar Janble, Erich Jarehle, Gerhard Fredmann, Hans Spon, Franz Fredmann, Joseph Müller, Herbert Döhen, Will Herpoldt, Walter Benz, Paul Sid, Hans Arndt, Ludwig Burthardt, v. Witowski, Otto Braune.**

Trotz des schändlichen Amnestieherrats der Sozialdemokraten sind unsere eingekerkerten Genossen nicht entmutigt und niedergeschlagen. Im Gegenteil: im festen Glauben an den erfolgreichen Vormarsch der SPD, geben sie das Beste, verzichten sie auf die geringen Erleichterungen, um mit ihren wenigen Mitteln zum Siege der Partei beizutragen. Sie wissen, daß nur die Mobilisierung der breitesten Massen, organisiert und geführt von der SPD, den politischen Gefangenen die Freiheit bringen wird. Vor dem Opfermut der Genossen in Sonnenburg die größte Hochachtung. Diese Tatsache muß unsere Genossen veranlassen, alle Kräfte erneut in den Dienst der Partei

zu stellen und somit für die Befreiung der politischen Gefangenen zu wirken.

### Der sozialistische Bund für die SPD.

In Berlin hat vor einigen Tagen eine Reichskonferenz des Sozialistischen Bundes stattgefunden, die zu den kommenden Wahlen Stellung genommen hat. Es wurde eine von **Georg Redebour** unterzeichnete Rundgebung an die Mitglieder des Sozialistischen Bundes und an alle Arbeiter erlassen, in der betont wird, daß der Sozialistische Bund von der Aufstellung eigener Kandidaten in den Wahlen absteht und den Arbeitern empfiehlt, auf keinen Fall der SPD, die eine gemäßigtere bürgerliche Reformpartei sei, ihre Stimme zu geben. Der Aufruf schließt: „Stimmt im Interesse der proletarischen Gesamtbewegung am 20. Mai für den Kandidaten der kommunistischen Partei.“

### Die „Bremen“ in Amerika gelandet!

(Funkmeldung)

Neuyork, 14. April.

Nachdem in Funkmeldungen gestern schon bekannt geworden war, daß die „Bremen“ südlich Labrador, zwischen Kanada und Neufundland, gesichtet sei, erfolgte kurze Zeit darauf die Bestätigung dieser Meldung. Danach ist die „Bremen“ kurz nach 3,30 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf Greenly-Inseln in der Saltn-Lawrence-Bay notgelandet. Das Flugzeug ist leicht beschädigt. Die Flieger sind wohl auf.

### Das größte Geschäft des Jahrhunderts

**Morgan „mobilisiert“ die Reparationen** — Deutschland soll 16 Milliarden Mark Ententeschulden an Amerika bezahlen. Verschleuderung der deutschen Eisenbahnen — Drei Milliarden Zwischengewinn der amerikanischen Kapitalisten.

Vor vier Jahren kam **Dawes** nach Europa, um zu verhandeln, daß ein Höherer nach ihm kommen wird. Jetzt ist die Stunde da. **John Pierpont Morgan** ist in Cherbourg eingetroffen. Eine gewaltige Transaktion steht in Sicht, ein Geschäft, wie es einmal in hundert Jahren vorkommt: der amerikanische Geldkaiser hat sich bereit erklärt, das Reparationsproblem endgültig zu lösen und den Dawes-Plan zu vollenden.

Die Einzelheiten werden noch geheim gehalten, denn erst nach den Wahlen soll das deutsche Volk vor die vollendete Tatsache gestellt werden. In der Hauptsache besteht der Morgansche Plan in folgendem: Die gesamte Reparationsschuld Deutschlands wird auf 32 Milliarden Mark festgelegt. Die Hälfte davon, das heißt 16 Milliarden, soll sofort flüssig gemacht werden, indem die deutschen Eisenbahnen für elf Milliarden und die deutsche Industrie für fünf Milliarden Schuldscheine ausgeben und an die amerikanischen Kapitalisten verkaufen. Der Erlös geht an die Ententestaaten, die damit ihre Kriegsschulden an Amerika bezahlen. Die andere Hälfte der deutschen Reparationen soll, wie bisher, in Form von Steuern und sonstigen Lasten aus dem Staatshaushalt aufgebracht und in bar oder durch Sachlieferung an die Entente überwiesen werden. Mit anderen Worten: Amerika und die Entente teilen sich brüderlich in die Ausplünderung des deutschen Volkes, wobei den Amerikanern die deutschen Eisenbahnen und die Industrie zufallen, während England und Frankreich deutsche Waren und Bargeld erhalten. Die Entente ist zugleich ihre alten Schulden an Amerika los, und Amerika wiederum bekommt das Geld, welches es für den Ankauf deutscher Eisenbahnbonds und Industriebonds angelegt hat, von England und Frankreich sofort retour. Auf wessen Kosten geschieht nun diese wunderbare Kombination? — In erster Linie auf Kosten des deutschen Industriearbeiters, des deutschen Eisenbahners und des deutschen Steuerzahlers.

Zunächst will Morgan die deutschen Eisenbahnbonds und Industriebonds nur in dem Maße in Amerika auf den Markt bringen, wenn dabei zugunsten der amerikanischen Käufer ein „Disagio“ von mindestens zwanzig Prozent herauskommt; das bedeutet, daß für jeden deutschen Schuldschein in Höhe einer Million der amerikanischen Käufer in Wirklichkeit nur 800 000 Mark zu zahlen hat, obgleich er später bei der Tilgung des Schuldscheines von Deutschland die volle Million zurückerhält. Bei einer Gesamtsumme von 16 Milliarden Mark deutscher Schuldscheine macht dieser Zwischengewinn amerikanischer Kapitalisten zirka 3 1/4 Milliarden Mark aus! Im privaten Leben würde dieser Ertrag etwa folgendermaßen aussehen: Herr Müller pumpt von Herrn Schulz zehn Mark und erhält von ihm eine Quittung auf diese Summe, Herr Schulz gibt aber Herrn Müller in Wahrheit nur acht Mark und behält die restlichen zwei Mark für sich; ist die Leihfrist abgelaufen, dann muß Herr Müller Herrn Schulz nicht nur die Zinsen auf den vollen Betrag von zehn Mark bezahlen, sondern auch zwei Mark dazu hergeben, die er gar nicht geliehen hatte! Herr Müller würde gegen Herrn Schulz auf Betrag und Bucher klagen, die deutschen Steuerzahler aber, die bei diesem „Geschäft“ mehr als drei Milliarden Mark (außer den Zinsen) verlieren, dürfen sich glücklich schätzen, daß Herr Morgan nicht noch mehr verlangt hat. Für Morgan aber ist die ganze Transaktion zunächst einmal ein blendendes Spektakel, denn die zu 80 Proz. ausgegebenen deutschen Eisenbahnbonds und Industriebonds werden in wenigen Jahren, wenn nicht in Monaten, die Kursparität (hundert Prozent) erlangen und sicher noch darüber hinaus steigen, wie das bei den meisten deutschen Amerika-Anleihen der Fall war, die in kurzer Zeit eine ganze Armee amerikanischer Kapitalisten gänzlich mühelos bereichert haben. In den 3 1/4 Milliarden Mark Kapitalverlust kommen ...

## Sozialdemokraten ...

Sie haben immer sehr laut und schön  
Ueber Völkerfrieden gesprochen,  
Doch als Wilhelm ließ die Kriegsflagge wehn,  
Da sind sie zu Kreuze gekrochen.  
Da standen sie alle still und stramm  
Und schluckten begeistert den Hurra-Schlamm ...  
Wer hat die Internationale verraten?  
Sozialdemokraten!

Die Herren Ebert und Scheidemann  
Haben wacker mit durchgehalten.  
Sie schleppten Kanonensfutter heran  
Und ließen den Ludendorff walten.  
Sie brüllten jeden Hurraschrei mit  
Und bewilligten freudig den Kriegskredit ...  
Wer schwärmte von Endsieg und Ruhmestaten?  
Sozialdemokraten!

Als das Volk machte Schluß mit der Kaiserrei,  
Da bremsten die Durchhaltefritzen,  
Und in Rebellenleiber klatschte das Blei  
Von Noskes Gardekavallerieschützen.  
Wer hat 15 000 Leichen gemacht?  
Wer hat Karl und Rosa umgebracht?  
Wen sah man im Blut der Proleten waten?  
Sozialdemokraten!

Im Reichstag, da war'n sie bei allem Kitt  
Zu Kompromissen entschlossen,  
Sie wedelten hündisch bei jedem Tritt  
Der Koalitionsgenossen.  
Sie halfen den Junkern, der Bourgeoisie,  
Sie beugten vor Hindenburg willig das Knie ...  
Sie haben die Brüder im Kerker verraten  
Sozialdemokraten!

Jetzt spielen sie wieder den wilden Mann,  
Um anzulocken die Massen,  
Sie treten geräuschvoll den Wahlkampf an  
Mit Barmatgeld in den Kassen.

Profess, wir raten euch: Hände weg ...!  
Sie haben geführt euch in den Dreck ...!  
Geht die richtige Antwort den Reformisten:  
Wählt Kommunisten!!

Kasimir Sublimier.





Schnittsatz der bisherigen deutschen Auslandsanleihen betrug 7 Prozent — ferner 1 Prozent Tilgung, dann hat Deutschland auf die 16 Milliarden jährlich rund 1 Milliarde Mark Zinsen allein an die amerikanischen Kapitalisten abzuführen! Dazu kommen dann noch die Sachlieferungen und der Vorkauf an die Entente, auf die ja nach dem neuen Plan die andere Hälfte der deutschen Reparationsschuld fällt. Die Sachlieferungen allein haben in den letzten drei Jahren durchschnittlich je 600 Millionen Mark erfordert. Insgesamt wurden in dem letzten Reparationsjahr an den Dawesagenten rund 1 100 Millionen Mark abgeliefert. Wenn jetzt aber allein die jährlichen Zinslasten an die Amerikaner ungefähr genau so groß sein sollen, wie die letztjährigen gesamten Reparationszahlungen Deutschlands — wie hoch werden dann die neuen jährlichen Gesamtverpflichtungen des deutschen Volkes sein?

Trotz nicht allein in seiner Eigenschaft als Steuerzahler soll das deutsche Proletariat in Verfolg des neuen Morgan-Dawes-Planes gerufen werden. Auch als Lohnempfänger sollen die deutschen Arbeiter und Eisenbahner enteignet werden. Die Abgabe von 11 Milliarden Mark Schuldzinsen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an private amerikanische Kapitalisten wird die Herrschaft der internationalen Finanz über die Eisenbahnen noch vollständiger und unbeschränkter machen, und das Bestreben der Verwaltung, durch rücksichtslose Ausbeutung und Betriebsführung möglichst viel Uberschuss für die ausländischen Obligationeninhaber herauszupressen, wird immer wachsen. Zudem steigt die Zinsbelastung der Eisenbahnobligationen von Jahr zu Jahr: sie betrug im ersten Reparationsjahr 3 Prozent, im zweiten 4 Prozent, sie steigt im dritten Jahr auf 5 Prozent, im vierten auf 6 Prozent oder 660 Millionen Mark. Je höher der Zins, desto schärfer die Ausbeutung — nach diesem Grundplan muß Herr Dornmüller, der Generaldirektor der Reichsbahn, Verfahren, wenn er nicht von den ausländischen Verwaltungsmitteln von seiner Stellung abgesetzt werden will. Was kümmert es die amerikanischen Obligationeninhaber, wenn die wahnwitzige „Nationalisierung“ der Eisenbahn in Deutschland die Arbeitsbelastung der 400 000 Reichsbahnangestellten zu einer schlechthin nicht mehr erträglichen macht und zu immer weiteren Verzehrsumfällen führt — haben sie nur ihre Zinsen heraus! In der gleichen Weise werden auch die deutschen Industriellen in der „Mobilisierung“ der 5 Milliarden Industrieobligationen nur einen willkommenen Anlaß zum weiteren Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung sehen. Schon aus diesem Grunde sind sie für den neuen Morgan-Dawes-Plan mit Leib und Seele gewonnen.

Es zeigt sich mithin, daß die ganze Dawes-Kolonialisierung Deutschlands vom Jahre 1924 nur der Beginn, nur eine Uebergangsstufe zu einer weit höheren Ausbeutungsorganisation war. Was Dawes begonnen, vollendet Morgan. Waren bisher nur die europäischen Entente-Regierungen die Reparationsgläubiger Deutschlands, so wird es jetzt zur Hälfte der Reparationssumme auch das amerikanische Privatkapital. Mit Ausnahme der Sowjetunion gibt es dann keine Großstaaten in der Welt mehr, die nicht an der Ausbeutung des deutschen Volkes unmittelbar interessiert wären.

Es ist kein Zufall, daß der Generalagent für die Reparationen, Seymour Parker Gilbert, demnächst als Teilhaber in das Bankhaus Morgan eintreten soll (!). Und es ist nicht zufällig, daß der eigentliche Vater des neuen Morganschen Planes, der deutsche Staatssekretär Bergmann, zum deutschen „Reichskommissar für die Reparationen“ ernannt werden soll. Bergmann, der schon vor Jahren als Präsident der Kriegslasten-Kommission die Reparationsverhandlungen der deutschen Regierung führte und seinerzeit mit dem Bankhaus Speyer die Reichsbahn an die internationale Finanz verpfändete, sitzt noch heute in leitender Stellung in der Verwaltung der Reichsbahn und zugleich als Teilhaber im Bankhaus Speyer-Elissen (!).

Gerade dieses Bankhaus ist aber von deutscher Seite aus-

## 500 Mark Prämien!

Um die Ortsgruppen, die beim Verkauf der Wahlnummern der „Arbeiter-Zeitung“ besonderen Eifer zeigen, zu belohnen, hat der Verlag

10 Prämien à 50 Mark

ausgesetzt, die zum Ausbau der Ortsgruppen-Bibliothek verwendet werden sollen.

Wer erhält sie?

Die zehn Ortsgruppen (in Breslau Stadtteile), die von allen sechs Wahlnummern zusammen die höchste Verkaufsziffer erreichen.

Mindestens 10 000

Verkaufsexemplare für alle sechs Wahlnummern zusammen sind jedoch in Abrechnung. Dabei werden Partei- und NSD.-Bestellungen eines Ortes zusammen gerechnet.

## Und nun an die Arbeit!

ersehen, die neuen Transaktionen von Morgan durchzuführen. Es laufen da sehr sonderbare Fäden von Morgan zu den deutschen Regierungsstellen hin. Bergmann hat schon in einem vor mehreren Jahren erschienenen Buche die Grundlinien des heutigen Morgan-Planes aufgestellt. Damals handelte es sich um Theorie. Heute sind Bergmann und die Speyer-Bank bereits zur praktischen Vorbereitung der kommenden Morgan-Transaktion übergegangen. Speyer arbeitet fieberhaft an der Organisation eines internationalen Syndikates für die Uebernahme der deutschen Reparationsobligationen. Vor wenigen Tagen wurde durch die Fusion von Speyer-Wilkes und Schleginger, Erler & Co. ein neues mächtigstes deutsches Privatbankhaus errichtet, in dem amerikanische und holländische Großbankiers vertreten sind. Zugleich hat sich die Speyer-Bank durch Erwerb einer mitteleuropäischen Finanzgesellschaft (Société financière Danubienne) mit schweizerischen, ungarischen und österreichischen Banken sowie mit dem französischen Finanz- und Industrie-Magnaten Schneider-Creusot verschwägert. In der letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré waren diese Dinge sehr durchsichtig angebeutet.

Das Syndikat ist fertig. Der zweite Akt der Dawes-Tragödie Deutschlands kann beginnen.

## Die Ausperrung in Sachsen

Leipzig, 14. April. (Fig. Drahtber.) — Gestern morgen nahmen die ausgesperrten Metallarbeiter, deren Zahl ungefähr 25 000 beträgt, in acht großen überfüllten Versammlungen zur Kampfplage Stellung. Anschließend fand eine gemeinsame gewaltige Kundgebung auf dem Augustusplatz statt. In Leipzig haben im Gegensatz zu Chemnitz jene Betriebe, in der die Unternehmer einzelne Abteilungen zur Erledigung dringender Arbeiten nicht aussperrten wollten, die Belegschaften demnach geschlossen die Betriebe verlassen.

Über die Streiklage in Sachsen resp. über die Ausperrung der Metallarbeiter wird berichtet, daß die Unternehmer zum Teil der Aussperrungsparole des Verbandes sächsischer Metallindustrieller überhaupt nicht Folge leisten, zum anderen bestimmte Abteilungen ihrer Betriebe nicht ausgesperrt haben. Diese Taktik der Unternehmer wird zweifellos von diesen dazu angewandt, um noch vorhandene eilige Arbeiten erst fertigzustellen. Daß dies der Fall ist, geht z. B. aus den Erklärungen einiger Unternehmer in Chemnitz hervor, die für die Nichtaussperrung einiger Abteilungen ihrer Betriebe die Begründung gaben, wegen eiliger Arbeiten die Gesamtbelegschaft nicht aussperrten zu können. Das Verhalten der reformistischen DRS-Führer dieser Taktik der Unternehmer gegenüber ist mehr als schamlos. Die DRS-Führer dulden es nämlich, daß die von den Unternehmern nicht ausgesperrten Arbeiter in den Betrieben bleiben, anstatt diese Arbeiter sofort mit in den Kampf zu ziehen.

Gegegenüber dem einseitigen Vorgehen der sächsischen DRS-Industriellen betreiben die reformistischen sächsischen DRS-Führer eine Politik, die in keiner Weise der Herstellung einer geschlossenen Kampffront aller sächsischen Metallarbeiter gegen das Unternehmertum dient. Die sächsische Metallarbeiter-Gesellschaft muß durch eigene Initiative dazu beitragen, daß diese einseitige Kampffront hergestellt wird, indem sie überall in den Betrieben, wo die Unternehmer aus taktischen Gründen noch nicht ausgesperrt haben, auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsleitungen sich in die Kampffront einreißt.

## Ruhrverhandlungen erneut getwehert

Essen, 14. April. (Fig. Drahtber.) Auch die gestrigen Schlichtungsverhandlungen für den Ruhrbergbau blieben ergebnislos. Die Unternehmer erklärten, keinerlei Vorkühnung gewähren zu können. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden. Wie lange noch wollen die DRS-Führer verhandeln? Bergarbeiter, auch in Meiderich und Oberhausen, organisiert den Kampf!

Hamburg, 13. April. (Fig. Drahtber.) — In den gestrigen Verhandlungen des Schlichtungsausschusses im Hafenarbeiterkonflikt wurde ein unannehmbarer Schlichtungsbruch gefaßt, der den Hafenarbeitern ab 1. Mai mit 8,20 Mark pro Schicht pro Schicht zugesichert. Der Deutsche Verkehrsbund hatte 9 Mark gefordert. Erklärungsfrist ist Dienstag, den 17. April.

## Erhöhung der Eisenbahntarife schon im Sommer

Berlin, 13. April. — Wie das „V. L.“ von zuverlässiger Seite erfährt, hält die Reichsbahn trotz des Widerspruches von Reichsregierung und Reichstag an dem Plan der Tarifierhöhung fest und läßt bereits im Sinne einer solchen Erhöhung eine Durcharbeitung sämtlicher Tarife vornehmen. Die Reichsbahn ist sogar offensichtlich bemüht, die Tarifierhöhung bereits am 1. Juni in Kraft setzen zu können.

## Der Moskauer Prozeß vertagt

Berlin, 13. April. — Aus Moskau wird gemeldet, daß der Prozeß gegen die verhafteten deutschen Ingenieure zunächst vertagt ist, annehmend, weil er nicht von dem Prozeß gegen die russischen Beschuldigten abgetrennt werden soll. Das Material gegen die letzteren müßte erst gesichtet werden.

## Vom Tage

Die Reichsregierung wird sich bereits heute mit dem amerikanischen Vorschlag auf Abschluß eines europäischen Kriegsvertrages befaßen.

Die Polizei gibt bekannt, daß sie auf der Suche nach dem entwichenen Genossen Braun alle Grenzübergänge aufs schärfste bewache.

Nach der Aufforderung der Konservativen Partei, bei der nächsten Wahl bündlich zu wählen, ist der deutschnationale Graf Westarp aus ihrem Vorstand ausgetreten.

Das Urteil im Richterfelder Landfriedensbruchprozeß wird erst in der nächsten Woche gefällt werden.

Die Firma Opel läßt neue Versuche mit einem Kaleidonschiff machen, das für riesige Aufsahrten, eventuell als „Mannschiff“ in Frage kommen soll.

Die Zahl der Toten des Mailänder Attentates ist auf 17 gestiegen. Die Nachrichten, daß ein Täter gefaßt ist, sind bisher nicht bestätigt.

Die französische Polizei „entdeckt“ erneut auf zwei Schiffen kommunistische Propagandisten. Diese wurden verhaftet.

Nach Meldungen aus Tokio wurden erneut 12 Kommunisten, ferner einige japanische Angestellte der russischen Botschaft und der russischen Telegraphenagentur verhaftet.

## Die Hungerfront

Erzählung von Georg B. Pijet.

(Schluß)

Als Heinz nach 8 Uhr sich der Reihe anschloß, zieht sie sich bereits eine Stunde lang über die Gasse hinaus. Jeder dreihundert Schritte ganz eng zu einem Duzel gepreßt, daß es anstößt, als seien sie alle zusammengedrückt.

Hunger und Kälte liegen in ihren Knochen. Der Wind peitscht über ihre Köpfe.

„Wohlgelaut“, meint eine Frau mit gekrümmtem Gefäßchen — aber sie wollte wohl etwas anderes sagen, denn sie knipst in starrer Ohnmacht hinab.

Im Markthalleningang ist ein Heerlager von Polizei zu Fuß und zu Pferde.

Die rauhen, gepflegten Schenkel des Offiziersgauls defilieren die Hungerfront ab. Das Entsetzliche knarrt vorwärts. Der Braune knurrt...

Des Offiziers Blick, aus dunklen Brauen blühend, kreuzt mit verdächtigem Fellschmerz über die müden, stummstumm Proletarier-Gebilde.

Die Reihe der Wartenden wächst. Hinter Heinz haben sich die Reihen gedrückt und es im Hungerloch. Um ihn erheben sich die entsetzten Proletariergesichter und flüstern darauf vor sich hin. Darüber hinaus sieht er nichts als die häuflernden Gesichter in unheimlicher Erhabenheit.

Die Zeit zieht langsam vor.

Nach der 12 Uhr beginnt eine Bewegung die Wartenden zu zerlegen.

„So soll hier nicht gehen!“ — tuschelt es wackernd durch die Reihen und erhebt die Proletarier mit eiserner Klau. Unabwendig pariert die Reiben der Polizeikräfte.

Verzweifelt und verzweifelt, Verzweiflung mault sich auf den Gesichts der Wartenden, die zu knurren ansetzen. In immer mehr beginnender die Reihen zusammen zu werden. Ein und her wagt das Meer, das Schien und Hüften gedrückt. Frauen schreien auf, doch es schlingelt, Kinder heulen verzweifelt.

Heinz wartet nicht auf die Polizei, er wartet auf den Offizier und blickt die Hand freigegeben. Die Wartenden knurren laut, die Reihe knurrt laut, die Reihe knurrt laut.

Stunnen. Ganz vorn erdruht das wahnwitzige Gebrüll eines Kindes, welches, zwischen Erwachsenen eingeklemmt, keine Luft mehr bekommt. Ohnmächtig liegt es auf dem nassen Pflaster.

„Unverantwortlich von solcher Mutter!“ — brummt ein Schnauzbart und nippt mit der Helmspitze.

„Se es auf Arbeit!“ — urrt eine Proletarierfrau.

Ein durchbohrender Blick trifft sie unter dem Kaiseradler hervor. Mit währendem Blick treibt der Offizier seinen Gaul an die Stelle des Vorfalls. Der Polizist reißt die Knochen zusammen und reißt wie eine Zangensfigur.

„Schnur wird nicht verabsolgt! Schnur Sie das Feld von den Kindern!“ — schnarrt der Offizier, während ein dumpfes Murmen durch die langen Reihen bebt.



Heinz fährt zusammen. Seine Augen suchen fahrigend in den Reihen der Wartenden, die auf ihn blicken.

„Keine Mutter ist schwerkrank! Kein Vater ist tot!“ — rufen die Jungen aus den Reihen, und er reißt einer Frau zitternd seinen Brief.

„Tot tot!“ murmeln die Frauen im Hintergrund, und ihre Mienen tragen die dumpfe Bedrückung ihrer eigenen gleichen Sorge um den fernwehenden Mann und Sohn.

„Wohlgelaut“ sagt ein alter Mann und knurrt ihm sanft über den Kopf, daß es Heinz wohl tut. Darüber blickt er zu dem Mann auf und nickt ihm dankbar zu.

Währenddessen „säubern“ die Polizisten die Reihen von den Kindern. Unter Beschlagen und dem dumpfen Protest der Großen geht diese Struktur von hinten.

Lawend stehen die Polizeikräfte vor der Front. Doch sie hemmen durch ihren Anblick der Staatsgewalt nicht im entferntesten die wachsende Erregung der Hungerfront.

Ausrufe schwärzen auf, dumpfes Knurren wächst zu hellem Grollen.

Auch Heinz wird aus der Reihe gerissen. Er hält die Hand mit dem Brief ganz hoch und schreit dem Polizisten laut ins Gesicht:

„Keine Mutter ist schwerkrank! Kein Vater ist tot!“

Der Polizist schreit auf den Jungen und brummt:

„An Kinder wird nicht verabsolgt!“

Heinz bleibt trotzig stehen:

„Aber — wer soll denn unser Essen besorgen?“

Schimpfworte fliegen dem Polizisten an den Kopf.

Der Offizier schreit krächzend:

„Ruhel — Nochmal: An Kinder wird keine Ware verabsolgt!“

Ein Empörungsruf geht durch die Reihen.

„Ruhel! Ober das Feld wird geräumt!“ brüllt der Leutnant und faßt an die Revolvertasche.

Doch die Unruhe der Wartenden steigt trotz dem herlichen Befehl des Leutenants. Hin und her wagt die Masse, drängt mit furchtbarer Gewalt nach vorn und jagt die Kinder wieder in sich auf.

Zornesfüllt rasen die Schutzleute auf und ab, aber immer härter und drückender wird der Tumult. Alles drängt zum Markthallenort.

Die Erregung des Offiziers hat den Stadtschreiber, in dem ihm seine Verantwortung gebietet, mit anderen Mitteln vorzugehen.

Er zieht seinen Säbel, und auf einen kurzen Blick mit seinem weißbehaarten Finger rätzen die Schutzleute zu Fuß und zu Pferde mit gezogenen Säbeln gegen die Hungerlinie.

Und das Verstehen sie gut.

Die Säbel schreien drohend gegen das Pflaster. Schreie und Empörungsrufe, doch die Säbelklinge treibt die verzweifelten Reihen zurück in Reich und Glück. Kinder und Frauen sind zu Boden gerannt worden. Verwundete liegen blutend am Boden. Feingens keine Gestalt liegt ebenfalls darnieder. Er hält jetzt den Lohesbrief in der Faust und knipst die Tränen zurück.

Der Offiziersgaul paradiert die Hungerfront ab, in welcher Sturm langsam in die Reihen knurrt, aber nur für heute.

Heinz verliert die Bestimmung. Um 10 Uhr gibt es Bestenfalls.



# Was uns ein schlesischer Kleinbauer schreibt

## „Kann man da noch deutsch-national bleiben?“

Von einem schlesischen Kleinbauern erhalten wir einen längeren Brief, den wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen:

Die Rede Ihres Abgeordneten Kellermann im Preussischen Parlament hat mich sehr interessiert und ich danke Ihnen für deren Zuhörung. Bin schon seit Jahren etwas auf die Kommunistische Partei aufmerksam geworden, seit ich Herrn Reichstagsabgeordneten Kollegen Buschmann sah. Bis dahin war ich politisch das Opfer derer, die es verstanden, auf Kosten der arbeitenden schaffenden Volksgenossen ein Wohlleben zu führen. Zu diesen eben Genannten gehören unstreitbar auch die Bauern bis zu einer gewissen Höhe, bei der der Besitzer selbst selbst mitzuarbeiten. Die Ursache des Landbundes: „Die Landwirte sind, ob groß oder klein, hat ein und dasselbe Interesse, wirtschaftlich wie politisch“, ist ein Afluff, auf welchen leider noch so viele Bauern hineinfallen und sich für die wirtschaftlichen wie politischen Ziele der Großgrundbesitzer aufopfern. Ursache dieses Nebels ist die Kurzsichtigkeit der Bauern. Der beste Beweis der Kurzsichtigkeit ist die Breslauer Landbundesdemokratie. Die Bauern haben geschrien: Für Mindererschlagung der Grundbesitzer Steuern. Dabei kam ihnen aber nicht zum Bewusstsein, daß sie nur für den Großgrundbesitz gestritten haben, denn nur der hat es verstanden, sich die Steuern stunden zu lassen. Der kleine Bauer hat es nicht so verstanden. Ursache dieses Nebels ist die Kurzsichtigkeit der Bauern. Der beste Beweis der Kurzsichtigkeit ist die Breslauer Landbundesdemokratie. Die Bauern haben geschrien: Für Mindererschlagung der Grundbesitzer Steuern. Dabei kam ihnen aber nicht zum Bewusstsein, daß sie nur für den Großgrundbesitz gestritten haben, denn nur der hat es verstanden, sich die Steuern stunden zu lassen. Der kleine Bauer hat es nicht so verstanden.

Kann man da noch deutsch-national bleiben?  
 Nun, noch etwas über die Kommunistische Partei. Soweit ich bisher wahrnehmen konnte, wollen die Kommunisten alles verstaatlichen. Der Privatbesitz soll verschwinden. Bitte, teilen Sie mir die wahren Ziele der Kommunistischen Partei mit. Ich bin der Meinung, daß es richtig wäre, das deutsche Volk mehr am deutschen Boden zu interessieren, indem man mehr Besitzer schafft. Falls ich finde, daß viele zum Wohle anderer arbeiten sollen, und dabei kärglich ihr Leben fristen.

Die Frage des Kleinbauern, auf welche Weise sich die Kommunistische Partei die Verstaatlichung des Grundeigentums denkt, ist am besten mit folgendem Zitat aus dem Agrarprogramm der KPD (Spartakusbund), veröffentlicht im Nr. 7/8, Jahrgang 1919, in der „Internationale“, beantwortet: „Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es besteht hier nur das Zerschneiden der Schranken des Privateigentums... Das Kleinbauerntum und der im Kleinbauern Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz leidet nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden... Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus findet. Es gilt die Lage des Kleinbauern wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des Handels. Es gilt, den Kleinbauern von der bürokratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundet, zu befreien, und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbauern Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauern die zu einer genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt.“

## Die Gegnungen des Arbeitslosen-Versicherungsgegesetzes machen sich bemerkbar

Die neuen Wartezeiten  
 Von J. Sylia - Breslau.

Bekanntlich beträgt die Wartezeit bei der Arbeitslosenversicherung bisher drei Tage. Das Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetz, von sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern als „sozialer Fortschritt“ bezeichnet, sieht dagegen im § 116, Abs. 1, vor, daß die Arbeitslosenunterstützung erst nach Ablauf von sieben Tagen seit dem Tage der Arbeitslosmeldung gezahlt wird. Im Satz 3 desselben Paragraphen wird weiter gesagt, daß vom Verwaltungsrat der Reichsbank die Wartezeit auf drei Tage verkürzt oder im Falle der berufsbahigen Arbeitslosigkeit sogar noch verlängert werden kann.

## „Erschließung der Ostprovinzen“

Unser prominenter Mitbürger, der verhinderte Herzog von Anhalt, Paul Vobe, hat seine Mitarbeiterschaft an der „Volkswacht“ scheinbar ganz eingestellt. Irrtümlich ist ihm, dem auswärtsreichsten Anwärter auf hohe Staatsämter, der momentane Wahlkampf des Blattes um einige Grade zu radikal. Wenn man so wie er, als Premier Sozialist, auf vorgezeichnetem Boden steht, muß man sich natürlich der Niederungen der Alltagspolitik fernhalten, um nicht bei den Koalitionärern von morgen Anstoß zu erregen. Da heißt es beizeiten goldene Brücken bauen. Und so hat Paul Vobe seinen ökonomischen Selbstverstand diesmal nicht in seinem heimlichen Leihorgan abgelagert, sondern im vornehmen bürgerlichen „Börsen-Courier“. Mit dem selbsterläuternden Geistesprodukt des verflochtenen Herrn Reichstagspräsidenten brauchen wir uns nicht zu beschäftigen, irgendeiner neuer Gedanke war darin wirklich nicht festzustellen. Aber mit Vergnügen entnahmen wir dem „Börsen-Courier“ die Mitteilung, daß Vobe einem ihn interviewenden französischen Journalisten mündlich gesagt hat: „Mit dem Zentrum werden wir uns in diesem Kampf (Wahlkampf) nicht zusammentreffen.“ Wenn man diese Äußerung mit dem Bewußtsein vergleicht, daß die „Volkswacht“ augenblicklich gegen das Zentrum losläßt, kommt einem wieder einmal das verlogene Doppelspiel der Sozialdemokratie recht zum Bewußtsein.

Fürthardes hat sich dieser Tage auf einer evangelischen Gemeindeversammlung in Raschütz, Kreis Neumarkt, zugetragen. Dortselbst kam nämlich der Superintendent Stelzer ein Protokoll, aus dem hervorging, daß der sozialdemokratische Schultat kurz bei einer Schulvisitation in Bezug auf die Person Jesu Christi respektlos Äußerungen getan haben sollte. Die gotteslästerlichen Ausfälle wurden hauptsächlich darin erblickt, daß kurz gesagt haben sollte, Jesus habe genau so in die Hölle geholt wie jedes andere Kind, und ferner, Jesus würde bald mit dem Staatsanwalt in Konflikt kommen, wenn er heute eine solche Sache unternehmen

Unter dem 2. Dezember 1927 erließ der Präsident der Reichsbank eine Verordnung, wonach die alte Wartezeit an drei Tagen bis zum 31. März 1928 weitergelten sollte, mit Ausnahme der Arbeitslosen mit berufsbahiger Arbeitslosigkeit, denen man die Wartezeit auf zwei, ja sogar auf drei Wochen verlängerte. Unter dem Protektur der Erwerbslosen und auch der berufsbahigen Arbeiter wurden die Ausnahmebestimmungen für die Saisonarbeiter fortgesetzt, und zwar wurden Wartezeiten von drei Tagen und einer Woche, je nach dem Beruf, festgelegt.

Am 23. März 1928 ist vom Präsidenten der Reichsbank eine „Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Wartezeit für Arbeitslose“ erlassen worden, die erneut ganz bedeutende Verschlechterungen bringt, denn nach dieser Verordnung gelten nunmehr folgende Wartezeiten:

Für Arbeitslose, die sich arbeitslos melden bis zum 15. April: drei Tage, vom 16. April bis zum 30. Juni: fünf Tage, nach dem 1. Juli: sieben Tage.

Das bedeutet somit, daß diejenigen Arbeitslosen, die nach dem 1. Juli arbeitslos werden, 14 Tage lang auf ihre Unterhaltung warten müssen, weil ja die Arbeitslosenunterstützung nachträglich gezahlt wird. Also 14 Tage Hunger und den Magen an die Wand hängen, mutet man den Erwerbslosen zu. Sicher wird nun auch die SPD, und die Gewerkschaftsbürokratie ein lautes Geschrei darüber erheben, ähnlich wie sie es bei der Verordnung über die Krisenfürsorge und bei der Verlängerung der Wartezeit für die Saison-

## Glänzende Sammelergebnisse

Der Genosse Werner aus dem Obhauer Kreis sammelte an einem Tage 35 Mark.

Der Genosse Scholz aus dem Nimptcher Kreis sammelte unter den Landarbeitern an einem Tage 17 Mark.

So arbeiten unsere Genossen, die unter dem Terror der Gutsbesitzer stehen. Ihre Namen können wir nicht veröffentlichen, aber auch diese Angaben müssen allen Genossen eine Mahnung sein, mit verstärkter Kraft die Sammlungen für den Kampffonds der KPD fortzusetzen. Rechnet sofort ab für Schlesien, Postcheckkonto Erich Hausen, Breslau 290 16, für Oberschlesien, Postcheckkonto Franz Glagau, Gleiwitz, Amt Breslau 397 74.

Arbeiter gehen haben. Aber die Arbeiter werden es noch nicht vergessen haben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Gesetz zugestimmt und dieses beschlossen hat, und zwar in einem solchen Maße, daß ihnen von den Deutschnationalen ein Lob ausgesprochen wurde. Sämtliche Gewerkschaftszeitungen brachten spaltenlange Artikel, in denen das Gesetz allgemein gelobdelt wurde. Wie dieser von der SPD. gepriesene „soziale Fortschritt“ in der Praxis aussieht, wird die Arbeiterschaft nun am eigenen Leibe erfahren.

Gegen die neue Spenderverordnung muß schärfster Protest erhoben werden. Bei allen Dingen von den Arbeitern, die noch in Betriebe stehen, denn sie sind es, die beim Arbeitsloswerden zu allererst die Auswirkungen dieser Verordnung spüren werden. In allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen muß die Arbeiterschaft dazu Stellung nehmen, nicht nur gegen diese Verordnung, sondern auch überall die alte Forderung der Kommunisten zu ihr bringen, nämlich: Zahlung der Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an!

## Humor-Gde

Der tiefe Schlaf.  
 „Haben Sie einen tiefen Schlaf?“, fragt der Arzt den arbeitslosen Müller.  
 „Oh ja“, sagt der, „ich schlafe im Keller.“  
 Obdachlosen-Galgenhumor.  
 „Wo wohnen Sie?“  
 „Nirgend!“  
 „... und Sie?“  
 „Ich wohne ihm gegenüber!“  
 Unterhaltung im Wirtshaus.  
 „Wieviele Leute haben Sie eigentlich auf Ihrem Bairo?“ fragt jemand Herrn Mayer.  
 „Dreizehn“, sagt der, „aber eigentlich nur zwölf, einer ist immer auf dem Klosett!“  
 Beitrag zur Duellfrage.  
 „Eigentlich schade, daß wir uns schließen mußten, ah, aber Kerl hat behauptet, ich trüge Gummitagen!“

Wollte, wie seinerzeit die Tempelreinigung. Man könnte den Schultat kurz nur beglückwünschen, wenn er wirklich den Versuch unternommen hätte, durch Äußerungen in der Art der angeführten, die Wehrtauchwollen zu zerbrechen, mit denen die Frömmler beider christlichen Fakultäten die Kindergemüter vernebeln. Aber leider scheint es mit der Aufklärungsarbeit des sozialdemokratischen Schultats nicht weit her zu sein, denn nachdem sich die „Schlesische Volkszeitung“ des Falles angenommen und den üblichen Auf nach dem Staatsanwalt ausgestoßen hatte, brachte die um die Verbreitung der Religion stets besorgte „Volkswacht“ schließlich eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß Schultat kurz Mitglied der Kirche ist. Ferner wurde eine Erklärung des Lehrers der Kirchengemeinde Raschütz publiziert, in welcher davon die Rede ist, es sei Herrn Kurz bei der fraglichen Schulvisitation lediglich darauf angekommen, die Person Jesu näher zu bringen. Dant dieser Veröffentlichung der „Jesuswacht vom Fränkelpf.“ ist also die gefährdete Religion wieder einmal gerettet.

Wie empfindlich sich Franold jedesmal auf die religiösen Hohnreden getreten fühlt, wenn an der „Wittlichkeit“ dieser Welt scharf Kritik geübt wird, erkannte man seinerzeit an der Stellungnahme der „Volkswacht“ zu der antikirchlichen Stammbucheintragung des Lehrers Hampel in Penzig, und das sieht man auch jetzt wieder an der blamablen Art, in der das von allen guten Weibern verlassene Blatt über die Weichlagnahme von Zeichnungen des Malers George Grosz schreibt. Die eine Zeichnung stellt einen Mann dar, der Granaten auspfeift. Da erst vor ein paar Tagen wieder ein Priester in Italien ein Unterseeboot gemietet hat, anerkennen sogar bürgerliche Blätter, wie der „Montag-Morgen“ und „Die Welt am Montag“, die Berechtigung der scharfen antikirchlichen Tendenzen der Blätter von Grosz, der ja ein Soldat von europäischer Form ist. Einzig und allein der „Volkswacht“, diesem völlig instinktiven Zeitungspapier, blieb es vorbehalten, die vom Staatsanwalt beschlagnahmten Zeichnungen eines genialen und mutigen Künstlers, der sein Schaffen dem Dienste der Befreiung des Proletariats weiht, als „religiös gemalt“ zu empfinden.

Seidem sich sogar die Deutschnationalen auf den

## Wörter-Lexikon

AA AABC DEEE EEEEEH HII III IIM NNOOOORRRRSSSSTTUZ

Aus obigen Buchstaben sind acht aus je sechs Buchstaben bestehende Wörter zu bilden, deren gemeinsamer Endbuchstabe N ist. Die Anfangsbuchstaben der gefundenen Wörter ergeben die Bezeichnung für den anerkanntesten Meister im Sport. 1. Kranel; 2. deutsche Provinz; 3. Inselgruppe im Atlantischen Ozean; 4. männlicher Vorkname; 5. Schutzherr; 6. asiatisches Land; 7. altdeutscher Männernamen; 8. Land in Afrika;

1	2	3
Reht	Halbe	altertümliche Waffe
Rebel	Legen	Kampftell
Ring	Holen	Wagner-Oper
Rohd	Range	Leuchter
Rohr	Soba	Barockstuhl
Tara	Zeit	Krankehaus
Ern	Zat	Gärtin
Umge	Ein	Rast
Seibe	Wt	Kranke

Die Wörter unter 1 ergeben zusammen mit den Wörtern unter 2 neue Wörter von der unter 3 angegebenen Bedeutung. Die Anfangsbuchstaben der neuen Wörter ergeben eine Nordseeinsel.

## Lesen Sie

regelmäßig die Wochenansgabe der „Arbeiter-Zeitung“? — Dann werden Sie gefunden haben, daß Sie Ihre Leser an allen Gebieten schnell und gut informiert. Sie wird gewiß auch Ihren Bekanntheit gefunden haben. — Deshalb bestellen Sie noch heute, bei dem Kolporteur oder beim Verlag, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, ein Abonnement auf die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung“!

## Bestellchein

Unterzeichneter bestellt hiermit die

# „Arbeiter-Zeitung“

zum Bezugspreise von 50 Pfg. pro Woche frei Haus

Name: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

Vorderhaus — Seitenhaus — Quergebäude — Treppen

## Verlag der „Arb.-Ztg.“ Breslau 10, Trebnitzer Str. 50

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Dombrowski, für die Anzeigen: Wilhelm Diebold, für die „Arbeiter-Zeitung“ und die übrigen Beilagen: Alfred Dombrowski, für die „Volkswacht“: Alfred Dombrowski, für die „Arbeiter-Zeitung“: Alfred Dombrowski.

rentablen Boden der republikanischen Kämpfe gestellt werden, und auf der anderen Seite das „Reichsbanner“ dazu übergegangen ist, gemeinsam mit der Reichswehr Paradeziele zu haben, hat sich auch die Justiz langsam umgestellt, und betrachtet einen Sozialdemokraten nun noch selten als einen Gegner des kapitalistischen Klassenstaates. Diese Umstellung bedarf sich nicht in den den der Justiz gegen Sozialdemokraten gefällten Urteilen aus. Da nun die „Volkswacht“ keinen Anlaß mehr zu leben scheint, über Klassenjustiz zu schreiben, möchten wir das Blatt darauf aufmerksam machen, daß es eine Klassenjustiz nach wie vor gibt, nur daß sie heute ausschließlich nur noch gegen die Kommunisten wirkt. Grundsätzlich nur an das unmenschliche Urteil, das ein Breslauer Gericht vorhin gegen Arbeiter ausgesprochen hat, nur weil es bei den verurteilten Stahlfabrikanten in der Wertschöpfung auf der Strecke blieb. In dem Bericht, den die „Volkswacht“ über diesen Verstoß brachte, hat kein Wort über Klassenjustiz zu lesen. Die „Volkswacht“ ist ein Beispiel der Meinung, jedenfalls geht das aus einem anderen Urteil hervor über einen ähnlichen Verstoß hervor — daß die Klassenjustiz sich alle Schuld selber zuschreiben haben, weil sie bei Verurteilungen solchen Urteilen niemals als Freunde, sondern immer als Feinde des Sozialdemokraties zu sein, der im Klassenministerium als Verteidiger fungierte, feststellte, daß die Justiz es war, die auch ihren Uebereifer den „Landfriedensbruch“ proklamierte, eine Klassenjustiz, die natürlich sofort zu einem solchen Zusammenhang mit dem Klassenstaatsanwalt führte. Wir überlassen es der „Volkswacht“, diese Verhältnisse als ihren Feind zu betrachten...

Wichtiges haben wir uns diesmal nur mit der „Volkswacht“, dem angeblichen „Organ der Arbeiter“, befaßt, um darzulegen, daß dieses Blatt immer dann verlegt, wenn es die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Jeder Arbeiter, der seinen Klassenkampf mit Konsequenz geben und unterstützen will, um die proletarischen Reformen durchzusetzen, wird am 20. Mai 1928 mit dem



# Wochenwille

## Vereinigte Theater Breslau

**Sobe-Theater**  
 Von Sonnabend, den 14. 4.  
 bis Freitag, den 20. 4.  
 täglich 20 Uhr  
 Zum 1. Male  
**Schwarz und Weiß**  
 von Sacha Guitry  
 Sonntag, den 15. 4.  
 15 1/2 Uhr  
**„Das Kamel geht durch  
 das Nadelöhr“**  
 Sonnabend, den 21. 4.  
 Zum ersten Male  
**Toboggan**  
 Drama von  
 Gerhard Menzel

**Thalia-Theater**  
 Sonnabend, den 14. 4.  
 Sonntag, den 15. 4.  
 20 Uhr  
**Candidar**  
 von Bernhard Shaw  
 Von Montag, den 16. 4.  
 bis Freitag, d. 20. 4.  
 täglich 20 Uhr  
**Der Hexer**  
 Sonntag, den 15. 4.  
 15 1/2 Uhr  
**„Der Hexer“**  
 Sonnabend, den 21. 4.  
 20 Uhr  
**Schwarz und Weiß**

## Schauspielhaus

Operettenbühne  
**Breslau**  
 Tel. Stephan 38.800  
 Täglich 20 Uhr  
**Lady X**  
 Musik von  
 George Edwards  
 Sonntag  
 15.30 Uhr  
**Zum 70. Male**  
**Drei arme kleine Mädels**

Unserem Kameraden Max Kudell  
 zu seiner  
**Silberhochzeit**  
 ein kräftiges „Rot front“  
**Die Kameraden  
 der 4. Abteilung**

## BARUM

**4-Masten-Riesen-Circus**  
 Breslau, Johannisplatz, a. d. Jahrhunderthalle. Tel. Oblic 211  
 Täglich abends 8 Uhr.  
 Sonnabend, den 14. April und Sonntag, den 15. April  
 2 Vorstellungen, nachmittags 3 Uhr u. abends 8 Uhr.  
 Nachmittags dasselbe Progr. wie abends.  
 Kinder zahlen nachmittags halbe Preise.  
 Sonntag, 16. 4., vorm. 10 Uhr Stallbesichtigung mit Probe-Musik.  
 Vorverkauf: Barisch Ring und an den Cl. euskassen (Oh e 211)  
 Die Vorführung der „lebendigen Granate“  
 (Das menschliche Geschick) findet täglich noch der  
 Abendvorstellung vor dem Circus unentgeltlich statt.

**Stadttheater Breslau**  
 (Opernhaus)  
 Freitag, 19.30 Uhr  
 Abonnements-Vorstellung Serie E 17  
**Figaros Hochzeit**  
 Sonnabend, 20 Uhr  
**Die glückliche Hand**  
 Einführungs-vortrag von Dr. Graf  
 Anschließend Wiederholung von  
**Die glückliche Hand**  
 hierauf  
**Das Fek des Königs**  
 Tonspiel nach Musik von Rameau  
 Sonntag, 20 Uhr  
**Zerzucht**

**Victoria-Theater** Nr. 220  
 Täglich 8 1/2 Uhr.  
 Breslauer Lokal-  
**Revue:**  
**Jupiter**  
**geht fremd**  
 mit **Henry Bender**

**Konzerthaus Kroker**  
 Weidendamm  
 Herrliches Familienlokal  
 an der Oder  
 Jed. Mittwoch, Freitag u. Sonntag  
**Konzert**

**Zoologischer Garten**  
 Dienstag - Donnerstag - Sonntag:  
**Konzert**  
 Anfang 4 Uhr - Anfang 4 Uhr

**Achtung!**  
**Wo ist der schönste  
 Aufenthalt f. Arbeiter?**  
 Bei  
**Richard Kirach, Steinstraße, Ende Bubensir.**  
 Im schönen schattigen Garten  
 Jeden Sonntag Frei-Konzert  
 Riesen-Eisbeissen. Gute Getränke  
 Belustigungen für jung und alt.  
 Es ladet ergebenst ein **Der Besitzer**

Trinken Sie  
**Selter-Limonaden**  
**Willner-Weissbier**  
 von **B. Czaya, Breslau**  
 Eichenparkfr. 38/4C

## Lunapark

Morgen Sonntag  
**Hochbetrieb im  
 Vergnügungspark.**  
 den Gärten u. Sälen

**Zentral-Theater**  
 Breslau, Westendstrasse 50  
 Nur Freitag bis Montag  
**Sturmflut**  
 Schicksal des Menschen, wie gleicht Du  
 dem Meer  
**Vorzügliches Beiprogramm**  
 Ab Dienstag bis Donnerstag  
**Einbruch**  
 mit Erika Gläuner und Albert Paulig  
**Im Beiprogramm**  
**Die Wunderquelle**

„Lindenpark“ - Grüneiche  
 bietet einen angenehmen  
 Aufenthalt bei bester Verpflegung  
**Sonntag und Mittwoch Tanz**  
**„Schweizerhof“ Morgenau**  
 Touren- u. Schreitentanz  
 Eintritt frei  
 Saal an Vereine noch abzugeben

**Tanz-Kristall-Parkett**  
 Eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges  
 Neue Kapelle **Original-Los-Orlos** Neue Kapelle  
 Salon-Jazz-Tanz-Kapelle

**Konzerthaus „Wappenhof“**  
 Jeden Sonntag, Dienstag, Mittwoch  
 und Donnerstag ab 4 Uhr  
**Großer  
 heiterer Nachmittag**  
 anschliessend  
**Großer Ball**

**Familien-Lokal „Hofjäger“**  
 Weidendamm 34/36  
**Sonntag  
 Familientanz**  
 Für gute Küche und Getränke ist  
 bestens gesorgt

**Hopi & Görde**  
 Gräbschener Str. 191 (Depot)  
 Jeden Sonntag u. Dienstag  
**vornehmer Tanz**

**Brauerei und Ausschank**  
**Zum großen Meerschiff**  
 Inhaber Eri ch Vogel, -Kreuzstr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)  
 Ausschank nur selbstgebrauter Biere  
 Auerkannt gute Küche - Mittagsstich von 12-3 Uhr


**Achtung! Arbeiter**  
 vom Ohlauer Tor  
 Familien-Lokal  
**Anton Zoudlich**  
 Breslau, Königgrüher Straße 18

**Carl Bräuers Festsäle**  
 Gabitzstrasse 22  
 Inh. Paul Gräser  
**Heute Sonntag  
 Grosser Gesellschafts-Ball**  
**Mittwoch  
 Verkohrter Orangen-Ball**

**Elekta**  
 Tafelwasser wirkt gesundheitsfördernd  
 Nicht teurer als Selter  
 Telefon Oblic 4402 **Speck & Säring** Telefon Oblic 4402

**Henckners Festsäle**  
 Morgenaus  
 Jeden Sonntag:  
**Großer Gesellschafts-Tanz**  
 Neue Kapelle / Verstärkt. Orchester  
 Anerkannt gute Küche / Gut gepflegte  
 Biere / Großer schattiger Garten

## Verlangen Sie überall Namslauer Bier

Regenwasser  
 mit Regen-Bleiche!  
  
**Reger Seite**  
 65 Pf.

**Fahrräder**  
 Triumph, Adler, Corona  
 etc. etc. u. a.  
**and Teilzahlung**  
 schon bei 10.- Mk. Anzahlung und  
 2.- Mk. wöchentlich Abzahlung an  
 Ersatz u. Zubehör billigst  
**Karl Borsl jr.**  
 Sechsmärker Str. 52 a  
 Bitte genau auf meine  
 Adresse zu achten!

**Sachse Seilerräder**  
 20 Räder 240  
 frucht Hochachse  
**P. Hofter**  
 Büttnerstraße 20/27

**Grüne**  
 Gänge, Aufbaum  
 in allen Größen  
**Bettstellen**  
 Gänge, Aufbaum

**Stiche  
 Stühle  
 Spiegel  
 ofas  
 Chaiselong.  
 Rüben**

Bei Zahlung inner-  
 halb 3 Monaten  
 10% Rabatt.  
 Gute Verarbeitung  
**Joh. Botta**  
 4-5-6-7-8-9

**Arcona-Räder**  
 Die Qualitätsmerkmale! Hundert im Preis  
 Das bekannteste zuverlässige Gebrauchsmark  
 Stern, Modell hergestellt aus bester Material,  
 mit modernem Rahmenbau mit Vollreifen  
 abgestimmt mit 5 Jahren Garantie u.  
 Orig. Trippelkammer, etc. etc.  
 Vorwand. Abwehler. Zahnstange.  
 Verlangen Sie Katalog gratis und gratis  
 auch über Sprachmaschinen, Musikinstrumente,  
 Uhren, Goldwaren, Wirtschaftsgüter, u. a. u.  
**Ernst Mahlow** Berlin G 6  
 Größtes Fahrradhaus Deutschlands.

Wo kauft man seine Ledersohlen?  
 Bei Gutsche - überall empfohlen!  
**Albert Gutsche**  
 Hauptgeschäft: Breslauerstr. 20-21  
 Filial-Geschäfte: Str. 19-21, Kottb.  
 Straße 14, Giesener Str. 27, Poststr. 7  
 Bekannt als leitungsgefällige Leder- und Schuhbedarfs-  
 mittel-Handlung Schlesiens

**Partizipanten!**  
**Befucht nur die Lokale,**  
 die auch in der  
**„Arbeiter-Zeitung“ inserieren!**

**Speise-Eis-Cziska**  
 Seifenkestraße 19 = Eig. Kraftanlage  
 Angenehme Aufenthaltsräume und Garten  
 Eis mit Schlagsahne im Glas 10 Pfg.  
 Waffelschiffel . . . . . 5 Pfg.  
**Nur erstklass. Qualität**

**Speise-Eis-Cziska**  
 Seifenkestraße 19 = Eig. Kraftanlage  
 Angenehme Aufenthaltsräume und Garten  
 Eis mit Schlagsahne im Glas 10 Pfg.  
 Waffelschiffel . . . . . 5 Pfg.  
**Nur erstklass. Qualität**



Ausschneiden!

Aufbewahren!

# Der Wahlkampf

(Sonderbeilage Nr. 1)

## Kommunisten und Parlamentarismus

Karl Marx:

„Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder werten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeiter dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszuwählen.“

Lenin:

Die Sozialdemokratie (Geschrieben 1906, hier und unten gleichbedeutend mit Kommunisten. Red.) betrachtet den Parlamentarismus (Teilnahme an den Volksvertretungsorganen) als eines der Mittel zur Aufklärung, Erziehung und Organisierung des Proletariats zu einer selbständigen Klassenpartei, als eines der Mittel des politischen Kampfes um die Befreiung der Arbeiter. Diese marxistische Auffassung trennt uns entschieden einerseits von der bürgerlichen Demokratie und andererseits vom Anarchismus. Die bürgerlichen Liberalen und Radikalen erblicken im Parlamentarismus die „natürliche“ und einzig normale, einzig berechtigte Methode der Führung der Staats-

geschäfte überhaupt und betonen den Klassenkampf und den Klassencharakter des modernen Parlamentarismus. Die Bourgeoisie ist mit allen Mitteln, mit allen Kräften und bei jeglichem Anlaß bemüht, den Arbeiter-Schichtkämpfen umzubringen, damit sie nicht die historisch bedingte Bedeutung des Parlamentarismus erkennen.

Die Anarchisten verstehen es ebenfalls nicht, den Parlamentarismus in seiner historisch bedingten Bedeutung zu bewerten, und lehnen dieses Kampfmittel überhaupt ab.

Daraus ergibt sich vor allem, daß die Beteiligung der Sozialdemokratie (Kommunisten) an der Duma-Kampagne einen ganz anderen Charakter trägt als die anderen Parteien. Zum Unterschied von ihnen messen wir dieser Kampagne nicht Selbstzweck oder gar dominierende Bedeutung bei. Zum Unterschied von ihnen ordnen wir diese Kampagne den Interessen des Klassenkampfes unter. Zum Unterschied von ihnen proklamieren wir als Lösung dieser Kampagne nicht den Parlamentarismus im Rahmen parlamentarischer Reformen, sondern den revolutionären Kampf um die konstituierende Versammlung, und zwar den Kampf in seinen höheren Formen, die sich aus der historischen Entwicklung der Kampfmethoden in den letzten Jahren ergeben.

Rosa Luxemburg:

Gegenüber der reaktionären Majorität (im Parlament) hat die Sozialdemokratie (Geschrieben 1904, Red.) leichtes Spiel, als die einzige konsequente und zuverlässige Vertreterin der Interessen des

Volkswohlstandes und des Fortschrittes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Allein aus derselben eigenartigen Situation ergibt sich für die sozialdemokratische Fraktion die schwierige Aufgabe, nicht bloß als Vertreterin einer oppositionellen Partei, sondern auch als Vertreterin einer revolutionären Klasse aufzutreten.

Mit anderen Worten, es ergibt sich die Aufgabe, nicht bloß die Politik der herrschenden Klassen vom Standpunkte der Gegenwartsinteressen des Volkes, d. h. vom Standpunkte der bestehenden Gesellschaft selbst zu kritisieren, sondern ihr auch auf Schritt und Tritt das sozialistische Gesellschaftsideal, das über die fortschrittlichsten bürgerlichen Politik hinausgeht, entgegenzuhalten. Und wenn das Volk bei jeder Debatte im Reichstag sich zweifellos überzeugen kann, um wieviel gewaltiger, fortschrittlicher, wirtschaftlich-vorteilhafter sich die Forderungen im Gegenwartsstaat gestalten würden, wenn jedesmal die Wünsche und Anträge der Sozialdemokratie erfüllt wären, so soll es sich noch viel häufiger wie bis jetzt

aus den Reichstagsdebatten überzeugen, wie nötig es sei, diese gesamte Ordnung umzukürzen, um den Sozialismus zu verwirklichen.

Mit der Entwicklung und der Erfassung der Sozialdemokratie wird es immer notwendiger daß es namentlich im Parlament nicht in den einzelnen Fragen des täglichen Lebens untertaucht und nur politische Opposition treibt, sondern daß es immer kräftiger ihre Grundgedanken hervorhebt: die Bekämpfung der politischen Machtverhältnisse durch das Proletariat zum Zwecke der sozialistischen Umwälzung.

## Die Volksbetrüger

Das Zentrum

Wessen Interessen vertritt das Zentrum? — Katholisches Großkapital oder die Klise des Christentums

Die Wahlfront der deutschen Zentrumspartei ist in drei Stufen aufgebaut. Ganz vorn stehen die Pfaffen mit dem Weihrauch, dem Seelenheil und der ewigen Verdammnis. Hinterher marschieren die „Christlichsozialen“ Gewerkschaftsböngel, Siegerwahl und die Seignier. Diese verzichten auf das Gotteswort und bearbeiten die Wähler mit irdischen Versprechungen. Hinter der zweiten Linie aber, den Gewerkschaftsvertretern und den Parteibeamten, beginnt das Allerheiligste des Zentrums, das Hauptquartier seiner ganzen Armee, dessen wirkliche Lage und Zusammensetzung nur Eingeweihte kennen und das, von allen Seiten getarnt, den ganzen Wahlkampf des Zentrums leitet und finanziert.

Wer sind diese wahren Herren des Zentrums?

Einer der mächtigsten Finanzkapitel der Zentrumskirche ist der Kölner Großbankier Louis Hagen, genannt der „Zivilgouverneur



von Köln“, Mitglied des Preussischen Staatsrats und des Reichswirtschaftsrats, der maßgebende Mann in dem Provinzialausschuß der Rheinprovinz und der Kölner Stadtverwaltung, hoher Freund und Gönner des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer, des Führers des rheinischen Zentrums und des Präsidenten des Preussischen Staatsrats. Ohne Hagen kann heute überhaupt keine Zentrumspolitik gemacht werden; denn die weitauß stärkste Zentrumskolonisation im Reich ist die rheinische, der Diktator des rheinischen Zentrums ist aber Louis Hagen. Dabei ist es nicht so lange her, daß Hagen sein katholisches Herz entdick hat, denn früher hieß er Levy und gehörte der mosaischen Konfession an. In dem Maße, wie sein Bankgeschäft wuchs, entwickelte sich bei ihm auch die christliche Weltanschauung, bis Levy durch den feierlichen Uebertritt zum Katholizismus seine weltliche Stellung und seinen Namen endgültig korrigierte. Der Papst bedachte ihn mit dem Großkomthur des Heiligen Silvester-Ordens, die Kölner Handelskammer aber wählte ihn zu ihrem Präsidenten. Während des Krieges war Louis Hagen ein glühender deutscher Patriot, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der von ihm kontrollierte Pulver- und Sprengstoffkonzern (Köln-Rottweil A. G. Nobel) aus jeder Schlacht märchenhafte Profite bezog; einen Teil davon — mehrere Millionen — schenkte Hagen der Zentrumspartei und der katholischen Kirche, wodurch er nur seine Schuld bezahlte; denn die Kirche erklärte ja, daß Deutschland den Krieg im Namen und auf Befehl Gottes, des Allmächtigen, führe. Nach dem Sieg der Entente mußte Hagen seine Dynamitfabriken erst auf die Kunstseidenfabrikation umstellen und dann an den Chemietrust verkaufen; das scheint nicht ohne Einfluß auf seine und der rheinischen Zentrumsführer nationale Gesinnung gewesen zu sein, denn während des Ruhrkrieges und danach organisierten Louis Hagen und Dr. Adenauer jene „Verdauungspolitik“, die die Abtrennung Rheinland-Westfalens von Deutschland und Anlehnung an Frankreich bezweckte.

Die Hagen'sche Erbe, die damals Deutschland bewiesener wurde, erhöhte noch mehr die Macht dieses Hauptgeldegebers des Zentrums. Niemand im Reich hat soviel Aufsichtsratsstellen inne, wie Louis Hagen, der ihrer fünf bis sechs Duzend zählt. So sitzt er in dem Aufsichtsrat der beiden größten Unternehmungen Deutschlands: des

Stahltrusts und des Chemietrusts (in dem auch ein anderer Zentrumsführer, Clemens Lammer, vertreten ist), und auch bei dem Elektrolongern AG. Auf diese Weise stellt er die Verbindung zwischen dem Zentrum und den Trusts her. Diese Verbindung erscheint noch klarer, wenn man weiß, daß Louis Hagen stellvertretender Vorsitzender der Klöner-Werke ist. Die Brüder Peter und Florian Klöner haben aber innerhalb der Zentrumspartei fast die gleiche Macht, wie Louis Hagen selbst, Florian Klöner ist Mitglied des Reichsverbandes des Zentrums. Außerdem gehören den Klöner Klöner die meisten Aktien des Berliner Zentralorgans der Partei, der „Germania“, von den 6000 Anteilen gehören 3600 den Brüdern Klöner und deren Bevollmächtigtem, Herrn von Papen. Ein weiteres Aktienpaket der „Germania“ liegt in Händen einer Gruppe von katholischen Aristokraten, die sich aus zwei Fürsten (Fürst Löwentstein und Fürst Waldburg-Wolfegg), fünf Grafen (v. Donnerstorf, v. Dallestrem, v. Prachma, v. Reichberg, v. Galen) und einem halben Duzend Baronen (v. Frankenstein, v. Hatzhausen, v. Ketteler, v. Tzwidel, v. Heeremann und v. Wendt) zusammensetzt. Die katholische Schwerindustrie arbeitet auf diese Weise Hand in Hand mit den katholischen Adligen, deren stärkere Vertretung im Zentrum der Reichstagsler Mary Kitzlich gefordert hat. Dieser Forderung soll in den neuen Wahlen durch Aufstellung der Kandidatur des Fürsten von Löwentstein entsprochen werden, der nicht allein Klöners Teilhaber in der „Germania“, sondern auch Vorsitzender des Zentralkomitees der deutschen Katholikentage ist.

Wie mit der „Germania“, so ist es auch mit der Provinzpresse des Zentrums bestellt, sie gehört zum größten Teil einem von dem Zentrumsverleger Lensing geführten Ring. Lensing aber macht gemeinsame Geschäfte mit dem Stahlkonzern Hoesch. Namentlich die Zentrumszeitungen in J und u r i e g e b i e t sind von der Gruppe Hagen-Klöner-Lensing-Hoesch vertrieben. Wenn viele von diesen Blättern arbeiterfreundliche Töne anschlagen, besonders jetzt vor den Wahlen, so entspricht das nur der Bauernfangtakt der Schwerindustriellen und feudalen Aktionäre. Alle christlich organisierten Arbeiter und Leser dieser Zeitungen müssen in den Wahlen

darüber aufgeklärt werden, daß die Unternehmer, die ihnen im Bergbau und der Stahlindustrie Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung auszuwirken wollen, und die Eigentümer ihrer Betriebe identisch sind. Die Konzerndirektoren und die „christlichen“ Redakteure werden von oben an der gleichen Stricke gezogen, die Kirchenmänner und die Siegerwahlischen Verbandbeamten bilden weitere Abteilungen der gleichen Zentrale. Sind die Bischöfe Außenfreunde der Kapitalisten, so hängt die Existenz der kleinen Sozialpartei, der Hauptkollaboranten der Zentrumspartei, schon gänzlich von den Zuwendungen der Industrieherrn ab; dafür predigen die Diener Gottes die Gesetze des Kapitals. So ist der ganze Zentrumsmechanismus von Unternehmer-einflüssen und Unternehmerragen durchsetzt. Die Personalunion der Partei mit den Spitzen der Schwerindustrie beschränkt sich nicht auf Klöner und Hagen — auch Otto Wolff und Kopsch, die Hauptaktionäre der Vereinigten Stahlwerke, sind „katholisch“. Mit Otto Wolffs Geld wurden seinerzeit die Wahlfonds des Dr. Marx, des bürgerlich-sozialdemokratischen „Vollblut“-Kandidaten für die Präsidentschaft finanziert. Nicht anders wie in Rheinland-Westfalen verhält es sich auch in anderen Hochburgen des Zentrums. Der Spitzenkandidat der Partei in Baden, der Reichsfinanzminister Dr. Köhler, sah, bevor er sein Ministeramt antrat, im Aufsichtsrat der „Südwestdeutschen Zuder-A.G.“, einer Gesellschaft, die einen Umlauf von hundert Millionen Mark hat; nachdem Köhler Finanzminister geworden war, brachte er eine Vorlage zur Erhöhung des Zuderzolls ein und der Südbadische Zudertrust konnte aus der eingetretenen Steigerung der Zuderpreise einen bedeutenden Extraprofit einstreichen. Auch die Steuerpolitik Dr. Köhlers war von den gleichen Grundzügen geleitet.

Im ganzen Reich treiben jetzt die Zentrumsführer, die Pfaffen und die Gelben das Stimmvieh an die Urne, damit die politische Herrschaft über den deutschen Staat nach wie vor in den Händen der Trusts bleibt und damit der Zentrumsmann Dr. Brauns, der Minister gegen die Arbeit, nach wie vor die Lohnforderungen und Streiks der christlichen Arbeiter mit christlichen Schiedssprüchen abwürgt.

(Weitere Artikel über die anderen Parteien folgen.)

## Presse, Waffen, Dirnen und SPD.-Raffen

Warum schweigt die SPD.-Presse zu unseren Enthüllungen?

Die sozialdemokratische Presse hat bis zum heutigen Tage auf alle unsere Enthüllungen über die Zusammenhänge zwischen schwarzrotgoldenen Regierungsstellen und Fememördern geschwiegen. Deshalb scheint es uns angebracht, den bedauerlichen Gedächtnisstützen ein wenig abzuwehnen. Wir wollen uns heute beschäftigen mit dem Major a. D. Kieck, der seit Dezember 1919 als Oberkreiskat im Oberpräsidium der Provinz Ostpreußen tätig war, zu der Zeit, als der Sozialdemokrat Köster Reichsinnenminister war (1920/21), aber auch als Ziviloffizier (Waffenlieferungskommissar) der 1. Division der Reichswehr in Königsberg unterstand. Er hatte die von den Einwohnerwehren bis zum Kapp-Putsch angekauften schwarzen Waffenbestände zu lagern, instandhalten zu lassen und zu beaufsichtigen. Als Hilfskräfte dienten ihm dabei in der ersten Zeit paritätisch aus den verschiedenen Reichsverbänden zusammengesetzte Arbeitstrupps, aus denen später (1922) die rüchmüchtig belannnten Arbeitskommandos formiert wurden. Der Mann war im übrigen ein wenig schwarzrotgoldenen angehaucht und hat darunter auch arg zu leiden gehabt: offenbar aus politischen Gründen inzentrierte die „einmannfreie“ Faustkämpfer gegen ihn wegen der mit seiner Tätigkeit verbundenen „kaufmännischen“ Geschäfte eine starke Hege, die eine einjährige (allerdings mit Freispruch endende) Untersuchungshaft und Dienstentlassung zur Folge hatte.

Der schwarzrotgoldene Anhauch, der, wie wir sehen werden, auch in sehr guten Beziehungen zur SPD. seinen Ausdruck fand, hat unseren Heiden übrigens nicht vor Verührungen mit Femebedingungen geschützt. Im Wilmssprozess hat ein Zeuge unter Eid behauptet, von Kieck selbst erfahren zu haben, daß diesem während der ober-schlesischen Krise von einem Stabsoffizier der 1. Division gesagt wurde, daß er zur Sicherung gegen Verrat der schwarzen Waffenbestände eine Feme organisieren und Todesurteile vollstrecken lassen solle.

Was aus diesen Femeplänen geworden ist, wissen wir nicht — aber wir wissen aus einer von Kieck nach seinem Prozeß an Herrn Severin überreichten Denkschrift (die in dem von Mertens, Lehmann-Ruppholdt und Widerhold an den Reichspräsidenten gerichteten offenen Brief „Die deutsche Militärpolitik seit 1918“ wiedergegeben wurde), daß Herr Kieck sich zur Dedung seiner Waffenbestände an der er und offenbar nicht wirkungsloser Methoden bediente:

er kaufte die SPD.

In der Denkschrift wird eingehend ausgeführt, daß bei der allgemeinen Einstellung der Arbeiterschaft die Gefahr bestand, daß die Waffenlager aufzuliegen und auf diese Weise zur Kenntnis der Entente

gelangen könnten. Um das zu verhindern, mußte er sich mit der SPD-Organisation gut stellen. Hören wir ihn selbst:

„Zur Erläuterung möchte ich bemerken, daß ich, wie in dem mäßigen Umfang ausgeführt wird, um die Waffen zu halten, gezwungen war,

Selber zur Propaganda an die SPD. heranzugehen.

Da ich damit nicht den Oberpräsidenten belassen durfte, und auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Staatsmittel sehr beschränkt war, hatte ich kleiner, wie das Urteil festsetzte, verschwinden keine Teile verkauft, um der SPD. die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es war dies Gerät von insgesamt etwa 8000 Goldmark, das ich in etwa zwei Jahren veräußert habe. Ohne die Hergabe dieser Mittel waren, wie auch gezeigt wurde, die ostpreussischen Waffenbestände nicht zu halten.“

Die ostpreussische SPD-Organisation scheint mit diesen 8000 Mark auch besriedigt worden zu sein — jedenfalls gab es mit ihr keine weiteren Schwierigkeiten. Aber das genügt nicht — Kieck brauchte die Dedung der obersten Stelle, des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Köster (auch der ostpreussische Oberpräsident Siering war Sozialdemokrat). Die gewünschte Dedung beschaffte sich Kieck mit Hilfe von zwei prominenten ostpreussischen SPD-Abgeordneten. Nachdem er sich durch Verkauf von Pferdegeschirren aus schwarzen Reichswehrbeständen etwa 600 Goldmark verschafft hatte, unternahm er mit den beiden „Arbeitervertretern“ in Berlin eine gemeinsame Spritztour durch verschiedene Wein- und Nachtlokale der Friedrichstadt und besorgte zum Abschluß noch für einen der beiden Abgeordneten zur „Kaffeezeit“ eine „Dame“ aus der Friedrichstraße. Die gemeinsame Unterhaltung der drei Personen kostete im Laufe der Nacht 600 Goldmark — eben jene 600 Mark, die zu diesem Zwecke durch Geschirrerkauf „verschafft“ worden waren.

Aber das Opfer war nicht umsonst gebracht. Am nächsten Morgen begaben sich die drei Lebemänner gemeinsam in das Reichsinnenministerium, wo die beiden Abgeordneten die Bürgerhaft für Kieck und seine Tätigkeit in Ostpreußen (Sammlung von Waffen, die teilweise für den ober-schlesischen Selbstschutz bereitgestellt wurden) übernahmen. In der Folge blieb Herr Kieck auch tatsächlich in seiner Tätigkeit unbehelligt.

Hat die SPD. Lust, noch weiter zu schweigen? Die sozialdemokratischen Arbeiter werden jedenfalls nicht mehr von diesen Bestrebungen zu halten zu haben.



# Schlichtung erdrosselt Streikrecht

## Der Weg der sozialdemokratischen Schlichtungspolitik



Die „Schlichter-Zeitschrift“ des DRS. schrieb bereits im Mai 1920 in einem Artikel: „Schlichtung, ein Ausnahmefaktor gegen die Arbeiter“. Und obendrein noch soll die hochwohlbornliche Bürokratie in Gestalt der Landesbehörde es in der Hand haben, dessen Schlichtung als verbindlich zu erklären. Sprache man es doch ehrlich aus: Damit soll jeder Streik überhaupt unmöglich gemacht, jeder Bewegung die Spitze abgestochen, jeder Plan erstickt werden. Denn die Verbindlichklärung des Schlichters ist zulässig, wenn seine Durchführung zur Abweidung von Nachteilen für die Allgemeinheit erforderlich ist. Was aber als „Interessen der Allgemeinheit“ im heutigen Deutschland alles ausgelegt wird, das zeigte uns kürz vor deutlich das Einsetzen der Technischen Komitee bei jeder ernsthaften Streikbewegung.“

So weit ist es gekommen: jeder noch so kleine Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit wird mit Anordnungsparagrafen abgewürgt. Die letzten Monate, in denen ein Antikampf des Kampfwillens der Arbeiterklasse als Folge der verheerenden Ausbeutung und des verheerenden Angriffes der Scharfmacher zu bemerken war, zeigten ein solch brutales Vorgehen der sogenannten Schlichtungsbehörden und des päpstlichen Reichsarbeitsministers zur Niederschlagung der Arbeitskämpfe, so daß jedem Arbeiter nur die elementare Freiheit der Arbeitsüberlegung als Antwort auf die brutale Ablehnung der lebensnotwendigen Arbeiterforderungen soll erdroffelt werden. Damit ist der Kampf um die wichtigste Sache der Arbeiterklasse, der Kampf um das Koalitions- und Streikrecht, der schon seit mehr als einem Jahrhundert im Mittelpunkt der Kämpfe des Proletariats stand, auch im „demokratischen“ Deutschland erneut in den Vordergrund getreten.

In den ersten Monaten nach dem Sturz der Hohenzollern war die deutsche Bourgeoisie gezwungen, Zugeständnisse zu machen und — obwohl sie im Verein mit der Sozialdemokratie die besten Vorbereitungen traf, um den erneuten Raub des Streikrechts zu vollziehen, konnte sie nicht immer die wilhelminischen Polizeimethoden gegen streikende Arbeiter anwenden. Doch in gleichen Maße, wie die Unternehmer in der Lage waren, ihre Positionen im Kampfe gegen die Arbeiterklasse zu verfestigen, wurden die Angriffe zur gesellschaftlichen Erdrückung der Streikfreiheit offensichtlich und gefährlicher. Einen gewissen Höhepunkt erreichten diese Angriffe mit der Einführung der Schlichtungsordnung am 30. Oktober 1923, die von der damaligen Großen Streikern-Koalition auf Grund des

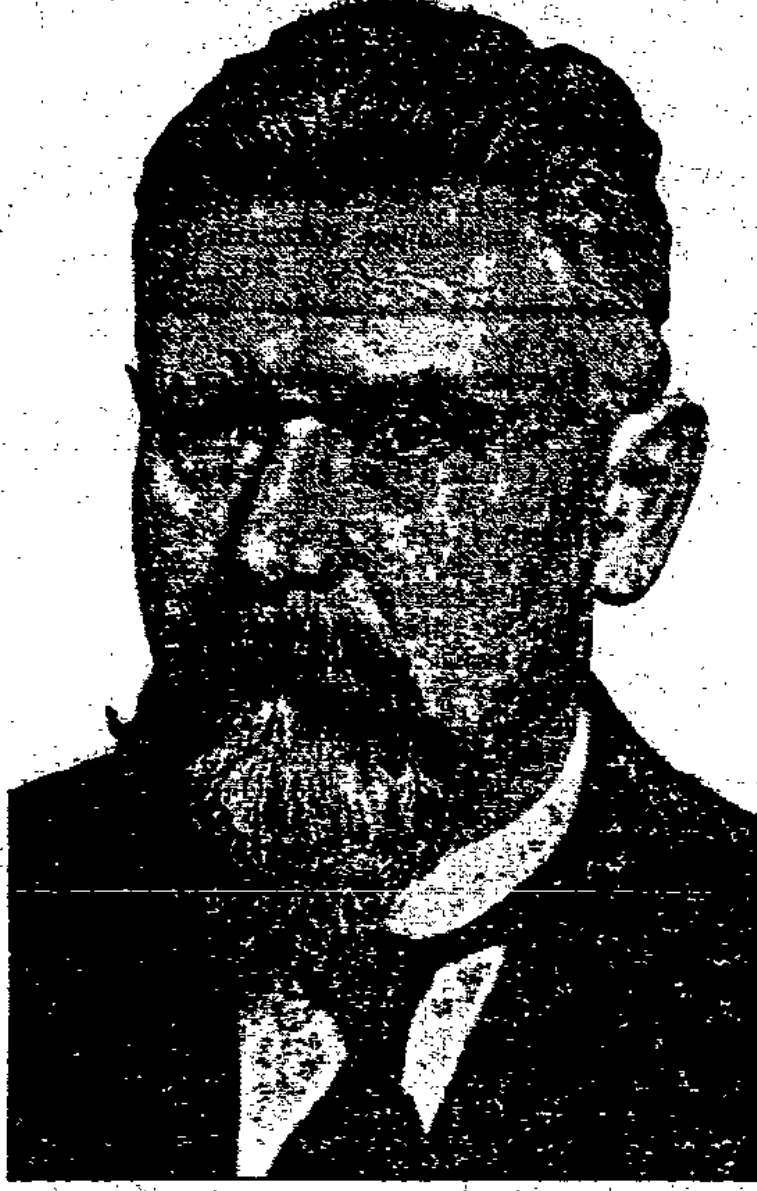
Ermächtigungsgesetzes, das mit den Stimmen der Sozialdemokraten am 13. Oktober 1923 angenommen, erlassen wurde. Diese Schlichtungsordnung „bewährte sich“ schon bei den großen Abwehrkämpfen im ersten Halbjahr 1924 gegen den Angriff auf den Reichstagsbeschluss. Aber besonders seit dem Hamburger Hafenarbeiterstreik 1926 hat sich die Rette der willkürlichen Streikerdrückungen unermesslich erweitert. Die Auswirkungen des Schlichtungsgesetzes in letzter Zeit, die brutale Wiederentdeckung der mitteldeutschen Berg- und Metallarbeiter, die Ausweisung verächtlicher Ausbeutungsdiplome für die heimisch-wirtschaftlichen Füttererarbeiten, sind uns allen noch frisch in Erinnerung.

### Wem ist der Streikrechtsraub zu verdanken?

Schlief bei keiner anderen Maßnahme zeigte sich die arbeitserfreundliche Rolle der SPD. auf dem Gebiete der praktischen Politik, deren sich die SPD. überall rühmt, so deutlich in den ersten Novembertagen 1922, wie gerade darin, daß die sozialdemokratischen „Vollbeauftragten“ die militärischen Schlichtungskommissionen zur Unterbindung der gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe herbeiführen ließen. Bekanntlich führte die „Bürgerbewegung“ der SPD. so weit, daß sie mit dem Kriegsgesetz „über den vaterländischen Hilfsdienst“ geschaffenen Schlichtungskommissionen, die in Wirklichkeit gewerkschaftszerstörend wirkten, als „sozialer“ Fortschritt begrüßt wurden. Aber hat diese Einrichtung, die jede Gewerkschaftsaktion hemmen sollte, in den Novembertagen fortzuwirken, wurde sie im Sinne der „Arbeitergemeinschaft“ der Regier-Stimmen am 23. Dezember 1922 von den „Vollbeauftragten“ erweitert. Die Möglichkeit der Verbindlichklärung, unter deren Auswirkung die Arbeiterklasse heute zu leiden hat, wurde damals zum ersten Male geschaffen. Diese reaktionäre Tat der SPD. wurde mit dem Schwinkel, in der Weimarer Reichsverfassung sei das Streikrecht verankert, zu betiteln versucht. Schon damals konnte sich die klassenbewußte Arbeiterklasse davon überzeugen, daß Verfassungsfragen Nachfragen sind, daß nur, soweit die Arbeiterklasse die Angriffe auf die Streikfreiheit abzuwehren in der Lage ist, ein Streikrecht vorhanden sein kann, und heute gehen selbst künftige Arbeiterrechtler zu, daß die Weimarer Reichsverfassung weit weniger als die wilhelminische Gewerbeordnung das Koalitions- und Streikrecht gewährleistet. Der Schwinkel von der gesetzlichen Verankerung des Streikrechts in der Reichsverfassung war erst frisch lobgepriesen, und schon haben gleich nach der Niederschlagung der Weimarer Reichsregierung die damaligen sozialdemokratischen Minister, besonders Bissel, der heute als Berliner Schlichter keine reuenerde, arbeitserfreundliche Einstellung zu beweislicher Gelegenheiten hat und nicht wegen seiner „Beobachtung“ im Streikrechtsraub von der SPD. als Postdamer Spitzenkandidat für die Reichstagswahl angekündigt wurde, Gespenster für die Verletzung des „Arbeitsfriedens“, die in jedem Punkt die Bestimmungen zur Umwidmung des Streikrechts für die kleinen Arbeitskämpfe offenbart, schüttelt war, erließ Ebert ein Antistreikgesetz, mit dem er erst unter Androhung von Zuchthausstrafen den Streik niederzuschlug. Diese Zuchthausgesetze gegen die Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter sind selbst heute noch nicht abgeschafft.

### Eberts Zuchthausgesetze gegen streikende Arbeiter

Besonders der erste sozialdemokratische Reichspräsident der Republik hat sich im Kampf gegen das Streikrecht hervorgetan. Führte doch sein Vorgehen gegen gewerkschaftliche Kämpfe so weit, daß selbst die sozialdemokratische Verbandsbürokratie sich gezwungen sah, ihn aus dem Sattlerverband auszuschließen. Als Reichspräsident war Ebert „leider“ nicht mehr in der Lage, in Streikleitungen einzutreten, um so Streiks zu brechen, wie er es nach seiner eigenen Aussage und nach dem Zeugnis des „Hundsfoot“-Generals Grosse in der Funktionärstreik während des Krieges getan hatte. Aber als „Schlichter“ verstand er andere Mittel gegen Arbeiterkämpfe anzuwenden. Im Oktober 1920 brochte er den Berliner Elektrizitätsarbeiter-Gewerkschaften an, als sie sich nicht den Kapitalkapitalisten fügen wollten, und im Januar 1922, als die gesamte deutsche Arbeiterklasse für den Kampf der Eisenbahner gegen die Eisenbahnlinie eintrat und, obwohl der Reichspräsident, mit aller Brutalität vorgeing, die Kampffront uners



Berliner Schlichter Wissel, Spitzenkandidat der SPD.

schüttelt war, erließ Ebert ein Antistreikgesetz, mit dem er erst unter Androhung von Zuchthausstrafen den Streik niederzuschlug. Diese Zuchthausgesetze gegen die Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter sind selbst heute noch nicht abgeschafft. Noch schändlicher war das Verhalten Eberts in den Streiks des Jahres 1923. Als die Berliner Buchdrucker, von Inflation und Hunger getrieben, den Kampf um höhere Löhne aufnahmen, da rüßelte Ebert den General Seeck mit Vollmachten aus, der die Streikleitung verhaften und die Funktionärerkommunikation mit Gewalt auseinanderreiben ließ.

### Die SPD. unterstützt den jesuitischen Streikabwürger Brauns

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zur Durchführung der neuen Schlichtungsverordnung, die die brutale Unterdrückung jeglicher Bewegungen mit dem Mittel der Verbindlichklärung ermöglichte, verholten hatte und der christliche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf Grund des Gesetzes die Abwehrbewegungen gegen die Angriffe der Unternehmer auf



Dr. Brauns, Reichsarbeitsminister.



den Achtstundentag niederschlagen konnte, verübte die SPD. keinesfalls ihre reaktionäre Stellung. Niemals warb die SPD. gegen das Vorgehen des Reichsarbeitsministers selbst die einfachsten parlamentarischen Mittel an, niemals sprachen die Sozialdemokraten dem Dr. Brauns das Mißtrauen aus. Im Gegenteil:

eifrig bemühten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, Dr. Brauns zu bedecken. Noch mehr: die einfachsten Mittel zum Kampf gegen die Schlichtungspraxis wurden gescheit und Reich war die Kapitulation statt Kampf die Antwort auf die ungeschlagenen Probotationen der Schlichtungsbehörden. Sogar die sozialdemokratischen Schlichter, so besonders der verstorbenen Reichskommissar Ernst Meißner, Bissel, Brisch usw., beteiligten sich in gerabehu verheerlicher Weise an dem Raub des Streikrechts. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie veranlaßte, um einen Kampf gegen die Schlichtungspraxis überhaupt zu verhindern, das Schlichtungswesen in den Verbandsstatuten und Streikreglementen. Als die Hamburger Hafenarbeiter im Oktober 1926 ihren Kampf trotz Verbindlichklärung weiterführten, ging das schmachvolle Verhalten der Sozialdemokraten so weit, daß sie in ihrer Presse einen Aufruf der Unternehmer abdruckten, der zum Streikabbruch aufforderte. Ueberhaupt zeigt die SPD-Presse stets eine auffällende Verteilung der Maßnahmen der Schlichter, selbst wenn sich diese Katastrophe gegen die Gewerkschaften auswirken. Besonders wurden dadurch die Unternehmer in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse ermuntert. Und der Fälle dieser Fälle sei nur eine Bemerkung der „Arbeiterzeitung“, des Kölner SPD-Blattes, nach der Fällung des Schlichterspruches für den mitteldeutschen Bergbau erwähnt:

„Die Gewerkschaften werden sich der Autorität des Schlichtungsverfahrens grundsätzlich unterwerfen und den Streik nicht weiterführen.“ Unter den Stichworten der Wahrung der „Streikpflicht“, der „Lohnstreue“, des „demokratischen Gesetzes“ usw. wurde und werden in den Parlamenten, Zeitungen und Gewerkschaften von den sozialdemokratischen Führern praktisch die Schlichtungsdiplomatie des Bürgerblondministers verheißt und somit gefördert.

Auch im letzten Jahre hat die sozialdemokratische Politik grundsätzlich zur weiteren Erdrückung der Streikfreiheit geführt. Bekannt ist, daß

die Sozialdemokraten mit die Urheber des vom Bürgerblock durchgeführten Arbeitsgerichtsgesetzes

waren, und selbst heute, wo sich die Spruchpraxis der Arbeitsgerichte als ausgebrochen reaktionär und arbeitserfeindlich offenbart, dieses Gesetz verteidigen. Nun hat aber auch das Arbeitsgerichtsgesetz im Kampf gegen das Streikrecht den Unternehmern Waffen in die Hände gelegt. In den letzten Kämpfen der Arbeiterklasse traten die Arbeitsgerichte besonders durch Erlaß von einstweiligen Verfügungen, in denen den Gewerkschaftsfunktionären sogar Gefängnisstrafen angedroht, die Streikunterstützung verboten und somit Eingriffe der Klassenjustiz zur Unterbindung von Streiks ermöglicht wurden.

Dennoch verteidigt die SPD. die Arbeitsgerichte. Dennoch hören wir keinen SPD-Abgeordneten gegen das Arbeitsgericht sprechen. Kann diese Haltung der SPD. anders als Verrat an den elementaren Rechten, an den Streik- und Koalitionsrechten, genannt werden?

### Kampf der Schlichtungsquillone!

Die SPD. hat selbst bei den letzten Beratungen im Reichstag dem Jesuiten Brauns ihr Vertrauen ausgesprochen, das Gehalt des Streikabwürgerungsministers bewilligt und damit essen gezeigt, daß sie, selbst wenn sie an der kommenden Regierungsbildung beteiligt sein wird, keinesfalls den Kampf gegen den Streikrechtsraub aufnehmen wird. Die bisherigen Erfahrungen mit der SPD-Politik lehren, daß die SPD. bei einer neuen Beteiligung an einer Großen Koalition noch weniger bereit sein wird, Schlichtungsdiplomatie zu bekämpfen, als sie es während der Bürgerblockperiode getan hat.

Der Kampf gegen den Streikrechtsraub ist heute nicht mehr als früher zum politischen Kampf geworden. Darum gilt es zu brechen mit dem sozialdemokratischen Einfluß. Es ist verhältnißmäßig, daß

die sozialdemokratische Haltung zum Schlichtungswesen gewerkschaftszerstörend

wirken muß und darum auch — mögen sie darauf bestehen, daß sie 30 Gewerkschaftsführer in ihrer Reichstagsfraktion haben — gewerkschaftsfeindlich ist.

Das zu bedenken und die Konsequenzen daraus zu ziehen, ist jetzt besonders die Pflicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes und klassenbewußten Arbeiters. Der Kampf um das Streik- und Koalitionsrecht kann nicht auf dem Wege der Koalitionspolitik geführt werden. Darum kann die Arbeiterklasse in den kommenden Reichstagswahlen nur eine solche Entscheidung treffen, in der sie revolutionäre Vertreter wählt.

Der Zentrum über SPD. wählt, unterstützt das Schlichtungswesen.

Nur die Kommunisten kämpfen gegen das Schlichtungssystem!

Wählt Kommunisten!



# Internationale Politik

## Außenpolitische Wochenchau

Der „Friedenspakt“ — Italienische Außenpolitik — Japanische Kommunistenverhaftungen.

Die französisch-amerikanische Diskussion über den „Antikriegspakt“ hat ihren vorläufigen Abschluß damit gefunden, daß ihre Ergebnisse unter Vorbehalt der künftigen Fragen (Völkerbundverträge, Locarno-Verträge, europäische Allianzen Frankreichs) den anderen Großmächten (mit Ausnahme der Sowjetunion) zur Stellungnahme übermittelt werden. Bis zu einem gewissen Grade ist es sicher richtig, wenn die ganze „Friedenspakt“-Diskussion als Agitationsmaßnahme des amerikanischen Imperialismus betrachtet wird, das — angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen — der amerikanischen Außenpolitik, dem internationalen Demokratismus und der Weltfriedenspolitik das amerikanische Finanzkapital ein „positives“ Mantelchen umhängen soll. Und wenn der unmittelbare Zweck nach Abschluß der Washingtoner Besprechungen dahin besteht, sich als „positives“ Mantelchen umhängen soll. Und wenn der unmittelbare Zweck nach Abschluß der Washingtoner Besprechungen dahin besteht, sich als „positives“ Mantelchen umhängen soll.

Die Verhandlungen, die gegenwärtig von italienischer Seite mit einer Reihe von Regierungen geführt werden, dürfen in ihrer Bedeutung weder über noch unterschätzt werden. Selbstverständlich war es alles andere als ein Zufall, wenn knapp vor Ostern der italienische mit dem türkischen Außenminister verhandelte, während für die nächsten Tage der Besuch Palästina, des politischen Außenministers, in Rom angesetzt ist. Sicherlich versucht der italienische Imperialismus jenseits der Ärmel wie auch Polen zumindest für ein Verhältnis wohlwollender Neutralität in der großen französisch-italienischen Spannung zu gewinnen, um so Frankreich mit seinen beiden größten Trabanten, Jugoslawien und der Tschechoslowakei, völlig zu isolieren und auf dieser Grundlage eine Lösung der Mittelmeerfrage in seinem Sinne zu erzwingen zu können. Es ist durchaus möglich, daß die der Türkei gemachten Vorschläge sich auf einer ähnlichen, wie der gemeldeten Grundidee (Freiheit für die Wirtschaftstätigkeit Italiens in der Türkei, türkisch-griechische Verständigung, Verzicht Italiens auf alle Angriffsversuche gegen die Türkei) bewegen — ebenso wie es sogar in höchstem Maße wahrscheinlich ist, daß gegenüber dem polnischen Außenminister Mussolini auf die Unsicherheit des französischen Schutzes gegen die deutschen Pläne und auf die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung hingewiesen wird, um so Polen dem italienischen Bloch geneigt zu machen. Aber es ist sicher falsch, wenn die meisten bürgerlichen Blätter aus diesen italienischen Plänen schon vollendete Tatsachen machen: vom Standpunkte der Türkei ist das vorgeschlagene Geschäft mehr als fragwürdig (welchen Wert würde schließlich eine papierne Nichtangriffserklärung Italiens haben und welche anderen, als papiernen Verpflichtungen könnte Italien gegenüber der Türkei auf sich nehmen?) — und für Polen lautet die entscheidende Frage ebenso, ob es sich den deutschen Ostplänen überhaupt widersetzen soll (in welchem Falle die italienische Hilfe sicher nützlich wäre) — oder ob es nicht zweckmäßiger ist, sie um den Preis deutscher Unterstützung in der baltischen und Ostwestpolenpolitik zu begeben. Und andererseits ist es auch vom Standpunkte des italienischen Faschismus nichts weniger als sicher, sich in die Stellung des prinzipiellen Belämpfers der deutschen Ausdehnungspläne zu begeben: gegenüber einem deutsch-französischen Kontinentalbloch, der sich auf Belgien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien stützen könnte, wäre das ganze italienische Bündnis doch von sehr fraglichem Wert.

Unter diesen Umständen wird man die italienischen Bloch-Verhandlungen mit Polen und mit der Türkei wenigstens zunächst kaum anders einschätzen können, denn als Druckmittel für die Verhandlungen mit Frankreich über die Mittelmeerfrage, die auf der Tangerkonferenz eben nach Ostern in das entscheidende Stadium treten werden. Immerhin sind sie als Zeichen der allgemeinen Spannung auf dem Balkan bezeichnend: wenn man — im Anschluß an die türkischen Verhandlungen mit Rom — sogar in jugoslawischen Kreisen schon mit der Möglichkeit einer türkisch-griechischen Verständigung und eines — natürlich unter Führung Italiens stehenden „Balkan-Bündnisses“ — rechnete, so ist das bezeichnend — und auch

der Rückschlus, den Italiens abwärtsziehende Trabanten mit der Aufhebung der Grenzsperrung gegen Jugoslawien antreten könnten, braucht keine andere, als eine rein taktische Bedeutung zu besitzen.

Die Massenverhaftungen revolutionärer Arbeiter- und Bauernführer, die in den letzten Wochen in Japan vollzogen wurden, haben weniger eine innen-, als eine außenpolitische Bedeutung. Nachdem man das — offenbar zum Zweck der besseren Beeinflussung des Spielbretts erfundene — Märchen von einer großen Verschwörung gegen das Leben des Kaisers fallen gelassen hat, ist man nun offen dazu übergegangen, sichlicher zu sprechen: nämlich von einer kommunistischen Propagandabewegung, die — was immer wieder betont und besonders von der englischen Presse mit sehrlichem Behagen wiedergebracht wird — mit tuischer, vor allem finanzieller Unterstützung arbeiten soll. Der große Spielbrettschach, die Massenverhaftungen, die zu der sehr bedauerlichen Jugend und Schwäche einerer japanischen Bruderpartei in krassem Mißverhältnis standen, lösen sich nun in eine klare und verständliche Aktion aus, für die ja berühmte Muster vorliegen: nämlich die zu einer Vorbereitungsaktion, zu einem Abruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wegen „Einkreisung in die inneren Verhältnisse Japans“.

Im Zusammenhang der allgemeinen Politik des japanischen Imperialismus bedeutet das sicher eine sehr ernste Wendung, die umso mehr an Gewicht gewinnt, als in der letzten Zeit sich sowohl in der Bedeutung, die Amerika auf die Beteiligung Japans an den „Antikriegspakt“-Verhandlungen legte, gewisse Anzeichen einer Abschwächung des japanisch-amerikanischen Gegensatzes sichtbar machen. Nimmt man dazu die Tatsache, daß Japan in letzter Zeit dazu übergegangen ist, seinen bisherigen chinesischen Schützling Tschangtschun außerhalb der Mandschurei nicht mehr zu unterstützen, daß sich also eine sichtbare Annäherung an den von England und Amerika gestützten Tschangtschun zeigt — der sich ja als zureichende Stütze jeder antisowjetischen Gruppierung erwiesen hat — so wird die Bedeutung der Kommunistenverhaftungen gerade in diesem Augenblick klar.

## Die U.S.S.R. in der Weltwirtschaft

Trotz der vom Absolutismus ererbten technischen Rückständigkeit entwickelt sich die U.S.S.R. dem ihrem vollkommenen Wirtschaftssystem, bedeutend rascher als die kapitalistischen Staaten.

So ist die Produktion der Textilindustrie in der U.S.S.R. im Vergleich zu 1913 um 19 Prozent gestiegen, in England aber nur um 3 Prozent, in Deutschland um 6,6 Prozent. In England ist sie zurückgegangen und betrug im Jahre 1927 nur 86,6 Prozent des Jahres 1913. Nur die Vereinigten Staaten, die sich im Kriege entwickelt haben, weisen eine Zunahme der Produktion um 60 Prozent auf.

Hier muß eine bemerkenswerte Eigentümlichkeit der Entwicklung der U.S.S.R. hervorgehoben werden. Diese Entwicklung verläuft fast ausnahmslos in gleichmäßiger Tempo. Im Jahre 1920 lieferte die Großindustrie der U.S.S.R. nur 13 Prozent der vorkriegszeitlichen Produktion, im Jahre 1921 23 Prozent, 1922 29 Prozent, 1923 39 Prozent, 1924 50 Prozent und 1927 119 Prozent.

Dagegen die Lage in Frankreich. Bereits 1920 lieferte die Produktion 66 Prozent der vorkriegszeitlichen, erholte 1924 108 Prozent, 1925 auf 100 Prozent zurück, steigt 1926 wiederum auf 123 Prozent und fällt 1927 auf 103 Prozent.

Ähnliche Schwankungen sieht man auch in England: 1921 67 Prozent, 1924 ein Aufschwung bis 80 Prozent, dem ein Rückgang bis auf 67 Prozent folgt.

In Bezug auf Mechanisierung der Kohlenförderung steht die U.S.S.R. nur wenig hinter England zurück. In England werden 19 Prozent der Kohle auf mechanischem Wege gefördert, in der U.S.S.R. 17 Prozent.

Vor dem Kriege entfielen 15,5 Prozent der Weltleistung für die Produktion auf Rußland, im Jahre 1927 entfielen auf die U.S.S.R. 20 Prozent.

41 Prozent der Weltproduktion entfielen auf Rußland, heute entfallen auf die U.S.S.R. 42 Prozent. Für die Gastenente sind die entsprechenden Zahlen 20 und 21 Prozent.

Der reale Arbeitslohn ist in der U.S.S.R. im Vergleich zur Vorkriegszeit um 28 Prozent gestiegen, in England nur um 8 Prozent, in Frankreich um 4 Prozent. Der Reallohn der italienischen Arbeiter beträgt nur 66 Prozent der Vorkriegszeit.

## Aus aller Welt

### Schwere Brände in Mecklenburg

In der Nacht zum Freitag brannten auf dem Grundstück des Kaufmanns Guse in Schwerin ein Stallgebäude und ein Speicher mit Holzvorräten nieder.

In Groß-Tessin brach heute früh in dem Gebäude des Bäckermehlers Bröcherer ein Feuer aus, das das Haus in kurzer Zeit einäscherte. Drei Arbeiterfamilien sind obdachlos geworden. Eine benachbarte Gastwirtschaft hat schwer gelitten.

In Groß-Tessin bei Neulitz wurden heute früh zwei große Wirtschaftsgedäude mit landwirtschaftlichen Maschinen und Futtervorräten in Raub der Flammen. Das Vieh konnte zum größten Teil gerettet werden.

### Eine neue eisenhaltige Quelle in Oberpfälzen.

Bereits seit Jahren ist es bekannt, daß in Biegenhals mehrere eisenhaltige Quellen vorhanden sind. Die Untersuchung derselben unterblieb, wie so vieles infolge des Krieges. In den letzten Tagen ließ nun die Stadt Biegenhals durch den bekannten Quellsucher Otto-Breslau Versuche mit der Bännschlurde anstellen, um ergiebige Wasseradern für die neue Kanalisation zu finden. Bei dieser Gelegenheit wurde, wie die „Broschüre Oberpfälzen“ meldet, zwischen dem unteren und dem oberen Waldteich eine stark kohlensäure- und eisenhaltige Quelle entdeckt.

### Verwegene Flucht über die Dächer.

In der Nähe der Ostallee in Dresden sollte kürzlich nachts ein Bootsmann festgenommen werden, der behördlicherseits gesucht war. Er kletterte jedoch vor den Polizeibeamten über mehrere Dächer und konnte erst nach längerer Zeit, nachdem das Ueberfallkommando den ganzen Häuserblock abgeriegelt hatte, auf dem Dach eines Grundstücks der Trabantenstraße hinter einer Esse versteckt aufgefunden werden.

### Eine Fallschirmjägerwerstatt ausgehoben

Das Bielefeld wird gemeldet: Der Polizei ist es gelungen, in Planitz eine Fallschirmjägerwerstatt auszuheben. Nachdem schon seit einiger Zeit in der Umgebung fast 50-Hektar-1-Markt- und 2-Marktstücke sich in Umlauf befinden, stellte die Polizei einen Einwohner fest, der das Fallschirmjägergeld in Umlauf brachte. Es konnte

ihm die Herstellung von Fallschirmjägergeld auf Grund einer Durchsichtigung seiner Wohnung einwandfrei nachgewiesen werden. Die Polizei ist noch auf der Suche nach Helfershelfern.

### Fünf Gutachter in Madotsa ermordet

Nach einer Agenturmeldung aus Casablanca wurde ein Kraftwagen, in dem sich zwei Zivil- und drei Militärpersonen befanden, von Eingeborenen in der Gegend von Su Dens überfallen. Die fünf Insassen wurden ermordet.

### Wenn Kinder unbeaufsichtigt spielen

In Schwerin in Mecklenburg wurde von Kindern beim Spielen ein kleiner Knabe gefesselt und in einem ledernen Fischkorb festgebunden. Dann stießen die Kinder das Boot in den Schützlinke See hinaus, wo der Wind es immer weiter vom Ufer abtrieb, während es langsam voll Wasser lief. Dem Knaben war ein Knobel in den Mund gesteckt, so daß er nicht um Hilfe rufen konnte. Sandgesellschaft unternahm nichts zu seiner Rettung. Durch Zufall entdeckte Kuderer auf das sinkende Boot aufmerksam und löschte im letzten Augenblick das Kind vor dem Ertrinken.

### Unter Mordverdacht verhaftet. Tu. Leipzig, 11. April.

Hier wurde am Dienstag ein 23-jähriger Arbeiter festgenommen, der im Verdacht steht, seine Ehefrau ermordet zu haben. Die Frau wurde tot im Bett liegen aufgefunden. Da der Mann Selbstmordgedanken geäußert hat, ist die Festnahme auch eine Schutzmaßnahme. Besonders verdächtig hat sich der Festgenommene dadurch gemacht, daß er nach der Verhaftung einen Brief, den er in der Tasche trug, zu verschlucken versuchte.

### Arbeiter-Schachbundesmeisterchaft in Stuttgart. Ergebnisse:

- Berlin 23 1/2 P., 2. Mannheim 13 1/2 P., 3. Hamburg 18 P., 4. Gera 10 P. Hauptturnier I: 1. 1. Köhne, Berlin, 2. 1. Bruchhäuser, Frankfurt a. M., 3. 1. Köhler, Nürnberg, 4. 1. Volker, Berlin.

Der bei Schluß der französischen Kammer verhaftete kommunistische Abgeordnete Paulin Coustau ist gestern nach Verbüßung einer dreimonatigen Gefängnisstrafe aus der Haft entlassen worden.

Bitte ausschneiden und aufbewahren!

### Werbt Freunde

für die

# Kalkiflora

## Zahnpasta

7 Preise zu je 1000,- 20 Preise zu je 200,- 50 Preise zu je 50,- 1000 Trospreise.	24 Preise zu je 200,- 1000,- 500,- 40,- 200,- 50,- 40,-	24 Preise zu je 200,- 1000,- 500,- 40,- 200,- 50,- 40,-
--	---	---

Jeder kann sich günstig kostenlos daran beteiligen. Der Zweck der Kalkiflora-Werbung ist, die Kalkiflora-Zähler- und Mundspülung in diejenigen Kreise zu bringen, die unsere Kalkiflora-Zahnpasta noch nicht kennen und nicht wissen. daß sie zu den allerbesten Zahnpasten gehören, obwohl die große Tube nur 80 g und die kleine Tube nur 60 g kostet. Die Kalkiflora-Mundspülung kann sich jeder leisten, denn Kalkiflora ist die Zahnpasta für alle, welche mit dem Gießen zu tun haben, aber trotzdem die beste zur Pflege ihrer Zähne haben wollen. Die Bedingungen der Kalkiflora, ihre Milde und gänzliche Unschädlichkeit, ihre wunderbare Pfefferminzschmelze und ihre Ausdehnbarkeit wird von keinem anderen Präparat übertroffen, trotz der billigen Preise.

Probetuben, wissenschaftliche Literatur, Gutachten und Anerkennungen, scharfe Listen für Wunsch-Einsendung. Nur unter seinen Freunden und Bekannten für Kalkiflora wird, wird also kein Dank und Preisermäßigung erteilt, wegen der Güte des Produktes und wegen der geringen Lieferpreise des billigen Preises. Deshalb auf zur Kalkiflora-Werbung! Es winkt reichlicher Lohn!

Bebedingungen: Die Kalkiflora-Werbung wird in der Weise ausgeführt, daß jeder Werber seine Freunde und Bekannten zur Benutzung der Kalkiflora Zahnpasta einludt, er sammelt von ihnen, die sich eine Kalkiflora-Tube gekauft haben, die beiden Kartons ein und löst sie vorher mit der Nennenscheinnummer jedes Kartons versehen. Letztere sind ebenfalls in Massenanzahl auszusenden, die zu einer ungeghehen Preisverteilung führen werden.

Nur wirkliche Werbleistung soll belohnt werden.

Deshalb dürfen mindestens 10 Kalkiflora-Kartons die Nennenscheinnummern gefüllten Kartons sein. Die Kartons müssen spätestens am 30. Juni 1928 an uns abgesandt werden. Sendungen, die nach dem 30. Juni 1928 an uns kommen, werden nicht berücksichtigt. Die Kartons werden nicht berücksichtigt, wenn sie nicht mit dem Nennenscheinnummer versehen sind, wenn sie nicht zurückgeschickt werden, wenn sie nicht in die Briefumschläge, die in jeder Tube mitgeführt werden, eingeworfen sind. Die Preise werden entsprechend der Anzahl der eingeworfenen Kartons verlottert.

Wichtig! 2 leere Kalkiflora-Kartons der 80 g-Packung zählen als 1 leere Karton der 60 g-Packung.

Wer sich an dem Kalkiflora-Werben beteiligen will, wendet sich an den Leiter der Werbung, Kalikoflora-Fabrik, 14172, Die Gemarkung der 30. August, 1928. Die Bekanntmachung der 30. August, 1928.

Kalikoflora-Fabrik Quellwasser & Co.

G. M. B. H. / HAMBURG 19



# Arbeitslos / Von Rosa Luxemburg

Am 27. Dezember 1913 veröffentlichte die sozialdemokratische Korrespondenz einen Artikel von Rosa Luxemburg zur Frage der Arbeitslosen. Wegen Platzmangel können wir nur den letzten Teil dieses Artikels bringen. 15 Jahre sind seitdem vergangen, und trotzdem ist jedes Wort in vollem Umfange aktuell und könnte der Artikel heute geschrieben sein. Mit aller Schärfe wird die politische Bedeutung des Erwerbslosenproblems und die sich daraus notwendig ergebende Zusammenfassung und Führung der Erwerbslosenbewegung beleuchtet. Die Sozialdemokratie hat durch ihre weissen Kanten Rosa Luxemburg ermordet lassen. Mit derselben Brutalität belächelt die SPD als Partei die Erwerbslosenbewegung und die sozialdemokratischen Parteipräsidenten benutzen die modernen Mittel der Massenpsychologie zur Niedererschlagung der Erwerbslosendemonstrationen. Trotzdem müssen gerade in der gegenwärtigen Periode alle Arbeiter sich der Schlussfolgerung der Genossin Luxemburg anschließen und alle Kräfte zur Vernichtung des kapitalistischen Staates mobilisieren:

Die Wirklichkeit hat aber alle Schwarzmalerei Margens auch noch in anderer Beziehung übertroffen. Im vorigen Jahrhundert pflegte Krise mit Prosperität zu wechseln, nicht bloß für die Kapitalisten, sondern auch für die Arbeiter. Hohe Löhne während der guten Geschäftslage, niedrige Lebensmittelpreise während der Krise waren die beiden Widerstandsmomente des schroffen Wechsels für die proletarische Klasse. In seinem Hauptwerk bezeichnet Marx noch die allgemeinen hohen Löhne als die regelmäßigen „Sturmögel der Krise“. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts bleiben die „Sturmögel“ aus und das Unheil der Krise bricht über die Massen herein, ohne daß sie während der Prosperitätsperiode in der Lage gewesen wären, sich auch nur auf die Staffel eines minimalen Wohlstandes zu schwingen. Umgekehrt wird die andauernde Teuerung, die den materiellen Aufschwung der Arbeiterschaft während guter Geschäftslage herabdrückt, zur besonderen Geißel, die den Notstand der Arbeitslosigkeit bis zum bittersten Massenelend steigert. Heute fangen die Kapitalisten auf jeder Aufschwungsperiode der Industrie immer enormere Goldströme auf, während die Arbeiter nur zwischen chronischem Hunger bei Ueberarbeit und akutem Hunger bei Arbeitslosigkeit pendeln. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird damit aufs höchste gesteigert, das Joch des Kapitals wird unerträglich. Entmutigung, Verzweiflung, endlich Verzicht auf Selbstachtung und Würde, wie sie in dem Aufschwung der gelben Bewegung genau zum Ausdruck kommt, beschwächen sich heute weiterer Kreise der Arbeiterschaft.

Gegen diese herabdrückende Tendenz haben wir nur ein wirksames Mittel: die sozialistische Revolution der Welt. Mit revolutionären

Idealen kann man freilich keinen Hungernden sattmachen. Wir wären aber Scharlatane, nicht wert des Vertrauens der Massen, wollten wir die Hungerigen in die leiseste Hoffnung kullen, als hätten wir ein Wundermittel in der Tasche gegen den chronischen wie gegen den akuten Massen Hunger in der gegenwärtigen Periode der kapitalistischen Entwicklung. Wir wären ebenso plumpe wie grausame Kurpfuscher, wollten wir den hungernden Proletariern im Ernst einreden, daß alle unsere Projekte und Forderungen zur Bänderung der Not der Arbeitslosen bei den herrschenden Klassen in ihrem imperialistischen Zaumel schließlich etwas anderes als höhnisches Achselzucken zur Antwort finden werden. Am unvergeßlichsten wäre dies ein halbes Jahrhundert nachdem in Lonsafire Hipp und Klar erklärt worden ist, den Opfern der kapitalistischen Krise sei von Gott und Natur nur eines vorbehalten: „Ein, zwei, drei Jahre hungern zu warten, bis das Kapital seiner „lebendigen Maschinerie“ wieder bedürfe.“

Mit revolutionären Idealen kann man keinen Hungerigen sättigen, aber man kann ihm Glauben an die Zukunft und damit Mut und Selbstachtung geben, man kann in ihm geistige Energien wecken, die ihm innere Ueberlegenheit geben und ihn gegen die stärksten physischen Leiden unempfindlich machen. Der hungernde Proletarier ist, je nachdem, des tiefsten geistigen Falles oder auch des höchsten revolutionären Selbstentums fähig. In der Februarrevolution 1918 nahm das Pariser Proletariat, das furchtbar unter der Arbeitslosigkeit litt, freiwillig drei Monate Hunger auf sich, um der provisorischen Regierung zur Einführung der „sozialen Republik“ eine Frist zu gewähren. Es war der tiefste Glaube an ihr sozialistisches Ideal, das die Pariser Masse lehrte, mit Mut, Geduld und Würde monatelang zu darben und schließlich für dieses Ideal auf den Barrikaden zu kämpfen und zu sterben. In der englischen Baumwollkrise verjämerten die hunderttausende Hungernden mit Stolz in Arbeitshäusern die Zwangsarbeit zu verrichten; sie forderten, daß man ihnen für die Zeit der Krise Schulen und Bibliotheken öffne, damit sie ihre erzwungene Muße zur Bildung ihres Geistes ausnützten. Sie stellten ihre Bedingungen und sie setzten sie durch Drohung und Gewalt durch, nicht für einen Moment gaben sie die eigene Klassenwürde preis. Es war der geistige Aufschwung, die Kampfernergie, die am Vorabend der Gründung der Internationale durch die englische Arbeiterklasse zog, was sie dazu fähigte, um die äußerste Not mit Mut und Trost zu ertragen. Und in der russischen Revolution errichtete der Massenbeakmens Wunder der Opferfreudigkeit und des Kampfesmutes, die allein das Proletariat durch den Ozean von Leiden der Arbeitslosigkeit, des Hungers und der Verfolgung vor, während und nach der Revolution hindurchzuführen imstande waren.

Auch in Deutschland kann jetzt den verheerenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit am letzten Ende nur durch die Entfaltung einer Massenagitation begegnet werden, die an das Beste im modernen Proletariat appelliert: an seinen unerschöpflichen revolutionären Idealismus, die in ihm das Stärkste vorfindet: den Willen zur Tat und den Glauben an seine eigene Macht. Die Entmutigung der Massen und die Schlammschlacht der gelben Bewegung, diese Selbstpreisgabe des Proletariats, werden nur weichen vor einer feurigen Flut der sozialistischen Agitation, die den darbenenden Proletarier über sich selbst zu erheben vermag, indem sie ihm seine revolutionären Aufgaben in greifbarer Nähe rückt, indem sie den Massen Karamer macht, daß sie die größten persönlichen Opfer des Kampfes freudig und unbeforgt in Kauf nehmen müssen, um durch Löhne Millionen den Zusammenbruch eines Systems zu beschleunigen, das ihnen um des kapitalistischen Profites willen periodisch die entsetzlichsten Entbehrungen aufzwingt.“

## Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Breslau (Welle 322,6), Gleiwitz (Welle 329,7)

**Samstag, 15. April, 8.45:** Glockengeläut der Christuskirche. **9:** Morgenkonzert des M.C.V. „Concordia“, Leitung: W. Wede. **11:** Katholische Morgenfeier, Carl Brauner (Lenor), Vater Oberst G.J. **12:** Gleiwitz: Volkstümliches Konzert der freiwilligen Feuerwehr. Leitung: Kapellm. W. Wedemann. **14:** Gartenspieler Alfred Greis; Frühlingsarbeiten im Auegarten. **14.10:** Albr. Eichner: Der Adensamenbau. **14.35:** Ungezogen für Schachspieler von A. Kramer. **15:** Friedr. Reimde erzählt die Fahrt nach Amerika. **15.30:** Felix Janaske liest aus eigenen Werken. **18.30:** Volkstümliches Konzert. Mitw.: Kurt Weder (Sax), Kunstkapelle. **19:** U. Ulesienne-Suite. — Delibes: Coppelia-Suite. — Weingert: Lieberknecht, Der Kattensänger von Hameln. — Mendelssohn-Bartholdy: Suite zu „Ein Sommernachtsstraum“. **19:** Provinzial-Brandinspektor Samel: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Feuerwehren und der 20. Deutsche Reichsfeuerwehrtag 1928 in Breslau. **20:** Stadttheater Breslau Turandot. Vorlesung Drama in drei Akten und fünf Bildern, Musik von Giacomo Puccini. Sprechleitung: Dr. Herbert Graf, Musikal. Leitung: G. Scheidemann. Verl.: Turandot, eine chinesische Prinzessin; Trube Geyersbach; Altom, Kaiser von China; Grig Geneseltz; Timur, entthronter König der Tartaren; G. Zeithammer; der unbekannte Prinz (Kala), sein Sohn; W. Wörle; Liu, eine junge Sclave; Hilde Armbruster; Ping, Kamler; Wang, Marschall; Dong, Küchenmeister; ein Mandarin; der junge Prinz von Persien; der Scharfrichter; Die taffelichen Wachen; die Gehilfen des Sektens; Anaben; Priester; Mandarine; Wärterträger; die acht Weifen; Turandots Kammerfrauen; Diener; Soldaten; Donnerträger; Musikanten; Schalten der Verstorbenen, geheimnisvolle Stimmen; die Menge. Zeit und Ort: Peking in vergangenen Zeiten. — Anschl. Abendberichte. **22.30:** Konzerte der Kunstkapelle.

**Radio-Scheinig / Apparate, Lautsprecher, Hörer**  
Fritz Haubig, Scheiniger Straße 8

# HAASE-BIERE

Schlesiens beliebte Marken

**Lagolan**  
in allen Haushalten  
erhalten.  
Teika, Salzheta, Linacrusta, Spannstoffe, Leisten  
**Linoleum** in jeder Preislage empfiehlt  
**Carl Neddermann, Breslau 1**  
Am Rathaus 15 • Fernruf Ring 511  
Musterkarten bereitwilligst

**Möbel**  
zu bill. Preisen auf bequemste  
Teilzahlung  
Gegründet 1893  
**HABRYC**  
Breslau  
Renschestr. 2

**Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik**  
**Gerhard Hentschel**  
Lauban i. Schl. Telephon 233  
**Frühstücksbrot**

**Öffentliche Gemeinde Breslau e. B.**  
Sonntag, den 15. April 1928 19.30 Uhr  
im Saal Schützenstraße 14/16  
**Öffentlicher Vortrag**  
des Privatdozenten  
Rudolf Köber-Görlich  
Thema: „Die Entfaltung des Geschlechts bei den menschlichen Wesen“  
Eintritt frei! Der Vorstand.  
Wir ermahnen die Mitglieder, ihre Kinder vom 3. bis 7. Schuljahr am Mittwoch, dem 18. April, 15.30 Uhr, vom 8. Schuljahr (Jugendwochenklasse) am 16.30 Uhr zur Klassenerteilung nach Schützenstraße 14/16 zu führen. Kinder, welche das letzte Jahr nicht unterrichtet den Unterricht besuchen, werden zur Jugendwochenklasse nicht zugelassen.



**Simme Simme**

So eine Auswahl wie Tack sie gegenwärtig bringt, kann man lange suchen

- Kinder - Schnürstiefel in gutem Chromleder, schwarz 20-22 m Fleck 2,85, 18-21 2,95
- braun 20-22 mit Fleck 3,25, 18-21 3,35
- Kinder - Schnürstiefel sehr strapazierfähig, Roß-Chevreaus mit und ohne Lederkappe oder braun Glanzziege mit kleinem Absatz 25-26 5,50, 22-24 4,90
- Kinder-Spangenschuhe in modernen, feinfarbig Ledern mit kl. Abs., 25-26 5,50, 22-24 4,90
- in Lackleder in verschiedenen Ausführungen, 25-26 6,90, 22-24 6,20
- Knaben- und Mädchen-Rindbox - Schnürstiefel, 36-39 9,50, 34-35 8,40, 31-33 7,90, 29-30 7,40, 27-28 6,90
- Mädchen-Spangenschuhe, gefällige Form, 36-39 9,80, 34-35 8,90, 31-33 7,90, 29-30 7,50, 27-28 6,90

**Tack**  
A. G. Burg & M.  
Verkaufsstellen  
Conrad Tack & Co., G. m. b. H.  
**Breslau**  
Ohlauer Straße 13 und Renschestraße 47 48  
Beuthen / Rathor / Gleiwitz / Hindenburg / Oppeln / Waldenburg  
Liesnitz / Görlitz

**Rappel-Schreibmaschinen**  
und eigene Reparaturwerkstatt  
**Max Arnoldt, Breslau 5**  
Rathenplatz 9 **Ohle 5459**

**Inserate**  
haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**  
Amtliche Bekanntmachung.  
Laut Gemeindevorstandsbeschluss vom 3. April 1928 werden als Vorauszahlungen für das Steuerjahr 1928 vorläufig dieselben Steuern wie im Steuerjahr 1927 mit den gültig gewesenen Gemeindezuschlägen weiter erhoben, und zwar:  
250 % Zuschlag bei der Grund- und Gebäudesteuer,  
750 % Zuschlag bei der Gewerbesteuer vom Ertrage,  
2800 % Zuschlag bei der Gewerbesteuer von der Lohnsumme.  
Unter Vorlage der Steuerkarte von 1927 wird bei Einzahlung der fälligen Steuern für Monat April 1928 die neue Steuerkarte für 1928 ausgehändigt.  
Beifügung, den 12. April 1928.  
Der Gemeindevorsteher  
Dertwig.

**Beuthen**  
**MIFA - Fabrikverkaufsstelle**  
**Franz Dylla**  
Beuthen, Kaiserplatz 2  
verkauft  
**Qualitäts-Fahrräder**  
direkt ab Fabrik. Kataloge kostenlos.

**Waschmaschinen**  
**Wringmaschinen**  
nur bewährte Systeme  
Am Wersch Zahlungs-Erleichterung  
**Koppel & Taterka**  
Beuthen O.S. Hindenburg  
Piekarer Straße 23 Kronplatzstraße 127  
Telephon 2048 2049 3001 | Telephon Nr. 3190

**Deine Einkäufe**  
mache bei Inserenten dieser Zeitung!  
Die anderen wollen dein Geld nicht!



Diesesmal — ohne Dual!

Ein altes Sprichwort sagt einmal:
Wer die Wahl hat, hat die Qual.
Diesmal aber, daß ihr's wißt.
Doch das Sprichwort Unfug ist.
Geht ihr nämlich nächstens wählen,
Gibt's bestimmt für euch kein Qualen.

Denk:
Wählersch = Gemeindevoten,
Ankündigung (halb schon bei den Toten),
Deutschnational = Partei der Bodenreichen,
Volkspartei = Kapital, geht über Reichen,
Zentrum = Schutz des Kapitals,
Demokraten = ebenfalls,
SPD. = Roslibenbrüder,

Ree, die wähln wir nicht mehr wieder.
Und die Spitzherren-Parteien,
Schwächen doch nur unsre Reih'n.

Als Macht in Dörfern, Städten,
Bauernräten! Arbeiterräten!
Dafür kämpft die SPD,
Alles wählt drum SPD!

Ein Arbeiter.

Auch ein Zeichen der Zeit

Die Breslauer Schöffengerichte sind bereits bis in den Sommer
In den mit Terminen zu den Hauptverhandlungen besetzt. Um die
Wichtigkeit weiterer Terminanordnungen zu geben, ist nunmehr noch ein
weiteres Schöffengericht gebildet worden, dessen Vorsitz Landgerichts-
rat Schöffler übertragen worden ist. Dieses Große Schöffengericht
verrichtet jetzt zweimal wöchentlich, und zwar am Montag und Donnerstag.
Wenn die Zahl der Strafsachen zurückgeht, soll dieses Schöffengericht
nur einmal in der Woche in Tätigkeit treten. Jetzt tagen Montag
und Donnerstag im Saale 65 die Schöffengerichte unter Vorsitz
des Landgerichtsdirektors Schauer und im Saale 54 oder 52
unter Vorsitz des Landgerichtsrats Schöffler, Dienstag und Freitag
im Saale 65 das Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors
Rebelsky, Sonnabend im Saale 65 das Schöffengericht
unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Helbig. In all diesen
Fällen handelt es sich um das Große Schöffengericht. Das Kleine
Schöffengericht tagt im Saal 28 am Montag und Donnerstag unter
Vorsitz des Land- und Amtsgerichtsrats Gärtner und am Dienstag
und Freitag unter Vorsitz des Land- und Amtsgerichtsrats Fischer.

Ab morgen Auslegung der Stimmlisten

Die Stimmlisten für die Wahlen zum Reichstag, zum Landtag
und zur Stadtverordnetenversammlung für den früheren Stadt-
Kreis Breslau einschließlich der eingemeindeten Teile von Woi-
schowitz und Ostasch werden vom Sonntag, 15., bis einschließlich Sonn-
abend, 23. April, von 10 bis 19 Uhr in der Festungsurhalle,
Festungspfad 1/2, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.
Alles Nähere geht aus einer Bekanntmachung des Magistrats hervor,
die in der Zeit vom 12. bis 28. April an allen Anschlagstafeln des
Stadtgebietes angeheftet ist. — Die Stimmlisten für die abzuwählenden
ein-
gemeindeten Ortschaften werden gleichfalls vom 15. bis 28. April
an den durch Sonderausgang in den Gemeinden bekanntgegebenen
Stellen ausliegen. — Die Einreichung der einzelnen Wahlvorschläge
hat bis 8. Mai zu erfolgen.

Die Milchhallen werden aufgehoben! Zu der Notiz „Aufhebung
der Milchhallen“ in Nr. 83 unsere Zeitung schreibt uns das städtische
Presseamt: adS Milchhäuschen auf der größeren östlichen Insel des
Woi-
schowitzplatzes muß beseitigt werden, weil die Insel zur Sicherung
der Verkehrsüberführung völlig von Gebäuden freigelegt werden soll. Die
zurzeit auf ihr stehenden Gebäude, wie die Bedürfnisanstalt und der
Kabelverteiler der Postverwaltung, sollen in einem Verkehrshäuschen
auf der östlichen Insel zusammengefaßt werden, in dem auch ein
Raum für das Woi-
schowitzplatz als Ersatz für die abgebrochene Wärme-
halle vorgesehen ist. Leider ist es aus räumlichen Gründen nicht
möglich, auch das Milchhäuschen anzugliedern. Es muß daher dem
Publikum, das bisher dort gekauft hat, überlassen bleiben, künftig
seinen Bedarf an Milch anderweitig zu beden. — Auch auf dem
Woi-
schowitzplatz ist wegen der Verkehrsverhältnisse die Wiederauf-
stellung des Milchhäuschens nicht angängig.

Die Unversität zieht in das alte Polizeipräsidium. Nach dem
völligen Neubau des Polizeipräsidiums am Schweidnitzer
Stadtgraben wird das bisherige Dienstgebäude in der Ursulinerstraße
frei, so daß es einem anderen Benutzungszweck zugeführt werden kann.
Außer einigen privaten Interessenten hatten sich Magistrat, Regierung
und Unversität um die freierwerbenden Räume beworben. Die Ent-
scheidung ist nun gefallen und hat der Unversität das Recht zu-
geprochen, nach vollendeter Räumung des Gebäudes darüber zu ver-
fügen.

Post und Eingemeindung. Postbezirkseinteilung der neuange-
meindeten Orte: Bartheln Postamt 16, Woi-
schowitz Postamt 16, Carlowitz Postamt 10, Gwallen Postamt 16, Gassel
Postamt 17, Deutsch-Lissa Postamt Dt.-Lissa, Friedewalde
Postamt 16, Klein-Gandau Postamt 17, Goldschmieden
Postamt Deutsch-Lissa, Grüneiche Postamt 16, Hartlieb Post-
amt Kettendorf-Hartlieb, Herrnpotitz Postamt 2, Hund-
seib Postamt Hundseib, Prietern Postamt 18, Villenhaf
Postamt Rosenthal und Postamt 10, Maria-Höfen Postamt
Schmiedefeld und Postamt 2, Groß-Massewitz Postamt Pilsnitz und Post-
amt 17, Klein-Massewitz Postamt Pilsnitz und Post-
amt 17, Klein-Mochbern Postamt 17, Neulirch Postamt 2,
Dsmich Postamt 10, Ottwich Postamt 1, Pilsnitz Postamt 17,
Pirscham Postamt 1, Pohlmann Postamt 12, Rathen,
Rein-Heidau Postamt Deutsch-Lissa, Rosenthal Postamt 10,
Schwoitsch Postamt 12, Schmiedefeld Postamt 2, Stabel-
witz Postamt Deutsch-Lissa, Groß-Tschansch Postamt Groß-
Tschansch, Klein-Tschansch Postamt Klein-Tschansch, Bil-
heimstsch Postamt 16, Sedlitz Postamt 1, Zimpel Post-
amt 1.

Monatliche Gemeinde. Sonntag 19.30 Uhr im Saal Grünstraße
Nr. 14/16 öffentlicher Vortrag des Privatgelehrten Rudolf Köster-
beck. Thema: „Die Entscheidung des Geheimnisses vom menschl-
lichen Leben.“ Eintritt frei! — Wir ersuchen die Mitglieder, ihre
Kinder vom 3.—7. Schuljahr am Mittwoch 15.30 Uhr, vom 8. Schul-
jahr (Jugendweihklasse) um 16.30 Uhr zur Klasseneinteilung nach
Brünnstraße 14/16 zu schicken. Kinder, die das letzte Jahr nicht un-
terbrochen den Unterricht besuchen, werden zur Jugendweih nicht
zugelassen.

Breslau, 13. April 1928.
Es gibt überall Leute, die nichts zu tun haben. Sind sie laicho-
lisch, schleichen sie sich zu einer „Aktion“ zusammen und kämpfen gegen
katholische Klöster, Seidenstrümpfe, Bublikopf, „Schund und Schmutz“
(was man so nennt), gegen den Rundfunk — kurz und gut — fast
immer gegen die Vernunft!
Die Breslauer sind nun leider auch mit einem solchen „Aktionen-
süßler“ belastet. Mit einer an Größenwahn grenzenden Wichtig-
keit drängt sich dieser reißglatte Klub überall vor, versucht stets das
große Wort zu reden, und versteht doch gerade von den Dingen, in
die er sich einmischt, am allerwenigsten.
Vor ein paar Wochen attackierte die „Aktion“ gegen „Schmutz
und Schund“. Ergebnis: Resolutionen, feierliche Erklärungen
und sonstige Dummdinge.
Dann machte sie in „mexikanischen Kirchengreisen“.
Ergebnis: Resolutionen, feierliche Erklärungen und zur Umwechslung
einmal-telegraphisch überliefert päpstlicher Segen.
Und nun ist sie gegen die „Schleifische Funktion“ zu
Felde gezogen. Wenn wir dazu etwas sagen, dann nicht, um diese
zu verteidigen. Wir haben stets betont, und wiederholen das auch
hier, daß die „Schleifische Funktion“, genau wie alle anderen Sender,
nichts weiter als ein Beeinflussungsmittel der herrschenden Klasse ist.
Die wenigen vernünftigen Worte, die man manchmal aus Krie-
tern hören kann, gehen unter in dem Meer von Wichtigkeiten,
Morgenandachten, geistlichen Ehrenten und Militärmusik.
Über gerade die Niedertrapperei der Vernunft, der Wahrheit,
hat ja die „Aktion“ auf ihre Fahne geschrieben, und damit ist klar,
wem und was ihr Kampf gilt.
Mit dem Rundfunkball begann es. Das dort erschienene
Publikum war den Modernen nicht „standesgemäß“ genug. Dann
empörten sie sich über eine Rezitation über Teil Wenzelspiel. Das
gefrigte Nachrichtenpapier für himmlische Belange, die „Bots-
zeitung“ eröffnet nun den Frontalangriff. Er gilt offenbar
zwei Personen — dem Spielleiter Viktor Heinz Fuchs und
dem Beisitzer Erich Landberg. Graufige Dinge wirt ihnen
die „Aktion“ vor: Fuchs hat einmal geschrieben: „Moral und
Ehrbegriffe sind Zittererscheinungen“, und Landberg
hat im Rundfunk gesagt: „Es wäre Zeit, daß mit den ver-
alteten Anschauungen über die Sittlichkeit end-
lich aufgeräumt werde.“ Beide Sätze sind wahr, wenn auch
rechtlich allgemein gehalten. Aber schon die Tatsache, daß sie eine
Wahrheit aussprechen, genügt den Dominikanern, sich furchtbar auf-
zuregen und unvorsichtigerweise den Zweck der gängen Hege aus-
zulandern: „Es wird höchste Zeit, daß einmal mit
eiserneem Besen im Sender ausgelegt wird.“ meint die
„Botszeitung“.
Also den Bischöfern ist der Breslauer Sender noch nicht genug
vermüdet. Sie möchten am liebsten ihren Domprobst Seppel als
Zentor in Krietern haben. Dabei glauben wir noch nicht, daß
Fuchs und Landberg mit ihren Sätzen daran gedacht haben, daß
einmal die „Moral“ mehrerer Jahrhunderte darin bestand, unschuldige
Menschen zu Laufen lassen als „Hexen“ zu verbrennen, daß einmal
katholische „Ehrbegriffe“ nichts daran fanden, daß der Priesterstand,
geküßt auf die Dummheit der Mitmenschen, ganze Generationen aus-
plünderte. Das waren „Zittererscheinungen“. Heute sind die Moral-
und Ehrbegriffe „berseiert“, ohne daß die Kirche ihre grundsätzliche
Einstellung zu den Hexenverbrennungen aufgegeben und Vorlieb
vom „guten Magen der Kirche“ seine Berechtigung verloren hat.
Nicht anders ist es mit der „Sittlichkeit“. Hier genügt vielleicht ein
Hinweis auf den Kluch der unehelichen Mutterchaft, auf den Para-
graph 218 usw.
Aber wie gesagt, mit Vernunftgründen wird man den „Aktionen“
nie bekommen. Erst eine Veränderung der Gesellschaftsordnung
wird der Sumpflümmel Mudertum den Nährboden entziehen. — ad.

Aus Breslauer Gerichtssälen

Die Polizei darf alles

Oberstes Gebot im deutschen Ordnungszustand ist: Maul halten
und von der Polizei verprügeln lassen. Zwei Gerichtsverhandlungen,
die dieser Tage vor Breslauer Gerichten stattfanden, beweisen die
Richtigkeit dieser Behauptung.
Der Rutscher Gustav Dzierzon sollte bei einem Menschen-
auflauf auf der Stodgasse festgenommen werden. Er lief fort
und schloß sich in seine auf der gleichen Gasse gelegene Wohnung ein.
Dort wurde er herausgeholt, gefesselt und — obwohl er dadurch
vollkommen wehrlos war — von dem Polizeioberwachtmister
Bandemehr mit dem Gummiknüppel heftig über den
Kopf geschlagen. Dzierzon erstattete Anzeige gegen den Polizei-
beamten. Vor Gericht bekundeten alle Privatzeugen, daß
Bandemehr vollkommen unnötigerweise mit dem Gummiknüppel ge-
schlagen hatte. Nur die beiden anderen Polizeibeamten, die mit
Bandemehr gemeinsam den Dzierzon festgenommen hatten, wollten
„nichts gesehen“ haben. Obwohl selbst das Gericht zu der Ueberzeu-
gung kam, daß Bandemehr mit dem Gummiknüppel geschlagen habe,
wurde er freigesprochen. Begründung: „Der Polizeibeamte sei
sich der Pflichtwidrigkeit seines Handelns nicht bewußt gewesen!“
Also Prügelfreiheit für Polizeibeamte! Sie finden immer
noch verständnisvolle Richter und sozialdemokratische Rechts-
anwälde, die, wie in diesem Falle Herr Bandmann, sich mit
Feuerzifer für Polizisten, die Arbeiter mißhandeln, ins Zeug legen.

Ein anderer Fall: Die nächtlichen Razzien der Breslauer Polizei
auf den Bahnhöfen haben schon oft zu Zusammenstößen Veranlassung
gegeben. Als am 19. Juni v. J. wieder einmal der Hauptbahnhof in
den frühesten Morgenstunden abgeriegelt wurde, empörten sich mit
Recht eine große Anzahl Reisende über diese Rücksichtslosigkeit, durch
die sie gehindert wurden, mit dem vorgesehenen Zuge wegzufahren.
Die Folge war Anklage wegen Widerstandes gegen die Staats-
gewalt gegen fünf Personen. Das Urteil lautete gegen vier auf Ge-
fangnisstrafen (1) von drei Tagen bis zu drei Wochen;
nur einer wurde freigesprochen. Der Vorsitzende meinte, „den An-
ordnungen der Polizei müsse auf jeden Fall Folge geleistet werden“.
Steuerzahrender Protest: merke dir das! Du bist zwar verfassungs-
mäßig ein „freier Mensch“, aber jeder andere, wenn er nur eine
Polizeiform anhat, ist dein Kommandeur! Er hat immer Recht,
du hast dir alles gefallen zu lassen!

Gemeindevorsteher betriegt Erwerbslose

Vor dem Erweiterten Schöffengericht stand der Gemeindevor-
steher Richter aus Diezdorf, Kreis Neumarkt, wegen Urkunden-
fälschung, die er in seiner Eigenschaft als Vertreter des Arbeitsamts
in Neumarkt begangen hatte. Dem Angeklagten wurden mehrere
Fälle zur Last gelegt, in denen er Arbeitslose um ihre Unterstützung
betrogen hatte. Nach dem Antrag des Staatsanwalts wurde der An-
geklagte zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

PRESSE-FEST
Heute, Lunapark
Die Trommler
Eintritt 50 Pfg. = Tanzen frei
Karten bei allen Kolporturen u. a. d. Abendkasse

Strehlen. Stalg geht werden. In der letzten Zeit treibt
hier in Strehlen ein gewisser Stalg sein Unwesen. Er versucht näm-
lich, für das Brieger Kirchenblättel, die „Botszeitung“ Leser zu
finden. Wie wir erfahren, soll er „schon“ in den letzten Wochen, die
er hier anwesend ist, 48 neue Zeitungsleser gewonnen haben. Wir
gratulieren ihm zu diesem „Erfolge“. Ein Kolporteur der „Bots-
zeitung“ erklärte einigen Genossen wörtlich: „Der Kerl bringt
mir öfter neue Zeitungsleser, aber wenn ich sie
dann eine Woche hingetragen habe, dann bezahlt
mir niemand.“ Das ist bitter, Herr Stalg, unser Bekleid ist
Ihnen gewiß.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau.
— Stadteil 2 (Nord). Alle Parteigenossen der Zellen 1 bis 5 treffen
sich Sonntag 10 Uhr „Stadt Ramsau“, Mathiasstraße 211.
— Strahenzellen 6 und 7: Uferstraße bei Köhner.
Brieg. Sonntag 10.30 Uhr Mitgliederversammlung im Weinberg,
Kebner anwesend.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau.
— Orchester der Jugend spielt beim Pressefest mit.
— Schwest. Sonntag 8 Uhr antreten zur Landtagaktion, Dierant,
Grabschener Straße Ecke Hohenzollernstraße.
— Nord. Sonntag 8.30 Uhr, Trebnitzer Platz, Landpropaganda.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau.
— Süd-West-Zentrum. Sonnabend 17 Uhr bei Schmann, Augusta-
straße 12, Hth., Funktionärstung. — Sonntag 8 Uhr, Sonnen-
platz; Wanderung. Essen mitbringen!
Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau.
— Abt. 1. Sonntag 8.45 Uhr, alles Marschgang (ebenfalls Partei,
KJ.) im Lokal Wolf, Tauentzienstraße Ecke Königgräber Straße,
zur Wahlarbeit.
— Abt. 1. Montag 20 Uhr Gruppenabend bei Wolf, Ecke König-
gräber- und Tauentzienstraße.
— Abt. 2. Sonntag 10 Uhr antreten zur Hauspropaganda, Ufer-
straße bei Köhner.
— Abt. 3. Sonntag 10 Uhr, „Stadt Ramsau“, gesamte Abteilung
zum Appell antreten. Musik ebenfalls. — Montag 20 Uhr
Kameradschaftsabend. Referent: Kurt Erbe.
— Abt. 4. Sonntag 10.30 Uhr antreten Anglerheim, Leuthenstraße.
— Abt. 6. Sonnabend 19 Uhr Spielleute bei Bauer, Grabschener
Straße, Leben.

Gewerkschaftshausstücke. Der Bille-Film „Die da
unten“ schildert das Liebesleben eines Mädchens, das nach allen
möglichen und beinahe unmöglichen Verwirrungen doch glücklich im
Gafen einer solchen Ehe endet. Ist der Inhalt auch stark auf die
Eränenbrühe gearbeitet, so sind die Bilder oft verblüffend realistisch.
Billets Zeichnungen sind lebendig geworden. Im Weiprogramm präch-
tige Bilder aus den Alpen und aus Island.

Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes
Dienstag 20 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Kein
Kommunist, kein Roter Frontkämpfer, der Mitglied des DMB. ist,
darf fehlen.

Alle in der Metallindustrie
beschäftigten Parteigenossen und KJ.V.-Kameraden erscheinen Montag
20 Uhr im „Selben Löwen“, Oberstraße 23.

Achtung, Kartellvereine! Sonntagsergebnisse, die im Rundfunk
durchgesagt werden sollen, müssen morgen zwischen 19 bis 19.45 Uhr
im Kartellbüro, Zimmerstraße 1, schriftlich oder telefonisch gemeldet
werden. (Telephon Ohle 7085.)

Freie Turnerschaft. Tennis-Abteilung. Sonntag vor-
mittag, Schule Ofener Straße, letzte Übungsstunde vor Eröffnung
der Spielplätze in Grüneiche.

Freie Sportvereingung „1897“. Sonntag 9.30 Uhr leichtathlet-
ische Trainingskämpfe auf dem Turnplatz am Sauerbrunnen. — Heute
Sonnabend erweiterte Vorstandssitzung um 20.30 Uhr bei Ratska,
Gubenstraße.

Morgen
Groß-Sonnenfest
für den Wandfonds
verbunden mit Jungblutverteilung und Hausagitation in allen
Orten bei Reich.

(Schluß des redaktionellen Teils.)
Der 4-Marken-Niesen-Zirkus verankaltet, Sonnabend und Son-
ntag wieder 2 Vorstellungen, und zwar um 16 und 20 Uhr. Nach-
mittags dasselbe Programm wie abends. Zu den Nachmittagsvor-
stellungen zahlen Kinder halbe Preise. — Außerdem findet Sonntag
ab 10 Uhr eine Staltberichtigung mit Probe und Musik statt. —
Nach der Abendvorstellung läßt sich Durchführung der „lebenden Ge-
ner“ bei menschlische Geschick unangenehm.



# Oberschlesien im Blicklicht

Bei der Reichswehr, bei der Reichseisenbahn, in den Staats- und Kommunalverwaltungen sind es — das weiß jedes Kind — immer wieder nach Korruption. Warum sollten da ausgerechnet in der Provinzialverwaltung in Posen und Oberschlesien hohe Beamte sitzen, die „Treu und Redlichkeit bis ins kleinste Grab“ üben. Wie unsere Leser wissen, ist die Provinz Oberschlesien durch Finanzdeflationen hoher Beamter in der Niederschlesischen Provinzialverwaltung um Millionen geschädigt worden. Bei der Liquidation von Fonds, die aus ober-schlesischen Stiftungen usw. herrührten, wurden Effekten von rund 24 Millionen Reichsmark für ein Butterbrot verkauft und hohe und höchste Beamte der Provinz Niederschlesien haben zu billigen Preisen die verkauften Effekten wieder erworben. Einer dieser Ehrenmänner, ein inzwischen pensionierter höherer Beamter hat bei diesem Geschäft die nette Summe von 140 000 Mark verdient. So groß war dieser Skandal und die Entrüstung weite Kreise der Bevölkerung, daß sogar die sozialdemokratische Presse genötigt war, den Rücktritt des Landeshauptmanns von Niederschlesien und die Beschlagnahme seines Vermögens zu verlangen. Da bei der deutschnational-gemäßigten Mehrheit im Niederschlesischen Provinziallandtag mit einer Erfüllung dieser Forderung nicht zu rechnen war, wandten sich sozialdemokratische Abgeordnete hilfesuchend an ihren Genossen Orzeinstli, den sozialdemokratischen Innenminister, mit einer kleinen Anfrage. Wie üblich, ließ sich der sozialdemokratische Minister einige Wochen Zeit, fragte dann bei dem deutschnationalen Abwicklungskommissar, Dr. Meier, zurück und erteilte gestern seinen Genossen eine Antwort, die gerabzu auf eine Kleinwaschung der Schuldigen und der schwer kompromittierten Niederschlesischen Provinzialverwaltung hinausläuft. Herr Orzeinstli denkt gar nicht daran, gegen die schuldigen Beamten einzuschreiten und rechtfertigt das verderbliche Erleben derselben wie folgt:

„Von dem gesamten verkauften Effektenbestand von rund 24 Millionen Reichsmark sind rund 22 Millionen und wahrscheinlich weitere rund 200 000 Reichsmark verkauft worden. Ein Verbot, daß Beamte der Provinz diese Effekten erwerben dürften, bestand nicht. Ein Anlaß, gegen irgendjemand noch im Amt befindlichen Beamten disziplinarisch vorzugehen, liegt nicht vor. Lediglich ein bereits im Ruhestand befindlicher Beamter, gegen den disziplinarisch nicht mehr eingeschritten werden kann, hat infolgedessen mit sich selbst kontrahiert.“

Wenn ein Beamter also in den Ruhestand versetzt wird, ist er nach der Ansicht des famosen sozialdemokratischen Innenministers davon geschützt, wegen Begünstigung der Provinz Oberschlesien zur Bewandlung gezwungen zu werden. Als Belohnung für ihr gemein-schaftliches Erleben sollen sie auf Kosten der wehrfähigen Steuerzahler bis zum Lebensende noch eine Landesgemäße Pension erhalten. Wir sind gespannt, wie das „Volkblatt“ in Hindenburg diese Antwort ihres Genossen demuteteln wird.

Herr Orzeinstli ist auch der Verantwortliche für das immer noch bestehende Verbot des Roten Frontkämpferbundes in Hindenburg, das von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bed scharfgeheiratet wurde, weil bei dem Genossen Schmalzel einige Waffen beschlagnahmt wurden. Wie wir wiederholt nachgewiesen haben, war Genosse Schmalzel kein Mitglied des Roten Frontkämpferbundes. Das hat aber die Herren

Genossen Orzeinstli und Bed nicht daran gehindert, den Roten Frontkämpferbund in Hindenburg mit der Begründung aufzulösen, daß er eine staatsgefährliche Organisation sei, weil seine Mitglieder im Besitz von Waffen seien.

Kun hat, wie wir bereits gemeldet haben, das Reichsgericht durch diese Begründung einen biden Strich gemacht und festgestellt, daß die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes in Dortmund, die in derselben Weise, nämlich mit dem „Waffenbesitz“ von einzelnen Mitgliedern begründet wurde, nicht den Gesetzen entspreche. So schlecht und erbärmlich die die Bewegung der Klassenbewußten Arbeiter fesselnden Gesetze der kapitalistischen Republik sind, so wird sich doch immer noch ein mit 20 000 bis 25 000 Mark und mehr bezahlter Sozialdemokrat finden, der sie verschleiert, um den ver-

**Bringen Sie denn nicht  
ein  
Kommando für die  
Kasse!**

hätten Roten Frontkämpferbund oder andere proletarische Organisationen zu verbieten. Die Herren Orzeinstli und Bed werden sich jetzt nicht nur in erhöhte geistige Anstrengungen setzen müssen, um Gründe für die Aufrechterhaltung des Verbots des RFB in Hindenburg zu suchen, sondern sie werden genötigt sein, auch aus dem Spießbüchsen des preussischen Staates größere Summen wie bisher loder zu machen.

Wie konnten Sie, Herr Bed, nur so vorläufig sein, den einstigen Breslauer Spießkommissar Gekwein — zuletzt in Gletwitz tätig — in den Ruhestand zu versetzen. Dieser Meister aus der Schule des Dr. Bientz hätte Ihnen gerade jetzt unschätzbare Dienste erweisen können. Doch suchen Sie nur, Herr Bed, — vielleicht finden Sie auch ohne Hilfe des pensionierten Gekwein ein künftiges Subjekt, das Ihnen gegen Barzahlung das nötige „Material“ gegen den RFB liefert! Wir wissen, Herr Bed, Sie haben wohlwollende Vorgesetzte, die ebenso, wie Sie, dem Wahlprüch huldigen: corrigere la fortune! (Korrigiert das Glück.)

Kaum ist der Wahlkampf eröffnet, da mißbrauchen die Pfaffen sofort wieder Kirche und Kanzel zur Kommunistenhetze.

Aus zahlreichen ländlichen Orten, besonders in den Kreisen Reiche, Reustadt, Rosenberg, Kreuzburg, wird uns gemeldet, daß die Pfaffen dort aus jeder Kirche eine Heztridüne gegen die kommunistischen Arbeiter, und aus jeder Kirche eine Füllale für den Zentrumswahlverein machen. Katholische Arbeiter, wolle ihr das bulden? Fragt doch mal diese Hez-pfaffen, warum sie nicht predigen gegen die Schlemmerlei der Reichen, warum sie nicht darüber sagen, daß die Arbeiter in aller Menschenwürde und Sittlichkeit hochsprachenden Wohnhöfen hausen müssen. Mann, Frau, erwachsene Kinder in einer nassen Stube. Und daß die Reichen getrennte Schlafzimmer besitzen. Fragt sie, warum sie nicht in ihren Predigten davon sprechen, daß die Milch von Woche zu Woche teurer wird und die Mütter blutenden Herzens sehen wie ihre Neblinge zugrunde gehen. Laßt diese Hezpfaffen die Frage

beantworten, ob es von christlicher Nächstenliebe zeugt, wenn sie an der schamlosen Ausbeutung fleißiger Arbeiter durch eine Handvoll Dividendenjäger schweigen und gegen die Arbeiter heben, die unter der Führung der kommunistischen Partei der Ausbeutung ein Ende machen wollen. Stellt ihnen diese „verfluchten Fragen“ und teilt uns mit, was sie auch antworten werden.

Was die Zementbarone aus Kosten des Schweißes der Proleten an Dividenden schluden, das haben wir vor einigen Tagen berichtet. Wir haben auch des öfteren geschildert, wie die Arbeiter bei elendem Hungerlohn durch Antreiber geschunden werden und wie groß ihre Empörung über diese Schinderlei und Ausbeutung ist. Doch es gibt auch eine Sorte von Menschen, nicht wert den Namen Arbeiter zu tragen, die den Unternehmern händisch die Hände beleden und auch bereit sind, die Brettsche zu küssen, mit der sie geschlagen werden. Am 10. April veranstaltete die Zementfabrik „Stadt Oppers“ zur Vorbereitung der Wahlen ein sogenanntes Arbeiterfest. Die aufrechten Proleten nannten es Wahlfesten und hielten sich von der Veranstaltung fern. Von Dienstag mittag bis Mittwoch mittag gab es Urlaub; Schnaps und Biermarken wurden gratis an die Proleten verabfolgt. Mancher Prolet wird aus Sorge um die Erhaltung der Arbeitsstelle zähneknirschend mitgefiebert haben. Eine Anzahl Arbeiter und Angestellte aber erwiderten sich noch dadurch, daß sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des gelben Werkvereins für eine von der Fabrik herausgegebene Zeit-schriftung arbeiteten, in welcher die Direktoren und der „Arbeitsfriede“ besungen werden.

In dem Festgedicht — wir nennen es Gesang der Anechte — heißt es unter anderem:

„Wird auch von andrer Seite darüber  
Gespottet und angelächelt mit Macht  
Uns sind aber doch die Vorteile lieber,  
Die durch den Werkverein werden gemacht.“

Wir wissen den Arbeitsfrieden zu schätzen,  
Der größer geworden mit seinem Bestehen,  
Und wollen dem Werte auch weiterhin nützen  
Ball'n schaffen für dessen Wohlergehen.“

Und am Schluß der Lobhubelei:  
„Herr Generaldirektor möge noch lange Zeit  
Sich seines Amtes treu wahren.  
Wir wünschen auch alle, daß es so bleibt,  
Denn möge es Gott so gestalten!“

„Für Teufel über solche Speichelleierei! Und  
Kampf bis zur Vernichtung der Sippe, die um jeden Pfennig Lohn  
wie Pferdehändler schwärzt, aber Proletarier durch Schnaps, warmes  
Essen und Almosen korrumpiert.“

Diese Korrumpierung der Arbeiterschaft durch raffinierte  
Direktoren gehört ebenso zu dieser „Demokratie“ und zum Wahl-  
kampf, wie die Benützung der Kanzel zur Kommunistenhetze.

Proleten, gebt Pfaffen und schnapspendenden Kapitalisten am  
20. Mai eine Antwort, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.  
Pieronna, gebt ihnen Sauris. Sie sollen glauben, Othern und  
Pfingsten fallen auf einen Tag.

Arms.

## 300 Flaschen Wein — mehrere Körbe Gett

Der Brief eines ober-schlesischen sozialdemokratischen Staatsratsmitgliedes

Die sozialdemokratischen Führer werden in diesem Wahlkampf nicht genug hervorheben können, daß sie die einzigen gewesen sind, die „uneigennützig“ ihre ganze Kraft nur in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt haben. Sie haben das „schwere und verantwortungsvolle“ Amt eines Ministers, eines Staatsrats, eines Polizeipräsidenten, eines Ministerialdirektors, eines Bürgermeisters, eines Staatsrates usw. auf sich genommen, um dem Volke zu dienen. Aus Liebe zur Arbeiterschaft haben sie Deutschland vor dem Völligverfall bewahrt und dem Volke eine Weimarer Verfassung gegeben, haben sie die Farben Schwarz-Rot-Gold verteidigt und die Republik vor angehenden Gefahren geschützt, haben sie die Unantastbarkeit des Privatigentums proklamiert und Erbschaftssteuerzuschüsse zur Erhaltung des Arbeitsfriedens geschaffen. Ja, sie sind sogar bereit gewesen, mit den reaktionären Parteien zusammen zu arbeiten und haben auch der Bürgerkriegsregierung keine Schwierigkeiten bereitet. Alles, was gesagt, aus „Liebe“ zum Volke. Wenn heute die Arbeiter bei Hungerlöhnen zehn und zwölf Stunden spinnen müssen, wenn sie in elenden Wohnungen zu hausen gezwungen sind, wenn sie mit Steuern und Abgaben immer mehr belastet werden, wenn die Erwerbslosen trotz gezahlter Beiträge keine Unterstützung bekommen, so werden diese kleinen „Schutzheiligen“ übertragt dadurch, daß es gelungen ist, die Verfassung „Republik“ beizubehalten und daß offiziell die Fahne der Republik immer noch schwarzrotgold ist. Soll Bewandlung und Wahrung müssen also in diesem Wahlkampfe die Arbeiter das Bild der Sozialdemokratie an seine Hebe Elle auf den Redaktionsstisch:

Frank Staatsrat Berlin, 22. Februar 1927.

Meine liebe Elfe!  
Hier gut angekommen. Bis Breslau konnte ich nicht schlafen, denn aber kühl ist, bis ich gewacht wurde. Ich habe heute morgen schon einen tüchtigen Marsch durch den Tiergarten gemacht, jedoch kühlig getrunkt und gebadet. Man führt sich wie neugeboren.  
Heute abend hat es der Polkheit gut vor.  
Von Köln kam er 300 Flaschen Wein und mehrere Körbe Gett. Die Eingeladenen sind 150 Personen. Man wird also auf seine Rechnung kommen.  
Die lange die Tagung diesmal dauern, ist noch unbekannt. Wenn Du mich dringend brauchst, rufe bis 9 Uhr im Hotel an, von 10 Uhr ab im Wohlfahrtsministerium, Präsidiumskammer der SPD, mit Veranschlagung.  
Morgen werde ich versuchen, Elbe oder Ebering zu erlangen.  
Der glückliche Grüße  
Dein Balde!

300 Flaschen Wein und einige Körbe Gett sind keine Kleinigkeiten, und man da aus „Liebe“ zum Volke tut. Es ist dieses der Herr Orzeinstli, der im „Volkblatt“ vom 18. 3. schreibt: „Der Volke die

Religion nehmen, wäre ein Verbrechen, denn man würde Millionen von Menschen den einzigen Trost in ihrem Elend, in ihrer Not, die Hoffnung auf ein besseres Jenseits, zerbrechen.“

Herr Orzeinstli braucht nicht die Hoffnung auf ein „besseres Jenseits“, er kommt auch so auf seine Rechnung.

### Gletwitz Ergebnislose Verhandlungen der ober-schlesischen Knappschafft

Am Mittwoch fanden in der ober-schlesischen Knappschafft in Gletwitz Verhandlungen über den Abschluß des Gehaltsvertrags für die Angehörigen der ober-schlesischen Knappschafft statt. Da ein neuer Reichstaxi in Kraft gesetzt worden ist, wurde auch ein neuer Gehalts-tarif notwendig auf Grund der neuen Reichsbesoldungsordnung. Im Laufe der Verhandlungen gelang es nicht, über die Eingruppierung der Angestellten eine Einigung zu erzielen, so daß die Verhandlungen auf Anfang Mai vertagt werden mußten.

### Kanzel-Eingruppierung mit Gekweinerung

Das städtische Presseamt teilt mit:  
Kesserdings hat das Gas in Gletwitz Erfolge in der Beheizung von Zentralheizungen davongetragen. Bekanntlich funktionieren diese Zentralheizungen so, daß ein kleiner gasreicher, der sogenannte Kessels-Ofen, der mit Holz beheizt wird, warmes Wasser erzeugt, welches durch die Radiatoren zum Kessel zurückfließt, nachdem es seine Wärme an die Zimmerluft abgegeben hat. Versuche haben ergeben, daß es nicht ohne weiteres möglich ist, wenigstens nicht wirtschaftlich, denartige Kessels-Ofen mit Gas zu beheizen. Es müssen vielmehr besondere Kupferne Heizkörper mit Gasheizung aufgestellt werden, welche dann allerdings einen enormen thermischen und zugleich wirtschaftlichen Effekt geben. Die Vorkenntnisse einer derartigen Heizung ist hervorragend, da jegliche Beheizung und vor allem Dinge das Fragen von Holz, Kohle, Kesseln von Stand usw. wegfällt. Um benutzigen Gasabnehmer, welche ihre derartigen Heizungen auf Gas umstellen wollen, entgegenzukommen, wird das Gas an diese zu der folgenden Preisstufe verkauft: die ersten 30 Kubikmeter kosten je 20 Pf., die nächsten 70 Kubikmeter kosten je 15 Pf., über 100 Kubikmeter alles je 8 Pf. Es wird hierüber gefordert, daß der ganze Verbrauch des Gasabnehmers unter diese Stufe fällt und nicht etwa nur der Heizungsbedarf. Es ist zu erwarten, daß der Gasabnehmer für diese Zwecke einen wesentlichen Aufschwang nehmen wird, da im Publikum großes Interesse für diese Anlagen besteht wird.

Differenzen zwischen der ober-schlesischen Knappschafft und den Knappschafftsärzten. Zwischen der ober-schlesischen Knappschafft und dem ober-schlesischen Bergwerksverband, der Bergarbeiterorganisation der ober-schlesischen Knappschafftsärzte, ist ein Streit angebrochen. Die Knappschafft hat vor einiger Zeit den Vertrag mit den ober-schlesischen Knapp-

schafftsärzten zum Teil gekündigt. Die Ärzte nahmen jedoch die Kündigung nicht an und kündigten ihrerseits den Gesamtvertrag mit der Knappschafft und ersuchten dieselbe, Verhandlungen über einen neu abzuschließenden Vertrag durch Vermittlung des in Frage kommenden Schlichtsamtes aufzunehmen. Die ober-schlesische Knappschafft schrieb aber vor Beginn der Verhandlungen mit den Ärzten, bzw. vor Abschluß derselben, sämtliche Knappschafftsärzstellen in Oberschlesien — das sind etwa 70 — zur Reuebelegung aus. Der ober-schlesische Bergwerksverband hat diese Maßnahme unannehmlich mit einer Sperrverordnung beantwortet, in der jedem dem Verband der Ärzte Deutschlands angehörenden Arzte verboten wird, mit der ober-schlesischen Knappschafft in Verhandlungen und Besprechungen einzutreten.

### Hindenburg

#### SPD. und Deutschnationaler bleiben bei Bewilligung der Osterbeihilfe für Erwerbslose der Magistratsführung fern

Die Protestkundgebungen der Erwerbslosen haben den „Christlichen“ Oberbürgermeister Dr. Lulafschel gezwungen, vergangene Woche, und zwar am Mittwoch, dem 11. April, eine außerordentliche Magistratsführung einzuberufen, zwecks Stellungnahme zu den Anträgen der Erwerbslosen auf Bewilligung einer einmaligen Beihilfe. Der sozialdemokratische zweite Bürgermeister Franz, Delegierter des Wohlfahrtsamtes, mit seinen Kumpanen Lorel und Rager zog es vor, der Sitzung fernzubleiben. Das gleiche taten die deutschnationalen Stadträte, Hausbesitzer Redikl und der berufstätige Bergtrat Palm von der Freikag.

Die Erwerbslosen forderten eine Beihilfe von 30 Mark für den Unterhaltungsempfänger, 10 Mark für die Frau und 5 Mark für jedes Kind. Diese Forderungen wurden von den Christlichen Brüdern des Zentrums, die anderen zogen vor wegzubleiben, als „unberechtigt“ hingestellt. Die Kommunisten im Magistrat unterstützten die Forderungen der Erwerbslosen als durchaus berechtigte Forderungen. Der deutschnationaler Rummierer führte ins Feld, daß keine Gelder für solche Zwecke vorhanden seien. Nach langem Hin und Her bewilligte man die „forrende“ Summe von 10 000 Mark mit der Einschränkung, daß nur die Kinder der Erwerbslosen etwas bekommen sollen. Das Wohlfahrtsamt machte weitere Einschränkungen und zahlte nur an Arbeitslose, die unter 20 Mark Wochenunterstützung bei drei Kindern fallen, pro Kind 5 Mark. Diese fürsorgliche Maßnahmen führten dazu, daß ein nicht geringer Teil von Familienvätern keine Osterbeihilfe erhielt. Die Empörung gegen den Magistrat und das Wohlfahrtsamt ist um ein weiteres gestiegen. Während man für Wohnungsrenovierungen besoldeter Magistratsmitglieder Ländle von Mark verpulvert, ist für die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung kein Geld übrig. Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird sich mit diesen Dingen noch zu beschäftigen haben. Im übrigen: Die Erwerbslosen in Hindenburg haben erkannt, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind und werden ihnen am Wahltag die Antwort geben.

Wichtig!  
Berlegung des Bezirksbüros der Roten Hilfe nach Hindenburg!  
Adresse:  
Georg Paris, Hindenburg, Schützenplatz 22.



# Rot Front

## Rot Front im Wahlkampf!

Heute erscheint die erste Wahlnummer unserer „Arbeiter-Zeitung“. Für weitere werden an den kommenden Sonnabenden bis zum 20. Mai folgen. Jeder Nummer wird eine Beilage „Rot Front“ beigegeben sein. Warum das, Kameraden?

Die einzige wahre Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei, hat gegen eine Uebermacht von Feinden zu kämpfen. Galenkrenz, Schwarzwehrol, Schwarzrotgold sind vereint im Kampf gegen Rot. Im Kampf gegen die Kapitalisten und ihre sozialdemokratisch-reformistischen Helfershelfer wird der Rote Frontkämpferbund Schulter an Schulter mit der Kommunistischen Partei stehen.

Es gilt, alle Arbeiter, alle Werktätigen in Schlesien und Oberschlesien für die Rote Front zu gewinnen! Es gilt, sie zu überzeugen, durch Abgabe eines kommunistischen Wahlzettels der Vereinigung Ausdruck zu geben, in der Rote Front für die Befreiung vom kapitalistischen Ausbeutungsloch zu kämpfen! An die Arbeit, Kameraden! Jedes anflürende Wort, jedes wertvolle Flugblatt, jede verkaufte „Arbeiter-Zeitung“ ist ein Stück revolutionärer Arbeit.

Bietet alle Kräfte auf, Kameraden, um Hand in Hand mit den Genossen der Kommunistischen Partei den Wahlkampf mit einem Sieg der Rote Front abzuschließen!

In diesem Sinne: Rot Front!

## „Republikanische“ Reichswehr

Der deutsche Reichswehrminister erklärte vor einiger Zeit, daß die Reichswehr völlig entpolitisiert sei. Der Erlaß über die Einstellungsbedingungen sei einer Republikanisierung des deutschen Heeres förderlich.

In Wirklichkeit.....

Der Reichswehrminister wurde durch eine Reichswehrlapelle überlegt, die das neue Jahr (1928) mit einem neuen Marsch: „Es lebe Wilhelm, unser Kaiser“, einleitete.

Die Republikanisierung des Reichsheeres stellt sich im Offizierskorps wie folgt dar:

Von 4000 Reichswehroffizieren sind seit 1918 200 Offiziere aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen. Davon wurden inzwischen 89 Offiziere entlassen. Von diesen ist keiner Major gewesen, von den verbliebenen 117 Offizieren ist zurzeit keiner Major und wird vor 1929 keiner Major werden.

Dagegen sind von 4000 Reichswehroffizieren 785 Offiziere absteigend von diesen Befehlen — Rangliste Juli 1927 — 214 Offiziere vom Major höhere Rangstufen.

Es gibt bekanntlich einen Hausorden der Hohenzollern. Dieser Hausorden verpflichtet zu unbedingter Treue zum preussischen Königs- und Kaiserhaus. Diesen Hausorden tragen

von 8 Generalen der Reichswehr	2
von 14 Generalmajoren der Reichswehr	14
von 28 Obersten der Reichswehr	23
von 108 Oberleutnants der Reichswehr	85

Selbstverständlich wäre die Reichswehr genau so ein kriegerisches Instrument der herrschenden Klasse, auch wenn diese einige Unteroffiziere „demokratisch“ zu Offizieren befördern würde. Wir verlangen aber, daß mit der erstarbenden imperialistischen Stellung der Reichswehr auch die Besatzung der Reichswehr in der Zusammensetzung der Offizierskorps für ihre Reichswehr wird, selbst die Prozentzahl der abligen Offiziere in der kaiserlichen Armee schlägt und an revolutionärer Offiziersauswahl sogar größere imperialistische Armeen, wie die französische, übertrifft.

## An die Kameraden des R.F.B.!

Bis zum 20. April muß die Bundesführung des Roten Frontkämpfer-Bundes für die Veröffentlichung in der „Roten Front“ im Besitz der bisherigen Sammelergebnisse für den Wahlfonds der R.F.B. sein.

Jede Ortsgruppe, jede Abteilung des R.F.B. meldet den Gesamtergebnis bis Dienstag, den 17. April, das bisherige Gesamtergebnis.

Samstag, den 15. April, ist Generalsammeltag des R.F.B. für den Wahlfonds der R.F.B.!

Die Bundesführung verpflichtet alle Kameraden, diese Anweisung durchzuführen. Das Sammelergebnis für den Wahlfonds der R.F.B. muß mit allen Kräften gesteigert werden.

Die eingegangenen Gelder müssen wöchentlich über die Bundesführung an die Bundeskasse abgeführt werden. Rot-Front!

## Bundesführung des Roten Frontkämpfer-Bundes

### Welche An'lage hat der „Stahlhelm“?

In einem Propagandabüchlein, das der Stahlhelm unlängst herausgegeben hat, und das die geschichtliche Entwicklung dieser faschistischen Organisation beschreibt, ist im Anfang eine Rede von Selbte wiedergegeben, in der er — die Rede wurde im vorigen Herbst gehalten — über die Ziele und Wege des Stahlhelms spricht. In seiner Rede vermerkt Selbte, daß der Stahlhelm wöchentlich 125 000 Exemplare an die Massen der deutschen Bevölkerung gelangt. Nimmt man selbst die Zahl von 125 000 als richtig an, so ergibt sich doch aus dieser Tatsache, daß die Stahlhelmszeitung nicht einmal eine Auflage hat, die der zahlenmäßigen Größe der Organisation entspricht. Bekanntlich gibt es eine Reihe von Unternehmern, die es sich angelegen sein lassen, für die Mitglieder des Stahlhelms das Bundesorgan des Stahlhelms zu beziehen und im Vertrieb gratis zu verteilen. Aus dieser Tatsache ist zu erkennen, daß der „Stahlhelm“ selbst in seiner Organisation sich keiner großen Beliebtheit erfreut.

### An ihren Zaten sollt ihr sie erkennen

Im Haushaltsanschlag des Bayerischen Landtages beantragten die Kommunisten bei Beratung des Kulturrelais die Streichung des ersten Buchstaben zur Förderung der vaterländischen Jugendpflege, wobei der Sprecher es unbegreiflich fand, daß die Sozialdemokratie der Förderung zustimme, obwohl sie jederzeit vom Kaiser als vaterlandslos

Gefallen bezeichnet worden sei. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierauf erwidert, daß die Sozialdemokratische Partei eine vaterlandslosende Partei sei und den Begriff des Vaterlandes keinesfalls verneine. Der kommunistische Antrag wurde darauf mit allen gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Man wird sich diesen Fall merken müssen. Die SPD. redet ab und zweimal vom Kampf gegen den Faschismus. In der Praxis

fordert sie ihn, indem sie für die „vaterländische Jugendpflege“ (das nationalfaschistische Verfechtung der Jugend) weitgehend Mittel bewilligt. Zur selben Zeit schließen dieselben Leute wirkliche Arbeitervereine, die in den Ländern und Kommunen Anträge auf Unterfütterung der streikenden Arbeiter stellen, aus den Gewerkschaften aus. „Das Vaterland, magt ruhig sein!“ ...

## Krieg dem Kriege!



Soll alles wiederkommen, so wie es war:

4. August 1914. „Vaterland in Gefahr“ ...?

Wollt ihr wieder in den Schützengräben hocken,

Das Schlachten,

Blut hocken —

Und als Dank für das Morden

Schwarzrot oder biederne Orden?

Arbeiter, Mann!

Wer Du auch bist —

Ob Du hinter dem Pflug hertriebst oder an der Schalttafel

Reißt, Maschinist —

Arbeiter, Mann!

Denk daran! Denk daran!

Denk daran, wenn der Stahlhelm aufmarschiert!

Denk daran: wer hat Deine Brüder massakriert und hängelt?

Denk daran: wer sitzt im Zuchthaus? Der Mörder vielleicht?

Du sitzt im Zuchthaus, Kamerad, wenn Du nicht das Maul

hältst, Schweig!

Denk daran: für der Industrieherr'n Autos und prächtiges

Ganz

Schustet Dein Weib sich krank, und Du leuchst Dir die Augen

heraus.

Denk daran, wovon lebst Du, wovon?!

Von einem erbärmlichen Hundelohn.

Denk daran!

Denk an Dein Leben, an Dein armseliges Leben — und soll

es immer so sein?!

Nein!

Reiß Dich ein, reiß Dich ein,

Reiß Dich ein in die große, die rote Arbeiterfront!

Rot Front!

Johannes R. Becher.

## Aus der Organisation

### Mitteilung der Gauführung Oberschlesien

An alle Ortsgruppen, Abteilungen und Untergauführungen!

I.

Kameraden!

Rüstet zum 1. Mai! Der Rote Frontkämpferbund tritt am 1. Mai geschlossen ein für die Lösungen der revolutionären Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei. Führt Bekleidungsappelle durch, verteilt Transparenze mit den Parolen, Umjaß der „Arbeiter-Zeitung“, der übrigen Literatur usw. Verbindet diese Veranstaltungen mit der Gewinnung von neuen Mitgliedern für den Roten Frontkämpferbund und für die Rote Jungfront.

II.

Am 22. April und am 29. April unterstützen die Roten Frontkämpfer die Kommunistische Partei bei Landausmärschen, Werbung von Abonnetten für die „Arbeiter-Zeitung“, Umjaß der „Arbeiter-Zeitung“, der übrigen Literatur usw. Verbindet diese Veranstaltungen mit der Gewinnung von neuen Mitgliedern für den Roten Frontkämpferbund und für die Rote Jungfront.

III.

Am 21. April erhalten sämtliche Ortsgruppen und Abteilungen des Roten Frontkämpferbundes Gau Oberschlesien eine größere Anzahl von „Arbeiter-Zeitungen“ zum Verkauf. In dieser Sonntagsnummer vom 21. und 22. April ist eine Sonderbeilage enthalten, in welcher von der Führertagung vom 6. April berichtet und die Führertagung ausgewertet wird. In einem Sonderrundschreiben werden wir noch nähere Mitteilungen über Preis usw. machen. Organisiert jetzt schon den Vertrieb dieser Rot-Front-Sondernummer!

IV.

Sendet aus allen Orten Berichte über die gegenwärtige Bewegung.

Mit Rot Front

Gauführung

### Ausichtslose Gewalttätigkeiten des Reichsbanners in Hindenburg

(Von einem Rot-Front-Korrespondenten.)

Wir haben in den letzten Monaten wiederholt darauf verwiesen, daß die republikanischen Regierungsbehörden das R.F.B.-Verbot in Hindenburg deshalb nicht aufheben wollen, weil sie das Reichsbanner in einer besonderen Stärke in der Arbeiterstadt Hindenburg einführen möchten. Hierbei arbeitet nun die Führung des Reichsbanners. Frühere Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes werden angehalten, in der Reichsbannerappelle zu spielen, verschiedene Mitgliederbewegungen und Veranstaltungen werden organisiert, um das Reichsbanner populär zu machen. Jetzt greift die Führung des Reichsbanners zu den Mitteln, die Arbeiterpartei, welche durch das Sportartel den freien Gewerkschaften angegeschlossen sind, zu ihren Mitgliederveranstaltungen zu laden. Eine Methode, gegen die sich die freien Gewerkschaftler mit aller Entschiedenheit aussprechen müssen. Freie Gewerkschaftler und Arbeiterpartei gehören in die rote Klassenfront und nicht in das Reichsbanner, welches ja bekanntlich die Graf Kallstreimische Partei als einen besonderen Aktivposten hat. Rote Klassenfront, das heißt anerkennen die Führung und Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und die Zugehörigkeit zum Roten Frontkämpferbund. Aber auch diese letzten Gewalttätigkeiten der Führer des Reichsbanners werden ausichtslos verpuffen. Wir rufen den Arbeitern der Stadt Hindenburg, der gesamten ober-schlesischen Arbeiterschaft, zu: „Laßt in eurer Agitation für die Aufhebung des R.F.B.-Verbotes in Hindenburg nicht nach! Kämpft darum!“

### Der blutrünstige Bürgermeister und das göttliche Reichsbanner

Kreuzburg hatte unlängst der „Volkstrauer“ wieder einmal einen großen Tag. Bierischpolitiker, Spießbürger, Galenkrenzler, Stahlhelmer und Reichsbanner bildeten die Einheitsfront. Erhebend war der Anblick, als im heuchlerischen Manier das Lied: „Wir treten zu dem Bete“ gesungen wurde. Wirklich erhebend. Den Kameraden zum Breiten“ vor Freude das Herz im Leibe um. Reichsbannerleute fühlten demütig ihr Haupt. Die Arrangure dieses Dramas

wollten den Arbeitern und dem Mittelstand vergessen machen das Geld, welches durch Ausbeutung auf Bohm- und stenerlichem Gebiet von den Draufgänger solcher Trauertage bereitet wird. Wir haben alle Ursache zu trauern, um alle Arbeiter, welche in den revolutionären Kämpfen, im imperialistischen Kriege das Opfer kapitalistischer Raubzucht geworden sind. Doch diese Trauer kräftigt in uns den Kampfeswillen gegen den Kapitalismus und Imperialismus. Daß solche Veranstaltungen, wie der „Volkstrauer“, von der Bourgeoisie für imperialistische Propaganda benutzt werden, hat der Bürgermeister von Kreuzburg treffend bemerkt. Er hat nämlich eine Rede gehalten, die eine Bilanzleistung war. „Die Arbeiterpartei kann nur durch Arbeit, Sparsamkeit und wir alle können nur durch einen neuen Krieg wieder zu einem Wohlleben kommen!“ Das war das Reichsbannerarbeitern müssen sich diese imperialistische Rede merken lassen. Es wird höchste Zeit, daß die gesamte Arbeiterschaft gegen die faschistischen Verbände und gegen die Reichsbannerführung sich fest geschlossen schließt.

### Faschistische Beförderung und Degradation im Sogolin

Die Kalkwerke-L. & S. in Sogolin sind bekannt als ein Unternehmen, welches den Arbeitern die Vorsehmen im „Stahlhelm“ präsentiert. Der Stahlhelmführer Klemm, Einzelhändler und Arbeiterverfechter, ist wegen faschistischer Tätigkeit vor längerer Zeit zum Betriebsleiter befördert worden. Nun macht sich im Stahlhelm eine Umwälzung im Führerlager bemerkbar. Kaiserliche Offiziere unternehmen Schritte, um die Kommandobehörden im Stahlhelm von allen früheren Arbeitern zu säubern. Der Stahlhelmführer Klemm wurde einem ehemaligen Offizier, welcher zurzeit Aufsicht im Steinbruch in, Platz machen. Allerdings soll Klemm seine Degradation damit begründen, daß er die Funktion im Stahlhelm aufgeben mußte, weil die Aktionäre der Sogoliner Kalkwerke Juden sind. Klemm glaubt, mit so einem Wächter Sympathie zu erringen. Wichtig ist, daß Klemm seinen wohlverdienten Fugtritt bekommen hat und daß er froh ist, vordem noch seinen gemächlichen Posten als Betriebsleiter behaupten zu können. Die ober-schlesische Arbeiterschaft wird dafür Sorge tragen, daß Illusionen und Hoffnungen der Stahlhelmer möglichst bald verschwinden.

### Landesführerbund saunt entschlafen

Aus Bielefeld wird uns geschrieben: Unsere Kameraden haben in der Gemeinde Bielefeld mit großer Schwermut die Arbeit zu machen, als ihnen durch Gebot und Belohnung das Verbot angedroht wurde. Die Landesführer glauben, daß sie durch die Anwesenheit auf die Arbeit zu können. Doch alle Anstrengungen bleiben erfolglos. Der Landesführerbund ist zuletzt von der polen-beraubten Gewerkschaft befallen gewesen. Von 30 Mitgliedern wurden sie es auf ein Mitglied. Und auch der letzte Landesführer ist noch zumammengedrückt. Ruhe in Frieden! Der Rote Frontkämpferbund muß nur in den nächsten Wochen und Monaten das Verbot der Landesführer von den politischen Leiden säubern und mit Unterstützung der Arbeiterschaft an der Revolutionierung der Gewerkschaft mit solchen Kräften arbeiten. Statt der schwarzweihroten Fackel muß die rote Fahne des Klassenkampfes über Bielefeld wehen.

**Kameraden des R.F.B.**  
 Ein K.P.D. ist für den Wahlfonds  
 STARK DEN WAHLFONDS



# Waldenburger Bergland

## Gegen Zersplitterung am 1. Mai

Ein beachtenswerter Beschluss der D. B. - Jahreshauptversammlung am 4. April eine Verjüngung mit anschließendem Lichtbildvortrag ab. Gezeigt wurde ein Film über die Entwicklung des Verkehrswesens von der Römerzeit bis zur heutigen hochentwickelten Technik. Außerdem ein Film über die Entwicklung der „Volkswirtschaft“ und einige Naturaufnahmen aus Kalifornien. Das Protokoll wurde vom Schriftführer verlesen und angenommen. Es wurde beantragt, noch einen dritten Kandidaten für die Stelle des Generalsekretärs in Frage zu stellen. Ein einstimmig in Vorschlag gebracht: Kamerad Berger nahm Stellung zum 1. Mai und brachte folgende Entschliessung ein, die einstimmig angenommen wurde:

„Die am 6. April in der Gemeindevollversammlung tagende Jahreshauptversammlung beschließt, den 1. Mai einheitlich und geschlossen bei Arbeitsruhe unter folgenden Forderungen zu begehen: Für Acht-Stundenarbeit, für Sieben-Stundenarbeit unter Tag, für Erhöhung der Löhne, für Industrieverbände. Gegen den Schlichtungsschmelzer und Verbindlichkeitsklärung der arbeitserheblichen Schlichtungsstelle, gegen Koalitionspolitik, für Handelsverträge mit Sowjetrußland, für Arbeiter- und Bauernregierung, für den Sozialismus, für Amnestie der proletarischen Gefangenen.“

Gewerkschaftskollegen in den anderen Jahrestellen und Verbänden, folgt dem Beispiel! Beschließt überall, den 1. Mai einheitlich und geschlossen bei Arbeitsruhe unter Klassenkampflösungen zu begehen!

## Groß-Waldenburg

Wenn hoher Besuch kommt...

Ein Vergmann von der Reichsgrube schreibt uns: Wenn hoher Besuch kommt, ist alles in bester Ordnung. Das hat sich wieder mal am Dienstag erwiesen. Durch den Betriebsrat zu einer Befichtigung der sanitären und hygienischen Einrichtungen angefordert, erschien der Herr Kreisarzt Huebner in Begleitung des Bergrats und der Direktoren. Eine Woche vorher wurde alles in Ordnung gebracht, trotzdem dürfte der Herr einigermassen geblieben haben.

### Formarsch der Opposition auf der Reichsgrube

Das Wahlergebnis der Betriebsratswahl auf der Reichsgrube ist folgendes: Abgegebene Stimmen 2628, davon 31 ungültig. Liste I (Freie Gewerkschaften) erhielt 2137 Stimmen — 12 Sitze und ein Ergänzungsmittel. Liste II (Christen) 173 Stimmen und einen Sitz. Liste III (Christen) 287 Stimmen und einen Sitz. Die Zahl der oppositionellen Betriebsratsmitglieder auf der Berggrube ist auf drei gestiegen!

Dittersbach. Alle Genossen und K. F. B. Kameraden treffen sich Sonnabend 16 Uhr an der Obermühle zur Nachmittags (Zeitungsverkauf). Wer verhindert ist, meldet sich Sonntag früh bei Genossen Kuboff.

Die Arbeiterkinder schicken ihre Kinder am Sonntagfrüh 9 Uhr ins Jugendheim (Turnhalle) zur Erleuchtungsveranstaltung des Jungparteiabends.

Ein Volkskonzert der Bergkapelle findet morgen Sonntag von 11—12 Uhr im Amtshaushof statt.

Musiker. Alles auf am Sonntag um 18 Uhr ins „Eiserne Kreuz“ zur Veranstaltung des Roten Frauen- und Mädchenbundes!

Beipheim. Die Arbeiter-Samariter halten am Sonntag ihren Kursus ab. 8—10 Uhr Lehrkursus, 10—12 Uhr Massageskursus.

Der Kameradschaftsabend des K. F. B. fällt aus. Sonntag 7,30 Uhr alle K. F. B. Kameraden und Parteigenossen an der „Gemeindevollversammlung“ teilnehmen zur Landpropaganda.

Das diesjährige Gewerkschaftsfest findet laut Beschluss des D. B. - Komitees am unteren Revier am 12. und im oberen Revier am 19. August statt.

## Oberes Revier

An die Arbeiterschaft!

Die kommunistische Partei des oberen Reviers eröffnet den Wahlkampf mit fünf öffentlichen Versammlungen. Dort kann jeder Parteimitglied erscheinende Anstalten über die Ziele und Aufgaben der Kommunisten hören und seine einstimmig abweichende Meinung zum Ausdruck bringen. Die Versammlungen finden statt:

Gottesberg: Dienstag, 17. April, um 19 Uhr im „Schwarzen Hof“.

Kellhammer: Mittwoch, 18. April, um 19 Uhr bei Springer.

Kochensack: Donnerstag, 19. April, um 19 Uhr im „Krug zum grünen Kreuz“.

Alt-Elzig: Freitag, 20. April, um 19 Uhr bei Böhm.

Ober-Hermendorf: Sonnabend, 21. April, um 19 Uhr bei Friedel.

Genossen, K. F. B. Kameraden, ladet eure Arbeitskollegen und Bekannten zum Besuch der Versammlungen ein!

## Schweidnitz

Ein weiterer Autobus. Zu Anfang wird jeden Freitag um 11,30 Uhr ab Pöppeln ein Autobus fahren, der um 12,15 Uhr Seltendorf erreicht. Darnach soll den Einwohnern von Seltendorf nach Seltendorf eine bessere Möglichkeit zum Marktbesuch gegeben werden.

Auto verbrannt. Beim Anfahren eines Autos auf der Kupferhammerstraße geriet dieses in Brand. Wohl konnte das Feuer schnell gelöscht werden, doch war das Auto bereits so schwer beschädigt, daß es abgeschrieben werden mußte.

## Striegau

Die Steinkohlenarbeiter nach Jägersberg

Bereits den zweiten Monat gehen die schlesischen Steinkohlenarbeiter im Streik, nachdem sie 19 Jahre nicht gestreikt haben. Was wollen die Arbeiter? Einen Stundenlohn von 80 Pfg. in der Spitze. Das ist eine Forderung, die bei voller Erfüllung den Arbeitern nur eine geringe Erhöhung des Einkommens bringen würde. An Zugun werden sie auch nach einem vollen Sieg nicht denken können. Sind die Unternehmer in der Lage, die Forderung zu bewilligen? Ja, wohl, das hat ja! Der glänzende Geschäftsgang in den letzten Jahren hat ihre Profite wesentlich gesteigert. Die Ablehnung des Schlichtungsschmelzers, der nur die Hälfte der Arbeiterforderungen erfüllt, läßt die Unternehmer sich bestimmt nicht auf die Verantwortung zurückzuführen. Sie wollen nicht auch nur einen kleinen Teil des Mehrwertes einbüßen. Sie glauben, geküßt auf ihre Gewerkschaft und die Unterstützung des kapitalistischen Staatsapparates, darf man zu sein, um einen längeren Streik auszuhalten. Ein junger nicht nach dem „Interesse der Allgemeinheit“ wie bei den Sozialdemokraten... Sie haben den für...

angeblich untragbaren Spruch ab und — lassen Stilllegungsangelegenheiten ergo. Damit wollen sie den Schlichter zwingen, einen neuen ungünstigeren Spruch zu fällen und nicht die Verbindlichkeitsklärung des letzten Spruches auszusprechen. Damit wollen sie trotz einer eventuellen Verbindlichkeitsklärung sich von der Zahlung höherer Löhne drücken. Ist das und rücksichtslos verteidigen die Unternehmer ihre Privatinteressen. Und kein Minister, kein Polizeipräsident findet sich, der diesem Treiben Einhalt gebieten würde. Beschalt? Weil der Staatsapparat der bürgerlich-kapitalistischen Republik nicht über den Klassen, sondern auf der Seite der kapitalistischen Klasse steht. Das müssen die Steinkohlenarbeiter in ihrem Lohnkampf sehen. Sie müssen erkennen, daß es nicht genügt, Lohnkämpfe allein zu führen. Wollen die deutschen Arbeiter auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen, so müssen sie gegen die Bürgerlohnregierung, gegen Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung und damit für den Sozialismus kämpfen.

Die Sozialdemokraten, deren arbeiterschädliche Haltung im Verlauf des Steinkohlenkampfes deutlich zu erkennen war (die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer waren gegen den Streik, dieselben Führer gaben die Forderung der Mitgliedschaft auf einen Spitzenstundenlohn von 80 Pfg. preis), haben den Kampf für den Sozialismus schon längst aufgegeben. Sie sind eifrige Verteidiger der bürgerlichen Republik und damit des Kapitalismus geworden. Die konsequente Klassenkampfpolitik wird allein von der kommunistischen Partei vertreten.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fordern die Verbindlichkeitsklärung des letzten Schlichtungsschmelzers. Dieser Standpunkt ist falsch. Deshalb falsch, weil es immer von Vorteil ist, im Angriff, in der Offensive zu bleiben. Die Unternehmer drohen mit der Stilllegung der Betriebe! Die Antwort der Arbeiter muß lauten: Weheraufstellung der alten Forderungen! Arbeitswiederaufnahme erst nach Erfüllung dieser Forderungen!

Schwerer Unfall. Der Elektromonteur Schöpe war in Gräben auf einem Lichtmast mit einer Leitungsreparatur beschäftigt. Das Verhängnis über ihn ergab sich, als er sich auf einen Leiter aufsetzte und in die Tiefe stürzte. Er wurde durch einen Blitzschlag in die Tiefe, daß sich eine spitze Zaunspitze in seinen Unter-

leib bohrte. Im schlimmsten Zustande wurde Schöpe ins Krankenhaus überführt.

## Bolkenhain

Wenn man eine Reise macht...

Nicht selten kommt es vor, daß, wenn einer eine Reise macht, er dabei vieles erlebt. Manchmal kann man etwas erleben, was dem anderen sehr unangenehm ist. Fuhr ich also am Freitag mit der Bahn von Breslau nach Bolkenhain. Auf dem Freiburger Bahnhof in Breslau hörte ich durchdringendes Brüllen, Flüchen und Schimpfen. Man konnte glauben, es sei eine Anzahl bebauerlicher Oxyer aus der Irrenanstalt ausgebrochen. Der Lärm näherte sich dem stehenden Zuge und die Krateler stiegen ins Rumpen — vier Mann an der Zahl. Dort setzten sie, ohne Rücksicht auf die übrigen Passagiere, ihren Stand auf und obendrein noch mit den schlagendsten Ausdrücken wie: „Sie Pamp“, „Sie Schweinhund“, „Geben Sie mich am A...!“ belegte. Es interessierte mich, da mir zwei dieser Helden bekannt vorkamen, festzustellen, wer die Leute waren. Und siehe da: es waren Funktionäre der SPD, die eben von einem Referentenkursus aus Breslau kamen. Einer war der Wirt des „Volkshauses“ in Striegau, der andere ein gewisser Gustav Springer aus Pillguthausen. Besterer ist ein derjenigen, die täglich nicht genug Kommunisten fressen können. Er hat sich gegenwärtig um die Stellung eines Lokalsekretärs des Steinkohlenarbeiterverbandes in O. B. B. bemüht. Die Steinkohlenarbeiter werden gut tun, sich diese Mühe erst genau anzusehen, ehe sie ihn wählen. Zwei dieser sozialdemokratischen Nummern mußten die Bahnbeamten mit Gewalt aus dem Zuge bringen, weil sie nur Bahnregeln hatten. Was sich hier die Bahnbeamten an Grobheit und Flegeliet bieten lassen mußten, spottet jeder Beschreibung. Dann wollte Springer mit einigen unserer Genossen, die gleichfalls im Zuge waren, diskutieren. Dabei verlor er die Fassung und ließ seine Sprache aufmerksamer geachtet, lästerte er die SPD. Einen unserer Genossen riß er derartig an den Kleibern, daß ihm die Knöpfe lösgingen. Nur der Disziplin und Selbstbeherrschung des Genossen hat er es zu verdanken, daß er nicht mit einigen wohlverdienenden Ohrfeigen versehen, nach Hause ziehen mußte. Wenn das diese Helden auf dem Referentenkursus gelernt hatten, was sie in der Praxis auf der Bahn bewiesen, dann wird man gut tun, sämtliche SPD-Wählerversammlungen zu meiden, um nicht in die Gefahr zu kommen, daß einem vom besessenen Redner die Kleiber vom Halbe gerissen werden.

Wir konstatieren: Lüge, Verleumdung und Synaps sind die Nährstoffe der SPD-Führer. Heil Amsterdäm! — R. Jwan, Bolkenhain.

## Niederschlesien

### Görlitz

Bemerkungen zu einem Werbebrief

Ein junger Arbeiter, der Eltern die Schule verlassen wird, schreibt uns: Vorige Woche bekam ich wieder einmal von einer Jugendorganisation einen Werbebrief, der wert ist, einmal der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. Ich hoffe hiermit, den jungen Arbeitern den Weg zu zeigen, den auch ich als den richtigen erkannt und den ich gehen werde. Es heißt in dem Werbebrief: „Wo willst Du hin nach Deiner Konfirmation?“ „Man wird sich um Dich reihen.“ „Du wirst von allen möglichen Vereinen befürchtet werden.“ „Hast Du Dich schon entschieden?“ „Möchtest Du die ewige Jugend?“ (Die möchte ich schon, aber im kapitalistischen Staat gibt es keine, durch Arbeit und Hunger wird man früh alt.) „Komm einmal zu uns, und sei mit uns wahrhaftig frohlich.“ (Wenn ich wochentags schwer arbeite und dabei hungere, dann kann ich Sonntag nicht frohlich sein.) „Jetzt im Winter kommen wir jeden Sonntag zusammen.“ (Am 20. März war ja Frühjahrsanfang.) „Wir holen Dich nächstens gern einmal ab.“ (Sind die Leute nicht außerst zuvorkommend vom „Jugendbund für entschiedenes Christentum“?) „Aber bei einem jungen Arbeiter, der Klassenbewußt ist, oder es werden will, nützt das alles nichts. Wir wissen, nicht die „Christlichen Jugendverbände“, sondern einzig die kommunistische Jugend kommt für uns in Frage! Deshalb, Jungerbeiter, die ihr aus der Schule entlassen seid, tretet ein in den kommunistischen Jugendverband. Versammlungen finden jeden Freitag im Jugendheim, Sündering, statt.

Ein junger Arbeiter, der Eltern die Schule verlassen wird, schreibt uns: Vorige Woche bekam ich wieder einmal von einer Jugendorganisation einen Werbebrief, der wert ist, einmal der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. Ich hoffe hiermit, den jungen Arbeitern den Weg zu zeigen, den auch ich als den richtigen erkannt und den ich gehen werde. Es heißt in dem Werbebrief: „Wo willst Du hin nach Deiner Konfirmation?“ „Man wird sich um Dich reihen.“ „Du wirst von allen möglichen Vereinen befürchtet werden.“ „Hast Du Dich schon entschieden?“ „Möchtest Du die ewige Jugend?“ (Die möchte ich schon, aber im kapitalistischen Staat gibt es keine, durch Arbeit und Hunger wird man früh alt.) „Komm einmal zu uns, und sei mit uns wahrhaftig frohlich.“ (Wenn ich wochentags schwer arbeite und dabei hungere, dann kann ich Sonntag nicht frohlich sein.) „Jetzt im Winter kommen wir jeden Sonntag zusammen.“ (Am 20. März war ja Frühjahrsanfang.) „Wir holen Dich nächstens gern einmal ab.“ (Sind die Leute nicht außerst zuvorkommend vom „Jugendbund für entschiedenes Christentum“?) „Aber bei einem jungen Arbeiter, der Klassenbewußt ist, oder es werden will, nützt das alles nichts. Wir wissen, nicht die „Christlichen Jugendverbände“, sondern einzig die kommunistische Jugend kommt für uns in Frage! Deshalb, Jungerbeiter, die ihr aus der Schule entlassen seid, tretet ein in den kommunistischen Jugendverband. Versammlungen finden jeden Freitag im Jugendheim, Sündering, statt.

### Neusalz

Ein Kenzler in Le Havre als Leiche gefunden. Der Schiffsassistent Wilhelm Härtel aus Alt-Elzig, der zuletzt auf einem dänischen Dampfer Dienst tat, wollte vor einiger Zeit zur Hochzeit seines Bruders nach hier kommen. Er benutzte das dänische Schiff „Sihna“ zur Heimreise. Am 3. März wurde er plötzlich vom Kapitän dieses Schiffes als vermißt gemeldet. Vor kurzem nun telegraphierte das französische Konsulat, daß man bei Le Havre an der französischen Küste eine unidentifizierte Leiche gefunden habe. Der Vater hatte Papiere bei sich, die auf den Namen Wilhelm Härtel aus Alt-Elzig bei Kenzler a. d. Oder lauteten. Wie sich das Unglück zugetragen hat, ob Unfall oder Verbrechen vorliegt, ist vollkommen mysteriös, da nähere Einzelheiten noch fehlen.

### Sprossau

Prüfung zwischen Arbeitern. Zu unglücklichen Ereignissen kam es, als bei der letzten Veranstaltung der Freien Turnerzeitung im Volkshaus ein Reichsbannermitglied, weil er keine Karte hatte, zur Tür hinausgeschoben wurde, wobei er sich eine reichblutende Wunde am Ohr zuzog. Wir glauben, daß Schlägereien unter Arbeitern für die Turnerzeitung untragbar sind, und hoffen, daß der Vorstand sich um diese Dinge bekümmert.

Brand. Aus bisher unangeführter Ursache brach auf dem Bauhof des Mastenbauers Kenzel im Stadtteil Gulau ein Schuppen aus und vernichtete einen Schuppen mit Strohvorräten.

### Bunzlau

100 000 Volt! Seit einigen Tagen reißt die 100 000-Volt-Leitung Bunzlau-Elzig unter Spannung. Ihre Berührung ist lebensgefährlich.

### Liegnitz

Eine Leiche zu Lande gefunden. Mittwochabend fand ein anstößiges Auto auf der Glogauer Straße die des Weges kommende 27-jährige Frau Fiebig an. Sie erlitt so schwere Verletzungen, daß sie noch an demselben Abend verstarb.

Arbeiterschutzhütte. Eine vollkommen unbefestigte Leiche eines ungeschulten Mädchens wurde vor dem Alt-Revier Revier, wo vom Liegnitz ein Leichen angebracht wird, von Arbeitern gefunden. Sie wurde in das Gemeindefriedhof in Alt-Revier geschafft.

### Sagan

Entkommen. In der Nacht ist der Arbeiter Erlemaier aus Hermendorf entkommen. Er hatte an der Hochzeit seiner Schwester teilgenommen und war vom Festweg nach Sagan abgewandert und in den Fluß geraten.

### Grünberg

Ein junger Arbeiter, der Eltern die Schule verlassen wird, schreibt uns: Vorige Woche bekam ich wieder einmal von einer Jugendorganisation einen Werbebrief, der wert ist, einmal der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden. Ich hoffe hiermit, den jungen Arbeitern den Weg zu zeigen, den auch ich als den richtigen erkannt und den ich gehen werde. Es heißt in dem Werbebrief: „Wo willst Du hin nach Deiner Konfirmation?“ „Man wird sich um Dich reihen.“ „Du wirst von allen möglichen Vereinen befürchtet werden.“ „Hast Du Dich schon entschieden?“ „Möchtest Du die ewige Jugend?“ (Die möchte ich schon, aber im kapitalistischen Staat gibt es keine, durch Arbeit und Hunger wird man früh alt.) „Komm einmal zu uns, und sei mit uns wahrhaftig frohlich.“ (Wenn ich wochentags schwer arbeite und dabei hungere, dann kann ich Sonntag nicht frohlich sein.) „Jetzt im Winter kommen wir jeden Sonntag zusammen.“ (Am 20. März war ja Frühjahrsanfang.) „Wir holen Dich nächstens gern einmal ab.“ (Sind die Leute nicht außerst zuvorkommend vom „Jugendbund für entschiedenes Christentum“?) „Aber bei einem jungen Arbeiter, der Klassenbewußt ist, oder es werden will, nützt das alles nichts. Wir wissen, nicht die „Christlichen Jugendverbände“, sondern einzig die kommunistische Jugend kommt für uns in Frage! Deshalb, Jungerbeiter, die ihr aus der Schule entlassen seid, tretet ein in den kommunistischen Jugendverband. Versammlungen finden jeden Freitag im Jugendheim, Sündering, statt.

rettet werden konnte, ist sämtliches Mobiliar verbrannt. Nur mit Mühe konnte ein ein Jahr altes Kind gerettet werden. Vermutlich ist der Brand durch mit Streichhölzern spielende Kinder entstanden.

Verbenen. Am Sonnabend findet in den „Reichshallen“ ein Verbenen des Roten Frauen- und Mädchenbundes statt. Arbeiter, Frauen und Männer! Erscheint zu der ersten Veranstaltung der Roten Frauen und Mädchen.

### Hagnau

Wie in Hagnau die Werksgemeinschaft wurde

Die demagogische Phrase der reformistischen Gewerkschaftsführer, die freien Gewerkschaften seien parteipolitisch neutral, hat sich längst widerlegt und wird nur noch angewandt, wo es oppositionelle Ortsverwaltungen gibt. Bei einer Massenbewegung wie den bevorstehenden Parlamentswahlen zeigen diese Leute ihr wahres Gesicht, indem sie in den Gewerkschaftszeitungen offen für die Sozialdemokratische Partei propagieren. Allen voran das Organ der Fabrikarbeiter, der „Proletarier“. Gerade die Fabrikarbeiter haben es sehr notwendig, sich ihre Führer genau anzusehen. In der hiesigen Papierfabrik hat im Betriebsrat der Fabrikarbeiterverband wohl die Mehrheit. Trotzdem gibt es eine Werksgemeinschaft, eine Vereinigung schwarzwälder Arbeiter, die bei der letzten Betriebsratswahl fast 200 Stimmen buchen konnte! Wie ist das möglich, daß es in der Papierfabrik überhaupt eine Werksgemeinschaft gibt? Vor 1925 konnte man sich ein Gebilde in der betreffenden Fabrik nicht. — In den Nachkriegsjahren führten die Arbeiter dieser Fabrik sehr viele und scharfe Wirtschaftskämpfe durch. Dieselben wurden geleitet von den reformistischen Angestellten Gumpij und Behrens aus Liegnitz. Sie führten die Kämpfe auf echt arbeiterschaftlicher Grundlage, die soweit ging, daß sich der Angestellte Gumpij von der Fabrikleitung eine Anstellung in der Fabrik anbieten ließ, dieses seinen Mitgliefern aber vorenthält, sondern erst nach Wochen in einer Betriebsversammlung im „Feldschlösschen“ auf Verlangen der Versammlung das Ansuchen der Betriebsleitung preisgab. Die drohenden Arbeiterkämpfe ließen es Gumpij wohl geraten erscheinen, dieses Angebot abzulehnen. Ebenfalls zur Verwirrung der Fabrikarbeiter beigetragen hatte damals das mit Hilfe der Sozialdemokraten im Reichstage angenommene Ermächtigungsgesetz, das den Fabrikarbeitern sämtliche Rechte und den Achtundzwanzig raubte. Dieses alles gab die Grundlage zur Schaffung einer gelben Werksgemeinschaft, die einzelne Gewissenlose, von der Fabrikleitung gekaufte Elemente, aufzogen. Alles Schrey von einer „stehenden Werksgemeinschaft“ ist zwecklos, wenn wir nicht täglich den Kampf zur Aufklärung der irreführenden Arbeiter führen. Im Betriebe, an der Arbeitsstelle müssen die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes mit diesen Arbeitern diskutieren. Dazu ist aber das Lesen der „Arbeiter-Zeitung“ notwendig, die auch den Weg zeigt und auch die geistigen Waffen liefert.

Die Redakteure des „Proletariats“ aber möchten wir ermahnen, nicht mit Steinen zu werfen, wenn sie selbst im Glaslasten sitzen.

### Glogau

Die erste kommunistische Wählerversammlung. Am Mittwoch 20 Uhr veranstaltete die SPD-Ortsgruppe Hagnau im großen Volkshauses ihre erste öffentliche Wählerversammlung. Es sprach die Genossin D. H. H. H. H. Die Versammlung wurde eingeleitet durch die Kapelle der SPD. Die Theatergruppe der SPD wird ebenfalls den Abend verschönern helfen. Wir fordern schon jetzt alle Genossen und Kameraden auf, die regste Propaganda für diese erste Wählerversammlung zu entfachen, damit sie wichtig wird.

Vom Fabrikbeamten erschossen. Bei der Kontrollen in Stentzsch bei Neu-Bentzen wurde ein polnischer Reisender von einem Fabrikbeamten erschossen.

### Aus dem Riesengebirge

Lebendige Volksversammlung in Schmiedberg. Sonnabend 20 Uhr im „Stollen“, Referent: Chefredakteur Genosse Max Hubert-Breslau. Sonntag 10,30 Uhr: Auftreten SPD und K. F. B. bei Fiebig zur Landpropaganda nach Jillichthal-Grömannsdorf. Dortselbst öffentliche Volksversammlung.

Ein Junger entkommen. Ein zweijähriges Kind fiel am Mittwoch in Stentzsch in den offenen Brunnen im Ortsteil...